©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

*Dokumentation*

RAINER A. BLASIUS

# „VÖLKERFREUNDSCHAFT" AM NIL: ÄGYPTEN UND DIE DDR IM FEBRUAR 1965

Stenographische Aufzeichnungen aus dem Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten über den Ulbricht-Besuch bei Nasser

Die Meldung der ägyptischen Zeitung „Al Ahram" vom 24. Januar 1965 hätte eigentlich wie eine Bombe einschlagen müssen: DDR-Staatsratsvorsitzender Walter Ulbricht von VAR-Präsident Gamal Abdel Nasser nach Kairo eingeladen! Der damals als „Zonen-Vogt", „Zonen-Statthalter" und „Unterdrücker der Zonenbevölkerung" titulierte Ulbricht wurde erstmals zu einer Visite in ein nichtkommunistisches Land gebeten. Der Bonner Alleinvertretungsanspruch war nie zuvor so ins Wanken geraten, der Ost-Berliner Anerkennungswunsch hatte nie zuvor so unmittelbar vor der Erfüllung gestanden. Jedoch hielten sich die SED-Führung mit Jubelgeschrei über den sich abzeichnenden außenpolitischen Triumph und die Bundesregierung mit Drohgebärden angesichts dieser deutschlandpolitischen Niederlage überraschenderweise zunächst einmal zurück[1]. Während die Verantwortlichen an der Spree einen Rückzieher Nassers fürchteten, hofften die Entscheidungsträger am Rhein auf eine Rücknahme der Einladung durch die VAR oder wenigstens auf einen Aufschub des Ulbricht-Besuchs.

## DDR-Generalkonsulat in Kairo

Der deutsch-deutsche Wettlauf um deutschlandpolitische Gunstbeweise des ägyptischen Staatspräsidenten begann bereits Mitte der fünfziger Jahre, als während der Suez-Krise die Bundesrepublik Deutschland den Staat Israel und die DDR die Republik Ägypten unterstützte. Im April 1956 drohte Nasser sogar erstmals ganz unverhüllt mit der Anerkennung der DDR als zweitem deutschen Staat für den Fall eines Botschafteraustauschs zwischen der Bundesrepublik und Israel[2]. Daraufhin blieb der

[1] Vgl. dazu Alexander Troche, Ulbricht und die Dritte Welt. Ost-Berlins „Kampf" gegen die Bonner „Alleinvertretungsanmaßung", Erlangen/Jena 1996, S. 46f.

[2] Vgl. dazu Siegfried Kupper unter Mitarbeit von Alparslan Yenal und Roswitha Zastrow, Die Tätigkeit der DDR in den nichtkommunistischen Ländern, Bd. VI: Arabische Staaten und Israel, Bonn 1971, S. 18.

*VfZ 46 (1998)*
*© Oldenbourg 1998*

Jahrgang 46 (1998), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1998_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte



Bundesregierung nichts anderes übrig, als eine halbwegs ausbalancierte Nahost-Politik zu verfolgen: Offizielle Beziehungen zur arabischen Welt, die Israels staatliche Existenz schlichtweg bestritt, und inoffizielle Kontakte zu Israel, das sich von feindlichen Nachbarn bedroht fühlte. Die Verbindung zu Israel wurde durch die Israel-Mission in Köln gepflegt, die zur Durchführung der Warenlieferungen und Dienstleistungen aus dem Luxemburger Abkommen von 1952 errichtet worden war. Demgegenüber lehnte die DDR eine Entschädigung an Israel und damit jegliche Verantwortung für die Untaten und Folgen des „Dritten Reiches" schlichtweg ab.

Offiziellen Charakter erhielt das Verhältnis zwischen Kairo und Ost-Berlin am 7. September 1957, als in Übereinstimmung mit der Vereinbarung vom 12. November 1955 über die „Errichtung von Handelsvertretungen in Berlin und Kairo" das Protokoll über die „Errichtung der Handelsvertretung der Republik Ägypten in der Deutschen Demokratischen Republik" unterzeichnet wurde. Darin wurden gegenseitig als Befugnisse der Vertretungen eingeräumt, „Ursprungszertifikate zu legalisieren, Rechnungen und Handelsdokumente zu bestätigen und alle administrativen Maßnahmen zur Erleichterung der Reisen in beide Länder zu treffen, die sich auf Angelegenheiten kommerzieller Natur beziehen"[3].

Einen ersten nachdrücklichen Versuch, den bilateralen Status anzuheben, machten Ministerpräsident Otto Grotewohl und Außenminister Lothar Bolz während einer Reise in den Nahen und Fernen Osten im Januar 1959. Am 4. Januar 1959 mahnten die beiden DDR-Repräsentanten gegenüber Präsident Nasser die Normalisierung des Verhältnisses an, weil die „Bevölkerung der Deutschen Demokratischen Republik" eine solche Entwicklung erwarte. Nasser stellte daraufhin die prinzipiell positive Haltung der Regierung der VAR zur Anerkennung der Regierung der DDR heraus, verwies allerdings auf die – aus seiner Sicht äußerst wichtige – Frage des Zeitpunkts. Trotzdem beharrte Grotewohl auf einer sofortigen Klärung der Beziehungen zwischen beiden Staaten, und zwar wegen der „großen Bedeutung für die nationale Existenz des deutschen Volkes und für die Erhaltung des Friedens". Der ägyptische Präsident wich mehrfach aus, akzeptierte schließlich die Einladung zu einem Besuch in der DDR und stimmte dem Vorschlag Grotewohls zu, eine Zwischenlösung in Richtung auf die Aufnahme diplomatischer Beziehungen anzustreben: den Austausch von Generalkonsulaten. In einer weiteren Unterredung am 6. Januar 1959 engte der Ägypter sein Einverständnis auf ein DDR-Generalkonsulat in Kairo und ein DDR-Konsulat in Damaskus ein. Damit nahm Nasser absichtlich nicht zur VAR-Vertretung in der DDR Stellung. Darüber hinaus lehnte er die – von der DDR-Seite gewünschte – Gemeinsame Erklärung über den Besuchsverlauf ab. So einigten sich die Gesprächspartner lediglich auf Grundzüge separater Verlautbarungen, in der allgemein das „bessere gegenseitige Verständnis", die „herzliche Atmosphäre" und die „Weiterentwicklung und Vertiefung" der zwischen Kairo und Ost-Berlin „bestehenden freundschaftlichen Beziehungen" thematisiert wur-

[3] Protokoll, 7. 9. 1957, in: Politisches Archiv des Auswärtigen Amts, Außenstelle Berlin (künftig: PA/AA Berlin), Bestand MfAA, Signatur C 877/77.

Jahrgang 46 (1998), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1998_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte



den[4]. Dennoch verzichtete Grotewohl nicht darauf, noch in Kairo am 7. Januar 1959 die Übereinkunft bekanntzugeben, „unsere freundschaftlichen Beziehungen durch die Errichtung von Generalkonsulaten zu vertiefen"[5].

Der Botschafter der Bundesrepublik in Kairo intervenierte sofort bei Präsident Nasser, so daß die „Frankfurter Allgemeine Zeitung" bereits am 10. Januar 1959 meldete, daß in der VAR-Erklärung über den Grotewohl-Besuch die Aufnahme konsularischer Beziehungen überhaupt keine Erwähnung finde. Grotewohls Mitteilung vom 7. Januar 1959 sei „unrichtig"; er habe „von der Errichtung von Generalkonsulaten gesprochen. Nach ägyptischer Ansicht ging er mit der Anwendung der Mehrzahl zu weit". Die VAR werde kein Generalkonsulat in Ost-Berlin eröffnen und dem zukünftigen DDR-Generalkonsul in Kairo kein Exequatur erteilen[6].

Während die – von ägyptischer Seite damals überhaupt nicht erwogene – Errichtung des VAR-Generalkonsulats in Ost-Berlin tatsächlich unterblieb, erteilte der damalige ägyptische Außenminister Fawzi am 22. September 1959 jedoch für Generalkonsul Martin Bierbach als Genehmigung zur Amtsausübung ein eingeschränktes Exequatur. Auf dem betreffenden Dokument wurde ausdrücklich erwähnt, daß damit „weder eine de-jure- noch eine de-facto-Anerkennung der DDR durch die VAR" verbunden sei[7].

## Deutsche Rüstungsexperten in ägyptischen Diensten

Trotz der Annäherung an Ost-Berlin durch die Errichtung des DDR-Generalkonsulats in der VAR waren die Beziehungen zu Bonn bis zum Sommer 1962 relativ problemlos, obwohl im Kairoer Diplomatenviertel Dokki „zwei schwarz-rot-gold gestrichene Schilderhäuschen am Nil die Trübsal deutscher Teilung" symbolisierten[8]. Dann allerdings wurde das labile arabisch-deutsch-israelische Gleichgewicht am 23. Juli 1962 jäh gestört, als Nasser anläßlich der 10-Jahres-Feierlichkeiten der ägyptischen Revolution Raketen auf Lafetten mit einer Reichweite „bis südlich von Beirut" (im Klartext: bis israelisches Territorium) durch die Straßen von Kairo ziehen ließ[9]. Weil ausgerechnet deutsche Konstrukteure und Techniker in ägyptischen Diensten zu dieser Raketenshow beigetragen hatten, verlangte die israelische Regierung von der Bun-

[4] Vermerk, 5. 1. 1959, über Besuch am 4. 1. 1959, und Vermerk, 6. 1. 1959, über Unterredung am 6. 1. 1959, in: Ebenda, Signatur A 12574. Vgl. auch Anm. 116.

[5] Erklärung Grotewohl, 7. 1. 1959, in: Dokumente zur Deutschlandpolitik, IV. Reihe/Band 1, hrsg. vom Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen, bearb. von Ernst Deuerlein und Hannelore Nathan, Frankfurt a. M. 1971, S. 488.

[6] „Kairo bestreitet Zusagen an Grotewohl", in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, Nr. 8 vom 10. 1. 1959, S. 1.

[7] Aufzeichnung „Politische Probleme und offene Fragen in den Beziehungen zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Vereinigten Arabischen Republik", undatiert, in: PA/AA Berlin, Bestand MfAA, Signatur A 13308.

[8] „Nahost-Krise. Tränen im Waldorf-Astoria", in: Der Spiegel, Nr. 9 vom 24. 2. 1965, S. 26.

[9] Inge Deutschkron, Israel und die Deutschen. Das besondere Verhältnis, Köln 1983, S. 199.

Jahrgang 46 (1998), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1998_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte



desregierung, jene deutschen Staatsbürger unverzüglich zur Rückkehr zu drängen. Als Argumentationshilfe wurde bei der Ankunft des Bundestagspräsidenten Eugen Gerstenmaier Ende November 1962 in Tel Aviv ausdrücklich die Parallele zur nationalsozialistischen Judenvernichtung gezogen: Deutsche wollten wieder einmal an einem Plan zur Tötung von Juden und zur Vernichtung jüdischer Städte teilnehmen.

Gerstenmaier kam so beeindruckt aus Israel zurück, daß er sich noch auf dem Frankfurter Flughafen am 2. Dezember 1962 in einem Fernsehinterview dafür einsetzte, „ganz normale diplomatische Vertretungen" zwischen der Bundesrepublik und Israel anzustreben. Entsprechende arabische Proteste waren die Folge, denen das Auswärtige Amt mit dem wenig überzeugenden Versuch begegnete, die Gerstenmaier-Äußerung als die eines Privatmannes herunterzuspielen. Die Überzeugungskraft dieses Dementis war mehr als begrenzt. Denn bis in den Sommer 1963 hinein mehrten sich jene Stimmen in der Bundesrepublik, die entweder die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen Bonn und Tel Aviv oder zumindest gesetzgeberische Maßnahmen gegen eine Beteiligung deutscher Staatsangehöriger an der Produktion von Massenvernichtungswaffen im Ausland oder gleich beides einklagten[10].

Um dem Vorwurf einer dilatorischen Behandlung der Rüstungsexperten-Frage bzw. einer opportunistischen Gesinnung gegenüber der VAR zu begegnen, unternahm Bundeskanzler Adenauer im Februar und im August 1963 zwei streng geheimgehaltene Vorstöße zu einem Botschafteraustausch mit Israel[11]. Sie waren als demonstrative Entscheidung gegen die Araber und gleichzeitig als ein Signal an die Israelis gedacht, um möglichen Versuchen, die Vergangenheit des „Dritten Reiches" als Druckmittel gegen Bonn einzusetzen, den Wind aus den Segeln zu nehmen. Jedoch lehnte die Mehrheit der CDU/CSU-Fraktion und das Auswärtige Amt unter Gerhard Schröder diesen Vorschlag mit Hinweis auf die dann zu erwartende Anerkennung der DDR durch die meisten arabischen Staaten strikt ab. Adenauer mußte den Plan aufgeben, sein politisches Lebenswerk und die angebahnte Aussöhnung mit den Juden durch die diplomatische Anerkennung des Staates Israel zu krönen.

Anlaß zu deutschlandpolitischen Ängsten in der Bundeshauptstadt gab Nasser durch den Empfang des Ministers für Außenhandel und Innerdeutschen Handel der DDR, Julius Balkow, der sich im Februar 1963 in der VAR aufhielt. Am 11. Februar bezeichnete Balkow es als logisch, daß jetzt sowohl zur Bundesrepublik als auch zur DDR gleiche Beziehungen hergestellt würden. Nasser stellte statt dessen die ägyptischen Bemühungen heraus, „die beiden deutschen Staaten zusammenzubringen, aber jeder habe hier seine eigene Auffassung von der Lösung des Problems, und die Differenzen seien groß. Es handle sich hier um ein schwieriges Problem. Die VAR

[10] Vgl. dazu Rainer A. Blasius, Geschäftsfreundschaft statt diplomatischer Beziehungen. Zur Israel-Politik 1962/63, in: Ders. (Hrsg.), Von Adenauer zu Erhard. Studien zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland 1963, München 1994, S. 161 f.

[11] Adenauer an Schröder, 15. 2. 1963 und 17. 8. 1963, in: Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland 1963 (künftig: AAPD 1963), hrsg. im Auftrag des Auswärtigen Amts vom Institut für Zeitgeschichte, bearb. von Rainer A. Blasius, Mechthild Lindemann und Ilse Dorothee Pautsch, München 1994, Band I, S. 404, Anm. 2, und Band II, Dok. 121, S. 404.

Jahrgang 46 (1998), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1998_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte



aber glaube, daß, wenn die Spannungen einmal überwunden und Zusammenstöße vermieden werden, die Zeit für eine Verständigung auch in dieser Frage kommen werde."[12] So fragte Balkow bescheiden an, ob die VAR nicht wenigstens die Beschränkung im Exequatur des Generalkonsuls aufheben wolle. Nasser gab sich diesbezüglich unwissend, obwohl der neue Generalkonsul Hans-Jürgen Weitz (Nachfolger Martin Bierbachs) am 1. Oktober 1962 wieder mit der Klausel in der entsprechenden VAR-Urkunde konfrontiert worden war, daß die Erlaubnis zur Amtsführung weder eine de-facto- noch eine de-jure-Anerkennung der DDR umfasse. Nasser sagte Balkow zu, diese Frage einer Überprüfung unterziehen zu lassen. In der Folgezeit geschah indessen nichts.

Die offenkundige deutschlandpolitische Zurückhaltung Nassers wurde von dem Adenauer-Nachfolger Ludwig Erhard auf der Pressekonferenz vom 3. Dezember 1963 immerhin dahingehend belohnt, daß die seit genau einem Jahr geführte Nahost-Debatte vorläufig beendet wurde – und zwar durch die unmißverständliche Erklärung des Regierungschefs, daß weder „volle" Beziehungen zu Israel noch eine Ägypten tangierende Gesetzesvorlage betreffend deutsche Waffenspezialisten im Ausland auf der Tagesordnung für eine Sitzung des Bundeskabinetts stünden. Auch lasse er sich solche Initiativen nicht aufzwingen[13]. Das positive Echo aus dem Nahen Osten über den sogleich als „Freund der Araber" begrüßten Erhard blieb nicht aus. Und selbst im Auswärtigen Amt machte sich nach allem Hin und Her Erleichterung breit, zumal dort Maßnahmen gegen Rüstungsfachleute als forschungsfeindlich galten, als ungebührliche Einschränkung der Bewegungsfreiheit der Bundesrepublik, ja sogar als ein kaum verfassungskonformer Versuch eines Übergriffs der Legislative auf die Exekutive.

## VAR-Einladung an den Präsidenten des Deutschen Bundestages

Um die Beziehungen zwischen Bonn und Kairo nicht zu gefährden, nahm der Leiter des Nahost-Referats im Auswärtigen Amt, Hans Schirmer, einen Antrag auf Erteilung einer Ausfuhrgenehmigung von 24000 Granatzündern an Israel zum Anlaß, um auf die schon Ende 1957 öffentlich bekanntgegebene Richtlinie hinzuweisen, keine Waffen in Spannungsgebiete zu liefern. Erstaunlich war für ihn, daß in den letzten Monaten trotz diverser ausländischer Presseartikel die arabischen Staaten „die deutsche Verteidigungshilfe" an Israel der Bundesrepublik nicht vorgeworfen hätten. Ein Grund hierfür sei, daß „deutsche Techniker in dem VAR-Flugzeugwerk in Heluan arbeiten und daß die deutschen Wissenschaftler Pilz, Görcke und Kleinwächter in der VAR tätig" sein könnten[14].

[12] Aktenvermerk Kiesewetter, 11. 2. 1963, in: PA/AA Berlin, Bestand MfAA, Signatur A 12731. Vgl. auch Anm. 103.

[13] Wiedergabe der Pressekonferenz nach: Böker an Botschaft Kairo, 4. 12. 1963, in: Politisches Archiv des Auswärtigen Amts, Bonn (künftig: PA/AA Bonn), B 36 (Ref. I B 4), Band 46.

[14] Aufzeichnung Schirmer, 24. 2. 1964, in: Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland 1964 (künftig: AAPD 1964), hrsg. im Auftrag des Auswärtigen Amts vom Institut

Jahrgang 46 (1998), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1998_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte



Weil die innenpolitische Diskussion in der Bundesrepublik nicht zur Ruhe kam und ein interfraktioneller Bundestagsausschuß nun doch wieder wie im Frühjahr 1963 über ein weiteres Ausführungsgesetz zu Artikel 26 Abs. 2 des Grundgesetzes (Genehmigungspflicht bei der Herstellung der zur Kriegführung bestimmten Waffen) beriet, blieb die ägyptische Regierung ihrerseits nicht untätig und konzentrierte sich auf den seit Dezember 1962 als ausgesprochen pro-israelisch geltenden Gerstenmaier. Der aus Bonn scheidende ägyptische Botschafter Sabri erkundigte sich am 23. März 1964 im Auswärtigen Amt, ob wohl der Bundestagspräsident eine Einladung in die Vereinigte Arabische Republik annehmen wolle. Am darauffolgenden Tag konnte er dem zuständigen Unterabteilungsleiter, Ministerialdirigent Alexander Böker, geradezu begeistert mitteilen, daß Gerstenmaier „sehr erfreut" gewesen sei und für den Spätherbst zugesagt habe[15].

Quasi als nahöstliches Gegengewicht zur geplanten Kairo-Visite ließ es sich Gerstenmaier nicht nehmen, in dem am 3. April 1964 im Deutschen Fernsehen ausgestrahlten Film „Warum kein deutscher Botschafter in Israel?" sich ebenso wie Franz Josef Strauß (CSU), Thomas Dehler (FDP) und Carlo Schmid (SPD) für einen Botschafter-Austausch mit Israel auszusprechen. Laut Gerstenmaier müsse ein echtes Risiko hinsichtlich der arabischen Staaten einkalkuliert werden. Dem könne allerdings durch eine entsprechende Informationspolitik der Bundesrepublik begegnet werden, daß „die Normalisierung der Beziehungen Deutschlands zu Israel überhaupt nichts Negatives gegenüber der arabischen Welt bedeuten soll oder bedeuten will". Daneben sei die Klarstellung erforderlich, daß Kredite, Wirtschaftshilfen und Entwicklungshilfe an die arabischen Staaten sofort entfielen, „falls Pankow anerkannt werden würde"[16].

Ausgerechnet der rechtsextremistischen „Deutschen National-Zeitung und Soldaten-Zeitung" gab Nasser am 1. Mai 1964 ein Interview, das eine aus seinen Antworten nicht unmittelbar zu erschließende Überschrift trug: „Krieg mit Israel unvermeidbar". Der ägyptische Staatspräsident provozierte zunächst mit unerhörten Bemerkungen über die „Lüge von 6 Millionen ermordeten Juden", sprach von der Bereitschaft, „den deutschen Wissenschaftlern die Staatsbürgerschaft der VAR zu geben und ihre Zukunft in jeder Weise sicherzustellen", aber auch davon, wie ihm hinsichtlich der Diskussion um Artikel 26 Abs. 2 des Grundgesetzes von kompetenter Seite verbindlich zugesichert worden sei, daß es zu einem derartigen Gesetz niemals kommen werde. Auf die vom Herausgeber Gerhard Frey wohl mit Schadenfreude präsentierte „Skala tiefgreifender Druckmittel" Kairos gegenüber Bonn („u. a. Anerkennung Ostberlins") erwiderte Nasser: „Das haben aber ganz offenbar Ihr Bundestags-

für Zeitgeschichte, bearb. von Rainer A. Blasius, Wolfgang Hölscher und Daniel Kosthorst, München 1995, Band I, Dok. 55, S. 272.

[15] Aufzeichnung Böker, 24. 3. 1964, in: PA/AA Bonn, B 36 (Ref. I B 4), Band 72: „Botschafter Sabri war sichtlich erleichtert, daß seine delikate Mission so erfolgreich war. Die Einladung seitens der ägyptischen Regierung geht auf seine persönliche Anregung zurück und sollte, wie er sagte, ein letzter Beitrag seinerseits zu einer Verbesserung der deutsch-ägyptischen Beziehungen sein."

[16] Rundfunkaufnahme, Deutsche Gruppe West, 3. 4. 1964, in: Ebenda, Band 109.

Jahrgang 46 (1998), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1998_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte



präsident Gerstenmaier und die beiden Vizepräsidenten Schmid und Dehler noch nicht erfaßt, wie ich aus einer kürzlichen Fernsehsendung schließe." Der Wunsch des Staatspräsidenten nach einer Intensivierung der deutsch-arabischen Zusammenarbeit gipfelte in einer eigenwilligen Interpretation des Selbstbestimmungsrechts: „Für uns Araber bedeutet dieses Recht die Einheit der Nation auf unserem angestammten Land und für Euch Deutsche bedeutet es genau dasselbe – Wiedervereinigung in einem Staat."[17] Durch die antisemitische Begleitmusik und die Wahl des Presseorgans stellte sich allerdings keine Freude über Nassers deutschlandpolitische Schützenhilfe ein, wie überhaupt das Thema Gerstenmaier-Visite erst einmal ad acta gelegt wurde.

## Vorankündigung des ägyptischen Staatsbesuchs in Bonn

Um einen weiteren Gegenpol zu den für eine Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu Israel plädierenden prominenten Persönlichkeiten und zum sich abzeichnenden deutschlandpolitischen Positionsverlust in Ceylon und auf Sansibar zu schaffen, drangen die Nahost-Experten des Auswärtigen Amts mit der Vorstellung durch, zusätzlich zur Gerstenmaier-Visite in Kairo den ägyptischen Staatspräsidenten nach Bonn einzuladen, zumal sich für den Mai 1964 zur Einweihung der 1. Baustufe des Assuan-Dammes Ministerpräsident Chruschtschow aus Moskau in der VAR angesagt hatte. Am 28. April 1964 bat Staatssekretär Carstens die Botschafter bei den westlichen Verbündeten um Rücksprache mit den Regierenden der Gastländer. Zweck eines Besuchs in der Bundesrepublik sei es, Nasser „die Realität des Deutschland-Problems an Ort und Stelle vor Augen zu führen"[18]. Botschafter Hasso von Etzdorf berichtete schon am 4. Mai 1964, daß in Whitehall der „jetzige Zeitpunkt sehr unwillkommen" sei, weil Nasser, „wo immer und so gut er könne, die Feinde Großbritanniens" unterstützen würde. Carstens schlug daraufhin dem Chef des Bundeskanzleramtes, Westrick, vor, „die Sache 3–4 Wochen ruhen zu lassen und dann die Engländer erneut zu konsultieren"[19]. Trotzdem erwähnte Erhard bereits am 18. Juni 1964 beim Antrittsbesuch des neuen ägyptischen Botschafters Mansour, daß „Präsident Nasser eventuell beabsichtige, eine Europa-Reise anzutreten; sollte es dazu kommen, würde man sich freuen, ihn auch in Deutschland zu begrüßen". Der Botschafter wurde gebeten, sich rechtzeitig mit dem Auswärtigen Amt in Verbindung zu setzen zwecks Übermittlung einer konkreten Einladung[20]. Diese interne Vorankündigung bestätigte der Bundeskanzler auf Nachfrage am folgenden 19. Juni vor der Presse[21]. Das Donnerwetter aus Israel blieb erfahrungsgemäß nicht aus. Die Zei-

[17] Deutsche National-Zeitung und Soldaten-Zeitung, Nr. 18 vom 1. 5. 1964, S. 1, 3 und 4.

[18] Drahterlaß Carstens, 28. 4. 1964, in: PA/AA Bonn, B 150/1964 (Sammlung von Kopien der offengelegten Verschlußsachen-Schriftstücke für die AAPD).

[19] Drahtbericht von Etzdorf, 4. 5. 1964, in: Ebenda (mit handschriftlicher Bemerkung Carstens).

[20] Aufzeichnung von Holleben, 18. 6. 1964, in: Ebenda.

[21] Auszug Pressekonferenz mit Bundeskanzler Erhard, 19. 6. 1964, in: PA/AA Bonn, B 36 (Ref. I B 4), Band 72: „Ich las in der Zeitung, daß Herr Nasser die Absicht hat, europäische Länder

Jahrgang 46 (1998), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1998_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte



tung „Haaretz" unterstellte der Bundesregierung am 22. Juni, daß sie einerseits „das Prestige Abdel Nassers noch mehr zu steigern" gedenke, während sie sich andererseits davor drücke, mit dem Staat Israel „normale diplomatische Beziehungen herzustellen". Darüber hinaus zeige sich in der Behandlung des Rüstungsexperten-Problems, daß ein „großes Fragezeichen hinsichtlich der Aufrichtigkeit Professor Erhards" zu setzen sei[22].

Fast gleichzeitig trat die Kontroverse um die Rüstungsspezialisten in Ägypten in das nächste Stadium. Obwohl sich alle beteiligten Bundesressorts ganz im Sinne des Auswärtigen Amts am 8. und 12. Juni 1964 gegen jede Form gesetzgeberischer Maßnahmen ausgesprochen hatten und das bisherige Schweigen der arabischen Staaten zur „Rüstungshilfe der Bundesregierung für Israel" wiederum mit der Tätigkeit der Deutschen in der VAR erklärt hatten, brachte die SPD-Fraktion am 25. Juni 1964 im Bundestag einen Antrag für ein weiteres Ausführungsgesetz zu Artikel 26 Abs. 2 des Grundgesetzes ein. Deutschen sollte es grundsätzlich verboten werden, „im Ausland zur Kriegführung bestimmte Waffen zu entwickeln, herzustellen, an ihrer Herstellung mitzuwirken oder in den Verkehr zu bringen"[23].

Am 29. Juni 1964 riet Ministerialdirigent Böker bei der Frage der 24 000 Mörsergranatzünder den Staatssekretären Carstens und Lahr dazu, daß sich die Bundesrepublik allmählich aus bereits eingegangenen Bindungen auf militärischem Gebiet mit Israel wieder lösen sollte. Generell müsse (so lange sich das Prinzip, keine Waffen in Spannungsgebiete zu liefern, nicht durchführen lasse) eine gewisse Gleichbehandlung Israels und der arabischen Staaten erreicht werden. Daher bat er um Zustimmung, daß Anträge arabischer Staaten auf Waffenlieferungen in Einzelfällen und nach sorgfältiger Prüfung zugelassen werden könnten[24]. Der Zufall wollte es, daß gerade in jenen Tagen Bundeskanzler Erhard trotz erheblicher Bedenken Schröders und Carstens' dem amerikanischen Drängen nachgab und die Bundesrepublik noch tiefer in das sogenannte Waffengeschäft mit Israel verstrickte. Erhard ließ sich auf die Lieferung von insgesamt 150 Panzer-Chassis vom Typ M 48 (ausgediente Bundeswehrpanzer) an Israel im „Umweg" über Italien ein; auf dieser Zwischenstation sollte die Umrüstung mit neuen Kanonen und neuen Motoren erfolgen[25].

Schröder war nun gezwungen, seinerseits um schöneres Wetter in den Beziehungen zu Ägypten zu werben. Botschafter Mansour wurde beispielsweise versichert, daß die deutschen Waffenspezialisten am Nil „nichts Unrechtes täten. Sie verstießen

---

zu besuchen. Dabei war die Rede von Frankreich, von Italien und auch von Deutschland. Wenn Präsident Nasser eine solche Absicht hegt, dann würden wir es begrüßen, wenn er auch nach Deutschland käme."

[22] Haaretz, 22. 6. 1964, Leitartikel „Die Bonner Regierung ist bereit, Nasser einzuladen" (Übersetzung), in: Ebenda.

[23] Zitat nach: AAPD 1964, Band II, S. 907, Anm. 4.

[24] Aufzeichnung Böker, 29. 6. 1964, in: AAPD 1964, Band I, Dok. 179, S. 712f.

[25] Zur Ausrüstungshilfe „Frank/Kol" und zum „Panzergeschäft" vgl. Aufzeichnung Pauls, 21. 10. 1964, in: AAPD 1964, Band II, Dok. 289, S. 1164–1166.

Jahrgang 46 (1998), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1998_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte



weder gegen die Gesetze der VAR, auf deren Einladung sie sich in Ägypten befänden, noch gegen die Gesetze der Bundesrepublik Deutschland". Dies stimmte den ägyptischen Diplomaten wohlwollend, war das Experten-Problem aus seiner Sicht doch „aufs engste mit der Garantie der persönlichen Freiheit" gemäß Grundgesetz der Bundesrepublik verbunden: „Die Regierung der VAR sei von Zeit zu Zeit beunruhigt durch Störmeldungen, die allerdings wohl auf israelische Propaganda zurückzuführen seien." Demgegenüber habe er vollstes Vertrauen in die Bundesregierung und insbesondere in das Auswärtige Amt. Schröder appellierte schließlich an die beiderseitige freundschaftliche Gesinnung ohne falsche Zurückhaltung[26].

Die arabische Gipfelkonferenz in Alexandria vom 5. bis 11. September 1964 und die Konferenz der blockfreien Staaten in Kairo vom 5. bis 10. Oktober 1964 im Visier, bemühte sich das Auswärtige Amt verstärkt darum, Nasser mittels einer Konkretisierung der Einladungsankündigung bei Laune und damit auf deutschlandpolitischem Kurs zu halten. Ein Schreiben des Bundeskanzlers an den Staatspräsidenten wurde entworfen, in dem die traditionelle Freundschaft, die Verweigerung des Selbstbestimmungsrechts für 17 Millionen Deutsche und der Dank für Nassers verständnisvolle Haltung zum „Wunsch der Deutschen nach Wiedervereinigung ihrer nationalen Einheit" thematisiert wurden: „Es würde mir eine besondere Freude sein, wenn Sie sich bereit finden würden, in nicht zu ferner Zukunft eine Einladung in die Bundesrepublik anzunehmen." Botschafter Federer stünde ja vor Ort zur Erörterung der Einzelheiten eines solchen Besuchs zur Verfügung. Am 6. August 1964 erhielt die Koblenzerstraße den Brief zurück – vom Bundeskanzler nicht unterzeichnet! Dazu hielt Böker am 4. September 1964 fest: „Der Herr Bundeskanzler hat wegen des auf die Einladung bezüglichen Passus entschieden, den Brief erst dann abzusenden, wenn durch Vorbesprechungen in Kairo sichergestellt ist, daß Präsident Nasser erst nach dem Besuch der britischen Königin, frühestens ab Juni 1965 nach Deutschland zu kommen bereit ist."[27]

In dieser Situation kam eine Anfrage Gerstenmaiers vom 9. September 1964 an Schröder wie gerufen. Der Bundestagspräsident erkundigte sich danach, ob ein ägyptischer Staatsbesuch in Bonn in den nächsten Monaten erwartet werde und ob sich damit die durch das Nasser-Interview vom Mai in Mitleidenschaft gezogene eigene Visite erübrige. Böker wies am 16. September das Nahost-Referat an: „Bitte schnellstens Antwortentwurf, damit sich nicht neue Mißverständnisse herausbilden (Nasser-Besuch noch unsicher – jedenfalls nicht vor Juli 1965!)". Am 22. September mußte Botschafter Federer allerdings aus Kairo melden, daß niemand im ägyptischen Außenministerium über die Einladung vom März an den Bundestagspräsidenten infor-

[26] Vermerk Schirmer, 22. 7. 1964, über Antrittsbesuch Mansour am 21. 7. 1964, in: PA/AA Bonn, B 36 (Ref. I B 4), Band 71.

[27] Osterheld an Auswärtiges Amt, 6. 8. 1964 (mit undatiertem Briefentwurf Erhard an Nasser als Anlage), und Böker an von Holleben, 4. 9. 1964, in: PA/AA Bonn, B 150/1964: „Abteilung I legt in Anbetracht der bevorstehenden Neutralistenkonferenz nach wie vor Wert darauf, daß Präsident Nasser ein Schreiben über unsere Deutschlandpolitik vom Bundeskanzler erhält."

Jahrgang 46 (1998), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1998_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte



miert sei und die Angelegenheit deshalb als eine Sache des ägyptischen Parlamentspräsidenten betrachtet werde. Über eine solche protokollarische Herabstufung war Gerstenmaier natürlich „äußerst ungehalten"[28].

## DDR-Sonderbotschafter in der VAR

So bahnte sich vor der Konferenz der blockfreien Staaten keine Vertiefung der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und Ägypten mehr an. Dafür konnte die DDR in Kairo verstärkt Fuß fassen. Am 5. September 1964 teilte der Stellvertretende Außenminister Kiesewetter dem Sekretär des Staatsrates der DDR, Otto Gotsche, mit, daß Nasser bereit sei, einen Sonderbotschafter Ulbrichts nach dem 20. September 1964 zu empfangen[29].

Eifrig wurde in Ost-Berlin an einer Direktive für den als Sonderbotschafter ausersehenen Stellvertreter des Vorsitzenden des Staatsrates der DDR, Heinrich Homann, gearbeitet. Ziel war es, daß die VAR-Vertreter auf der Oktober-Konferenz der Blockfreien in Kairo „a) als Maximalvariante für eine Anerkennung der Existenz zweier deutscher Staaten, die ihre Probleme auf der Grundlage der Prinzipien der friedlichen Koexistenz regeln sollten, eintreten, den Vorschlag, beide deutsche Staaten in die UNO aufzunehmen, unterstützen und sich für die Aufnahme entsprechender Formulierungen in die Konferenzdokumente aussprechen; b) als Minimalvariante dafür eintreten, daß in den Abschlußdokumenten der Konferenz die Stellungnahme der 1. Konferenz neutraler Staaten in Belgrad zur Deutschland- und Westberlinfrage erneut bestätigt wird." Darüber hinaus sei Nasser an die wiederholte Zusage zu einem Besuch in Ost-Berlin zu erinnern. In diesem Zusammenhang sei zu klären, ob die VAR bereit wäre, den Staatsratsvorsitzenden Ulbricht Ende 1964/Anfang 1965 zu einem Freundschaftsbesuch in Kairo zu empfangen. Im Gegenzug dürfe die Bereitschaft der DDR zu einem „ihren Kräften entsprechenden Beitrag zur Verwirklichung der Projekte des 2. Fünfjahrplanes der VAR" in Höhe von 200 Millionen Mark angeboten und die Möglichkeit erwähnt werden, daß „zur Weiterentwicklung der Wirtschaftsbeziehungen baldmöglichst Expertenverhandlungen" stattfinden könnten[30].

Vom 23. bis 28. September 1964 war Homann in der VAR. Weil die Visite ausgerechnet mit dem Tode Otto Grotewohls zusammenfiel, lag es natürlich nahe, daß der Stellvertretende Ministerpräsident für Auswärtige Angelegenheiten der VAR, Fawzi, gleich am ersten Tag den Besuch vom Januar 1959 als „Meilenstein in der Entwicklung der Beziehungen zwischen beiden Staaten" würdigte. Homann legte nun dar, „daß man die Frage der Herstellung von gleichen Beziehungen zu beiden deut-

[28] Gerstenmaier an Schröder, 9. 9. 1964, Drahtbericht Federer, 22. 9. 1964, und Vermerk Balken, 24. 9. 1964, in: PA/AA Bonn, B 36 (Ref. I B 4), Band 72.

[29] Kiesewetter an Gotsche, 5. 9. 1964, in: PA/AA Berlin, Bestand MfAA, Signatur A 12783.

[30] Direktive für Sonderbotschafter, 28. 8. 1964, in: Ebenda.

Jahrgang 46 (1998), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1998_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte



schen Staaten in gewissem Sinne als ein Zeichen der konsequenten Anwendung des Standpunktes der Nichtpaktgebundenheit durch die neutralen Staaten ansehen könne". Gegenüber Nasser unterbreitete der Sonderbotschafter am 27. September 1964 den Vorschlag, die im Juli 1962 von der DDR wegen „bestimmter Schwierigkeiten in ihrer Ökonomie" unterbrochenen Verhandlungen über ein Kreditabkommen im Januar 1965 fortzusetzen; außerdem stellte er einen zusätzlichen Kredit für die Durchführung des 2. Fünfjahrplanes der VAR in Aussicht.

Die von der DDR erwarteten Gegenleistungen blieben natürlich nicht unerwähnt. Dementsprechend pries Homann „die Anwendung des positiven Neutralismus und des Non-Alignment" und verstand darunter „gleiche Beziehungen" der VAR zur DDR und zur Bundesrepublik. Aus diesem Grund bezeichnete er eine Erklärung der Konferenz der nichtpaktgebundenen Staaten als hilfreich, „daß in Deutschland gegenwärtig zwei Staaten bestehen" würden, die „gleichberechtigt in die UNO aufgenommen werden sollten". Mit „einem Lächeln" erwiderte Nasser, er sei überhaupt dagegen gewesen, daß einzelne Fragen – wie z. B. das Problem „Geteilte Länder" – auf die Tagesordnung gesetzt würden. Die VAR habe von sich aus darauf verzichtet, das Israel-Problem auf der bevorstehenden Konferenz zur Sprache zu bringen. Nachdem Nasser die unterschiedlichen außenpolitischen Vorstellungen der 57 Teilnehmer-Staaten kurz umrissen hatte, stellte er das Interesse der VAR heraus, internationale Fragen nur allgemein zu behandeln und möglichst einstimmige Beschlüsse der Konferenzteilnehmer zustande zu bringen.

Abschließend wies Homann darauf hin, daß die DDR einen weiteren Schritt zur Entwicklung des bilateralen Verhältnisses darin sähe, wenn die VAR in Ost-Berlin ein Generalkonsulat errichten könnte. Nasser zeigte sich überrascht, daß noch keine derartige Vertretung in der DDR eröffnet worden sei, und erklärte sich spontan einverstanden. Danach sprach Homann den Ulbricht-Besuch in der VAR an und nannte als Termin den Januar 1965. Nasser sicherte eine entsprechende schriftliche Einladung zu[31].

Parallel zu solchen geheimgehaltenen Besprechungen lief eine Propaganda-Offensive der DDR, die am Vorabend des Konferenz-Beginns allen versammelten Missionen trotz der ägyptischen Vorbehalte gleich zwei Memoranden zustellte, in denen einer Aufnahme der „beiden deutschen Staaten" in die UNO und einer Lösung der Deutschland-Frage auf der Basis der „Existenz zweier deutscher Staaten" das Wort geredet wurde[32].

Auch die Bundesregierung war nicht ganz untätig. So wandte sich der Bundeskanzler am 5. Oktober 1964 statt mit einem Einladungsschreiben zum Staatsbesuch öffentlich an Präsident Nasser mit „besten Wünschen für einen erfolgreichen Konferenzverlauf". Der Meinung Erhards nach war der Friede in der Welt untrennbar da-

[31] Aktenvermerk, undatiert, über Gespräch am 23. 9. 1964, und Aktenvermerk, 12. 10. 1964, über Unterredung am 27. 9. 1964, in: Ebenda. Vgl. auch Anm. 100.

[32] Vgl. dazu Aufzeichnung Luedde-Neurath, 6. 10. 1964, in: AAPD 1964, Band II, Dok. 275, S. 1126–1128.

Jahrgang 46 (1998), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1998_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte



mit verbunden, „daß allen Völkern das Recht auf Freiheit und Selbstbestimmung zugestanden wird. Heute – 20 Jahre nach Beendigung des Krieges – hat ein Teil des deutschen Volkes noch immer nicht die Möglichkeit, sein Recht auf Selbstbestimmung auszuüben und seinem Willen nach Wiederherstellung der Einheit der deutschen Nation Ausdruck zu verleihen. Die Bundesregierung ist der Überzeugung, daß die berechtigten Forderungen des deutschen Volkes bei den ungebundenen Ländern Verständnis und Unterstützung finden."[33]

Alexander Böker leitete als Vertreter des Auswärtigen Amts übrigens die – in Konkurrenz zu den aktiven DDR-Spähern stehende – Beobachter-Delegation der Bundesrepublik während der Blockfreien-Konferenz. Am 9. Oktober 1964 hatte er Gelegenheit, gegenüber Fawzi die ständige Überpräsenz der DDR in der VAR anzuprangern: eine Handelsvertretung, ein Generalkonsulat und die Dienststelle eines „Beauftragten der DDR für die arabischen Länder", ingesamt 120 bis 130 höhere Beamte und Angestellte im Vergleich zu knapp 20 Angehörigen des höheren Dienstes aus der Bundesrepublik. Darin sah Böker den „hauptsächlichsten Störungsfaktor" in den Beziehungen zwischen Bonn und Kairo[34]. Alles in allem war Botschafter Federer mit Nassers Konferenz-Auftritten zufrieden und bezeichnete ihn am 14. Oktober 1964 als „klugen und auf Ausgleich bedachten Staatsmann", der nunmehr sicherlich mit dem Staatsbesuch in Bonn und einer offiziellen Einladung des Bundespräsidenten in den nächsten Wochen rechnen dürfe[35].

## Forderung nach einem Rüstungsexportverbot für die Bundesrepublik Deutschland

Nachdem das Verhältnis zu Israel wieder durch einen öffentlichen Schlagabtausch über die deutschen Raketensöldner belastet wurde, erklärte Erhard am 15. Oktober 1964 ohne ausdrückliche Erwähnung Ägyptens, daß die Bundesregierung jede Tätigkeit von Deutschen im Ausland bedaure und mißbillige, die zu einer Gefahr für den Frieden werden könnte: „Ich füge dem hinzu, daß wir alle Möglichkeiten ausschöpfen werden, die dazu beitragen, dem israelischen Volk das Gefühl der Bedrohung durch Deutsche zu nehmen."[36] Bewies der Bundeskanzler auf diese Art gewisse Rücksicht auf Nasser, so konnte Schirmer am 21. Oktober endlich nach Kairo melden, daß Gerstenmaier nun doch nach persönlicher Rücksprache mit dem Referatsleiter ein Einladungsschreiben des Botschafters Mansour für die Ägypten-Visite als

[33] Botschaft Erhard an Nasser, 5. 10. 1964, in: Dokumente zur Deutschlandpolitik, IV. Reihe/Band 10, hrsg. vom Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen, bearb. von Marie-Luise Goldbach und Karl-Günter Schirrmeister, Frankfurt a. M. 1980, S. 1027f.

[34] Gespräch Böker mit Fawzi, 9. 10. 1964, in: AAPD 1964, Band II, Dok. 280, S. 1145.

[35] Federer an Carstens, 14. 10. 1964, in: PA/AA Bonn, B 150/1964.

[36] Erklärung Erhard, 15. 10. 1964, in: Der deutsch-israelische Dialog. Dokumentation eines erregenden Kapitels deutscher Außenpolitik, hrsg. von Rolf Vogel, Teil I: Politik, Band 1, München 1987, S. 259.

Jahrgang 46 (1998), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1998_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte



ausreichend erachte und den 13. oder 14. November als vorläufigen Abreisetermin vorgeschlagen habe[37]. Zwei Tage später wandte sich Federer unter dem Eindruck, daß die Bundesregierung „einem schweren Druck Israels ausgesetzt" sei, mit dem Vorschlag an Carstens, die Frage der Waffenspezialisten „geräuschlos lösen" zu können (er dachte offensichtlich an die dann bald erfolgte und durch konkrete Beschäftigungsangebote herbeigeführte Rückkehr in die Bundesrepublik). Er riet aber zugleich davon ab, sich auf diesbezügliche israelische Wünsche vor einem Besuch Nassers in der Bundesrepublik festlegen zu lassen. Mit dem Staatsbesuch rechnete er im Juni oder Juli 1965: „Ich hoffe, daß es nicht nur eine Unterstellung ist."[38]

Wie wichtig es aus der Perspektive des Auswärtigen Amts erschien, sich Nasser besonders zuzuwenden, zeigte sich spätestens am 26. Oktober 1964. Mit einem Artikel der „Frankfurter Rundschau" drangen erstmals präzisere Nachrichten über die geheimen Waffenlieferungen nach Israel an die deutsche Öffentlichkeit, auf die zunächst weder ein offizielles Dementi noch eine Bestätigung erfolgte. Gerstenmaier brachte immerhin am 29. Oktober in der ZDF-Sendung „Journalisten fragen" sein Bedauern über eine Geheimpolitik zum Ausdruck, von der er selbst aus der Zeitung erfahren habe: „Aber warum wir Deutschen exakt nun Militärhilfen geben müssen, selbst wenn es sich um Israel handelt?" Er plädierte nochmals für eine Normalisierung der deutsch-israelischen Beziehungen und gegen den bisher praktizierten Versuch, eine solche Unterlassung mit einer Art von Hilfe zu kompensieren, deren Form er „mindestens nicht billigen" könne. Jedenfalls wurde Gerstenmaiers Fernseh-Kritik am „angeblichen deutsch-israelischen Militärhilfe-Abkommen" – so der Originalton des Botschaftsrats I. Klasse Müller am 2. November – in der ägyptischen Presse mit großem Interesse zur Kenntnis genommen[39].

Um dem drohenden Zusammenbruch der Politik gegenüber den arabischen Staaten entgegenzuwirken, hielt das Auswärtige Amt erst recht an der Gerstenmaier-Visite fest. Zuvor brachte es jedoch Bundesminister Schröder dazu, am 9. November 1964 schriftlich seine Kritik an der Nahost-Politik der Bundesregierung vorzubringen. Eine dringende Klarstellung der ins Zwielicht geratenen Außenpolitik wurde angemahnt, ebenso wie eine Einstellung der militärischen Zusammenarbeit mit Israel in der Zukunft; statt dessen schlug Schröder vor, einen Austausch von Handelsvertretungen mit konsularischen Befugnissen zu offerieren. Außerdem wurde eine beträchtliche Entwicklungshilfe an die arabischen Staaten, die umgehende Einladung an Nasser und eine Lösung des Rüstungsexperten-Problems „mit leichter Hand" anempfohlen[40]. Das nächste Schreiben in dieser Angelegenheit richtete Gerstenmaier am 12. November an Erhard. Der Bundestagspräsident erwähnte den dringenden Wunsch des Auswärtigen Amts hinsichtlich seiner Ägypten-Visite; außerdem habe

[37] Schirmer an Botschaft Kairo, 21. 10. 1964, in: PA/AA Bonn, B 36 (Ref. I B 4), Band 72.

[38] Federer an Carstens, 23. 10. 1964, in: AAPD 1964, Band II, Dok. 295, S. 1183 f.

[39] Typoskript „Journalisten fragen", 29. 10. 1964, 21.00 Uhr, S. 16 f., und Drahtbericht Müller, 2. 11. 1964, in: PA/AA Bonn, B 36 (Ref. I B 4), Band 72.

[40] Schröder an Erhard, 9. 11. 1964, in: AAPD 1964, Band II, Dok. 315, S. 1247.

Jahrgang 46 (1998), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1998_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte



ihn die CDU/CSU-Fraktion geradezu „bestürmt", nach Kairo zu reisen. Ein zusätzliches umfassendes Entwicklungshilfeangebot für die VAR („Errichtung und Finanzierung einer Meerwasserentsalzungsanlage auf atomarer Basis") müsse nun zugestanden werden, um die „Zurückhaltung Nassers gegenüber dem Militärhilfe-Vertrag" mit Israel zu gewährleisten und ihn mit dem Gedanken der Errichtung einer Handelsvertretung der Bundesrepublik in Israel vertraut zu machen[41].

Noch am 12. November 1964 dankte der Bundeskanzler dem ägyptischen Staatspräsidenten für dessen persönliches Eintreten während der „vergangenen Konferenz der ungebundenen Staaten" in Ägypten und kündigte erneut – erstmals direkt in Briefform statt bisher nur mündlich über die Botschafter in Bonn bzw. Kairo – eine Einladung des Bundespräsidenten zu einem Staatsbesuch in Bonn an, um der Verbundenheit zwischen beiden Völkern weiter Ausdruck zu verleihen[42]. Diese persönliche Botschaft übergab Gerstenmaier schließlich in Kairo, nachdem Erhard ihm zuvor unter dem Datum des 16. November versichert hatte, im Verhältnis zu Israel sei vorerst lediglich ein Austausch nicht-diplomatischer Missionen vorgesehen; hinsichtlich der Waffenspezialisten möge er die Bitte an die ägyptische Regierung zu einem freiwilligen Verzicht auf die Weiterbeschäftigung der deutschen Wissenschaftler herantragen[43].

Höhepunkt der delikaten Aufgabe des Bundestagspräsidenten stellte am 22. November 1964 ein zweistündiges Gespräch mit Nasser dar. Gerstenmaier nannte einleitend als bestimmenden Faktor der Israel-Politik der Bundesrepublik ein „tiefes Gefühl der Schande" für das, „was den Juden von den Deutschen in der Ära des Dritten Reiches angetan worden sei". Eine zusätzliche Verstärkung erfahre das ohnehin schlechte Gewissen durch das Fehlen offizieller Beziehungen, was von israelischer Seite ausgenutzt werde, um gegenüber der Bundesrepublik zuweilen überdimensionale Forderungen zu erheben. Nasser nahm die Ausführungen „ohne ein Zeichen der Abwehr" auf, um anschließend seiner Enttäuschung Luft zu machen über Waffenlieferungen, welche die Bundesrepublik sogar Israel „geschenkt" habe. Gerstenmaier besänftigte den ägyptischen Staatspräsidenten mit seiner Vision von einem Rüstungsexportverbot an Staaten außerhalb der NATO, was ebenso auf Zustimmung des Gesprächspartners stieß wie das übermittelte Schreiben Erhards[44].

Am 10. Dezember 1964 berichtete Gerstenmaier einigen Bundestagsabgeordneten über seine Reise. Auch sein Berater und Begleiter in Kairo, Nahost-Referatsleiter Schirmer, nahm an der interfraktionellen Sitzung teil. Gerstenmaier vertrat mit Nachdruck die Ansicht, daß die Einstellung der Waffenlieferungen, die Klärung des Grades der deutsch-israelischen Normalisierung ohne Gefährdung des Alleinvertre-

[41] Gerstenmaier an Erhard, 12. 11. 1964, in: Ebenda, Dok. 325, S. 1282 f.

[42] Erhard an Nasser, 12. 11. 1964, in: Ebenda, Dok. 326, S. 1284 f.: „Botschafter Dr. Federer hat Weisung erhalten, Ihnen die offizielle Einladung des Herrn Bundespräsidenten in Kürze zu übermitteln." Diese formelle Einladung erfolgte nicht.

[43] Erhard an Gerstenmaier, 16. 11. 1964, in: Ebenda, Dok. 340, S. 1333–1335.

[44] Federer an Carstens, 23. 11. 1964, über Gespräch am 22. 11. 1964, in: Ebenda, Dok. 352, S. 1376 f.

Jahrgang 46 (1998), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1998_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte



tungsanspruchs sowie der Umfang der wirtschaftlichen Zugeständnisse zur Beschwichtigung der arabischen Staaten als „package deal" behandelt werden müßten. Außerdem hoffte er, den SPD-Antrag vom 25. Juni 1964 auf ein generelles Waffenausfuhrverbot an Staaten außerhalb des NATO-Bereichs auszudehnen. Die Abgeordneten wiesen ihn allerdings umgehend auf die „negativen Folgen dieser Radikallösung" vor allem im Hinblick auf die Afrika-Politik hin[45].

Am nächsten Tag erschien auf der Titelseite der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung" der Artikel „Nasser zu Bonn-Israel". Wie Schirmer sofort nach Kairo drahtete, sei „wahrheitswidrig" über die interfraktionelle Besprechung vom Vortage und über eine Äußerung des Bundestagspräsidenten berichtet worden, daß Nasser gegen eine Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und Israel nichts einzuwenden hätte. Auch den ägyptischen Botschafter Mansour klärte Schirmer darüber auf, daß die Pressemeldung als bewußter Versuch gewertet werden müßte, um den Erfolg der Gerstenmaier-Visite in Ägypten zu gefährden und die sich anbahnende Verbesserung der Beziehungen mit den arabischen Staaten zu stören[46]. Immerhin erhielt der Bundestagspräsident am 15. Dezember 1964 Unterstützung durch den Bundeskanzler, der in einer Verlautbarung der Gerstenmaier-Forderung zustimmte, „künftig keine Waffen an Staaten außerhalb der NATO zu liefern"[47].

Das Schlüsselwort aller Nahost-Erklärungen hieß „künftig" bzw. „in Zukunft". Das zeigte sich am 15. Dezember auch an jener, vom Ersten Sekretär der amerikanischen Botschaft in Bonn vorgetragenen Bitte, daß die Geheimhaltung der auf Wunsch der USA durch die Bundesrepublik abgewickelten und noch abzuwickelnden Panzerlieferungen an Israel mit Rücksicht auf Ägypten weiterhin gewahrt bleiben möge. Ministerialdirigent Böker verpflichtete sich zwar dazu, jedoch nicht ohne dem amerikanischen Diplomaten deutlich vor Augen zu führen, daß die arabischen Geheimdienste genau über die militärische Zusammenarbeit des Westens mit Israel Bescheid wüßten. Überhaupt bedauerte er es, daß die USA auf die „seltsame Idee" verfallen seien, ausgerechnet die Bundesrepublik „als Mittelsmann der amerikanischen Tanklieferungen" zu benutzen. Die Reaktion auf das Bekanntwerden der Geheimlieferungen sei selbst „bei dem besonders Israel-freundlichen Bundestagspräsidenten sehr scharf gewesen": „Möglicherweise werde dies auch in gesetzgeberischen Maßnahmen Niederschlag finden."[48]

Am 22. Dezember nahm Ministerialdirektor Jansen dann Anstoß an der auf Staatssekretär Carstens zurückgehenden Formulierung in einer Kabinettsvorlage des Auswärtigen Amts, daß die „Waffenlieferungen nach Israel nur insoweit eingestellt werden, als nicht bereits eingegangene Verpflichtungen abzuwickeln sind". Jansen hielt es dagegen für schlichtweg unmöglich, noch ausstehende und über einen erheblich

[45] Aufzeichnung Jansen, 11. 12. 1964, in: Ebenda, Dok. 385, S. 1516.
[46] Schirmer an Botschaft Kairo, 11. 10. 1964, in: PA/AA Bonn, B 36 (Ref. I B 4), Band 72.
[47] Zitat nach: Die Welt, Nr. 293 vom 16. 12. 1964, S. 2.
[48] Aufzeichnung Böker, 15. 12. 1964, in: AAPD 1964, Band II, Dok. 388, S. 1534f.

Jahrgang 46 (1998), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1998_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte



weiteren Zeitraum sich erst erstreckende Lieferungen von Panzern und U-Booten zu Ende zu führen und gleichzeitig eine Neuordnung des Verhältnisses sowohl zu Israel als auch zu den arabischen Staaten anzustreben. Überdies werde die zwischenzeitlich in Mode gekommene Begründung unglaubwürdig, durch Maßnahmen gesetzlicher oder nichtgesetzlicher Art gegen die Tätigkeit deutscher Waffenexperten in der VAR zur Verhinderung von „Kriegsvorbereitungen und einem militärischen Rüstungswettlauf im Nahen Osten beitragen" zu wollen[49]. Diese Analyse war mehr als stichhaltig. Zwei Monate nach dem Artikel in der „Frankfurter Rundschau", der einen tiefen Einbruch in die Glaubwürdigkeit der bundesdeutschen Politik gegenüber der arabischen Welt darstellte, drückte man sich im Bundeskanzleramt immer noch vor der dringend notwendigen politischen Entscheidung.

## Freundschaftsbesuch des DDR-Staatsratsvorsitzenden am Nil

Die UdSSR nutzte nun ihrerseits die schlechte Versorgungslage mit Nahrungsmitteln in Ägypten und das – wegen Devisenmangels und hoher Schuldenberge – schleppende Anlaufen des 2. Fünfjahrplanes zu einer außenpolitischen Initiative aus. Der Stellvertretende Vorsitzende des Ministerrats der UdSSR, Schelepin, reiste vom 19. bis 29. Dezember 1964 in die VAR, um militärische Hilfe im Jemen-Krieg und eine Anleihe über 252 Millionen Rubel für ägyptische Industrieprojekte zu garantieren[50].

Noch während Schelepin in Kairo war, wurde das endgültige Datum für den Beginn des Ulbricht-Besuchs festgesetzt. Nachdem der Beauftragte der Regierung der DDR für die VAR, Ernst Scholz, am 27. Dezember von einem engen Berater des ägyptischen Staatspräsidenten empfangen worden war, konnte der stellvertretende DDR-Außenminister Kiesewetter am folgenden Tag dem „werten Genossen Ulbricht" mitteilen, „daß Nasser Deinen Besuch für den 25. Februar erwarte und eine schriftliche Einladung in Vorbereitung sei": „Es sollen die protokollarischen Regeln für Staatschefs zur Anwendung kommen." Wegen der Eröffnung der Leipziger Messe am 28. Februar 1965 stellte sich für das Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten die Terminfrage als „schwierigstes Problem". So bat denn Ulbricht am 29. Dezember 1964: „Es wäre uns lieb, wenn es möglich wäre, die Ankunft auf den 23. Februar festzulegen; wenn das nicht geht, dann auf den 24. 2."[51]

Der Ulbricht-Besuch war demnach bereits fixiert, als unmittelbar nach Schelepins Abreise die DDR-Wirtschaftsdelegation unter Leitung des Stellvertretenden Außenhandelsministers Gerhard Weiss in Kairo eintraf. Sie blieb vom 6. Januar bis zum 3. Februar 1965 in der ägyptischen Hauptstadt, um die im September 1964 von Homann angebotenen Verhandlungen zu führen. Gleichzeitig baute Nasser an einer politischen Einheitsfront gegen den Westen. Vom 9. bis 12. Januar 1965 schwor er die in

[49] Aufzeichnung Jansen, 22. 12. 1964, in: Ebenda, Dok. 395, S. 1557f.
[50] Vgl. dazu Troche, Ulbricht, S. 40.
[51] Kiesewetter an Ulbricht, 28. 12. 1964, in: PA/AA Berlin, Bestand MfAA, Signatur 616/730.

Jahrgang 46 (1998), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1998_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte



Kairo versammelten Regierungschefs der arabischen Staaten auf ein gemeinsames Handeln gegenüber jedem Staat ein, der „neue Beziehungen mit Israel aufnimmt und die Kriegsvorbereitungen Israels unterstützt" – eine deutliche Warnung an die Bonner Adresse[52].

Gerstenmaier, der schon am 11. Januar 1965 in einem Schreiben an Schröder die weiterhin ausstehende formelle Einladung an Nasser zu einem Staatsbesuch in der Bundesrepublik sowie die Konkretisierung und Präzisierung der Zusage für wirtschaftliche Unterstützung der VAR einforderte, warf dem Bundesaußenminister am 13. Januar sogar Untätigkeit des Auswärtigen Amts vor. Schröder verwahrte sich dagegen am 18. Januar mit dem Hinweis, daß die jetzt anstehenden Fragen der Nahost-Politik einer Zustimmung des Kabinetts bedürften: „Was die Frage der schriftlichen Einladung des Herrn Bundespräsidenten an Präsident Nasser betrifft, so kann diese erst dann übermittelt werden, wenn das Datum des Besuchs feststeht. Gespräche darüber sind zwischen unserer Botschaft in Kairo und dem dortigen Außenministerium im Gange."[53]

Solche protokollarischen Schwerfälligkeiten wurden durch Nassers Handeln obsolet. Zu Hilfe kamen dem ägyptischen Präsidenten neue Presseartikel über die näheren Umstände und den genaueren Umfang der Waffenlieferungen der Bundesrepublik an Israel („New York Times" vom 21. Januar 1965). Daher hielt Nasser es für angemessen, der Bundesrepublik die seit Herbst 1964 in Erwägung gezogene deutschlandpolitische Ohrfeige zu geben und in aller Öffentlichkeit der UdSSR und der DDR seine Reverenz zu erweisen. Am Abend des 25. Januar wurden gegenüber Botschafter Federer in Kairo die Zeitungsartikel vom Vortage bestätigt, daß ein Besuch Ulbrichts in der VAR für die letzte Februar-Woche vorgesehen sei[54]. Federer schlug Alarm und forderte in einem Drahtbericht an Staatssekretär Carstens am 26. Januar einen „package deal" nach dem Vorschlag Gerstenmaiers, nur jetzt modifiziert durch: Widerruf der Einladung an Ulbricht durch die VAR gegen Einstellung der Waffenlieferungen der Bundesrepublik an Israel[55]! Dabei konnte sich das Bundeskabinett weder zu einem solchen Lieferungsstopp entschließen, noch zu der vom Bundestagspräsidenten favorisierten Gesetzesinitiative mit dem Ziel, Staaten außerhalb des NATO-Gebiets generell keine Waffen mehr zur Verfügung zu stellen. Auch das Plädoyer Schröders in der Kabinettssitzung vom 27. Januar, den arabischen Staaten eine Wirtschaftshilfe in dreifacher Höhe der an Israel geleisteten Zahlungen zu gewähren und Nasser in der Bundeshauptstadt zu empfan-

[52] Zit. nach: Aufzeichnung Schirmer: „Ablauf der Krise unserer Nahostpolitik", 6. 3. 1965, in: PA/AA Bonn, B 36 (Ref. I B 4), Bd. 143.

[53] Gerstenmaier an Schröder, 13. 1. 1965, und Schröder an Gerstenmaier, 18. 1. 1965, in: PA/AA Bonn, B 150/1965.

[54] Drahtbericht Federer, 25. 1. 1965, in: Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland 1965 (künftig: AAPD 1965), hrsg. im Auftrag des Auswärtigen Amts vom Institut für Zeitgeschichte, bearb. von Rainer A. Blasius, Mechthild Lindemann und Ilse Dorothee Pautsch, München 1996, Band I, S. 192, Anm. 2.

[55] Federer an Carstens, 26. 1. 1965, in: AAPD 1965, Band I, Dok. 38, S. 194.

Jahrgang 46 (1998), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1998_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte



gen, stieß auf Ablehnung[56]. „Die unverschämte Einladung Nassers an Ulbricht dürfe nicht auch noch prämiert werden", hielt der Leiter des Außenpolitischen Büros im Bundeskanzleramt, Ministerialdirigent Horst Osterheld, als Stimmungsbild in seinem Tagebuch fest[57]. So hatte Federer am 31. Januar nichts zu bieten als die Warnung vor einem sehr stark belastenden Schritt in den Beziehungen zur Bundesrepublik, worauf Nasser erstmals in dieser Nahost-Krise mit einer Anerkennung der DDR drohte, falls die „Waffengeschenke" an Israel fortgesetzt würden[58].

Um eine Absage oder Verschiebung der Ulbricht-Reise dennoch zu erreichen, nahm die Bundesrepublik ein Vermittlungsangebot Spaniens an. Der Abteilungsleiter im Außenministerium in Madrid, Marques de Nerva, wurde nach Kairo entsandt. Ministerpräsident Sabri deutete ihm gegenüber am 6. Februar ein ägyptisches Einlenken unter der Voraussetzung an, daß die Bundesrepublik unverzüglich und unmißverständlich eine andere Haltung gegenüber Israel einnehme; dann sei die VAR bereit, „sich zu verpflichten, [die] DDR nicht anzuerkennen sowie Besuch Ulbrichts auf reine Courtoisie-Geste herunterzuspielen"[59]. Davon war der Bundeskanzler immerhin so beeindruckt, daß er auf dem entsprechenden Drahtbericht handschriftlich vermerkte: „Könnten wir bei Israel nicht erreichen, daß es eine Einstellung der Waffenhilfe nicht als eine feindliche Haltung empfindet, sofern wir das Abkommen umwandeln, ohne daß Israel daraus Schaden erwächst?"[60] Bevor dieser Vorschlag, der nun endlich den vom Auswärtigen Amt seit November 1964 geforderten Waffenlieferungsstopp berücksichtigte, auch nur in Ansätzen umgesetzt werden konnte, meldete sich am 5. Februar 1965 DDR-Außenminister Bolz zu Wort mit der Aufforderung an Schröder, „die militärischen Geheimabkommen mit Israel unverzüglich zu kündigen und ab sofort alle Lieferungen von Waffen und Kriegsgerät aller Art an Israel einzustellen"; überhaupt diene das Waffengeschäft einzig und allein dem „Zweck, aus Israel einen imperialistischen Vorposten im arabischen Raum zu machen"[61].

Nach der Gerstenmaier-Presse-Panne vom Dezember folgte schon die nächste. Am 10. Februar 1965 gab sich Ministerpräsident Sabri aufgrund der Nerva-Vermittlung siegreich vor der ägyptischen Nationalversammlung: die Bundesregierung habe bereits die Einstellung der Waffenlieferungen an Israel zugesagt; Kairo werde sich

---

[56] Aufzeichnung Carstens, 27. 1. 1965, in: Ebenda, Dok. 40, S. 199f.

[57] Horst Osterheld, Außenpolitik unter Bundeskanzler Erhard 1963–1966. Ein dokumentarischer Bericht aus dem Kanzleramt, Düsseldorf 1992, S. 152.

[58] Drahtbericht Federers, 1. 2. 1965, über Gespräch am 31. 1. 1965, in: AAPD 1965, Band I, Dok. 48, S. 229: „Um ganz sicher zu sein, daß ich mich nicht verhört hätte, sagte ich dem Präsidenten: ‚Also wollen Sie uns zuerst den Besuch Ulbrichts in Kairo zumuten und später, wenn die Waffenlieferungen an Israel weitergehen, sich vorbehalten, auch noch die Anerkennung auszusprechen.' Präsident Nasser bejahte dies."

[59] Drahtbericht Botschafter in Madrid, Allardt, 7. 2. 1965, in: AAPD 1965, Band I, Dok. 59, S. 264.

[60] Randbemerkung Erhards, in: Ebenda, S. 264, Anm. 15.

[61] Bolz an Schröder, 5. 2. 1965, in: Dokumente zur Deutschlandpolitik, IV. Reihe/Band 11, hrsg. vom Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen, bearb. von Marie-Luise Goldbach, Frankfurt a. M. 1978, S. 151.

Jahrgang 46 (1998), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1998_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte



im Gegenzug für die Wiedervereinigung einsetzen; die Krise sei damit beendet[62]. Ein solcher, auf Mißverständnisse oder Eigenmächtigkeiten des spanischen Vermittlers zurückzuführender Optimismus war allerdings nicht angebracht. Dies zeigte die von Erhard und Kanzleramtschef Westrick mit dem Leiter der Israel-Mission geführte Unterredung über eine Ablösung des Waffengeschäfts „in honoriger Weise". Shinnar drängte statt dessen auf schnellstmögliche Lieferungen der Waffen und sprach sich gegen öffentliche Verlautbarungen über deren Beendigung aus. Letzteres lehnte jedoch Westrick ab, „da das ja der Sinn des Lieferstopps sei"[63]. Daraufhin konnte Regierungssprecher Karl-Günther von Hase am 12. Februar 1965 wieder einmal nur erklären, daß eine Einstellung der Waffenlieferungen angestrebt werde. Der Protest des ägyptischen Botschafters Mansour bei Schirmer am 12. Februar und bei Schröder am 13. Februar 1965 war damit vorprogrammiert. Der Diplomat warnte die Bundesregierung davor, sich einfach über die von Nerva „hinsichtlich der Waffenlieferungen an Israel ausgehandelten Abmachungen" hinwegzusetzen; anderenfalls werde Nasser die Beziehungen zu Bonn abbrechen und zu Ost-Berlin aufnehmen[64]. Auch die israelische Regierung reagierte prompt. Am 15. Februar 1965 stellte Ministerpräsident Eshkol fest: „Wir werden keine geldliche Entschädigung als Ersatz für die Einstellung der uns zugesagten Sicherheitshilfe annehmen."[65]

Erhard verurteilte den bevorstehenden Ulbricht-Besuch am 17. Februar vor dem Bundestag und erläuterte die Auswirkungen für die VAR: „Wir werden unsere Wirtschaftshilfe einstellen. Politische Schritte behalten wir uns vor." Dann spitzte er zu: „Im übrigen ist der von Ulbrichts Seite offen zur Schau getragene judenfeindliche Opportunismus ein schlechter Ersatz für die ehrliche Partnerschaft eines freien Volkes."[66] Am Folgetag zeichnete sich wenigstens ab, daß es in Kairo offensichtlich nicht zum größtmöglichen deutschlandpolitischen Debakel kommen werde. Nasser schimpfte in einem ZDF-Interview über die „Waffengeschenke an Israel", lenkte aber bereits mit der Bemerkung ein, „Ostdeutschland" nicht anerkennen zu wollen[67]. In die gleiche Richtung zielte das am 24. Februar 1965 veröffentlichte „Spiegel"-Interview. Lediglich auf die Ankündigung Erhards vom 17. Februar, die Wirtschaftshilfe der Bundesrepublik an Ägypten einzustellen, konterte Nasser mit der – jeden Automatismus allerdings ausschließenden – Gegendrohung, „dann die Frage der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu Pankow in Erwägung zu ziehen"[68].

---

[62] Aufzeichnung Schirmer: „Ablauf der Krise unserer Nahostpolitik", 6. 3. 1965, in: PA/AA Bonn, B 36 (Ref. I B 4), Band 143.

[63] Gespräch Erhard mit Shinnar, 11. 2. 1965, in: AAPD 1965, Band I, Dok. 70, S. 298f.

[64] Gespräch Schröder mit Mansour, 13. 2. 1965, in: Ebenda, Dok. 75, S. 319: „Nunmehr habe aber die einzige Möglichkeit, der eigenen Enttäuschung Ausdruck zu verleihen, darin bestanden, Ulbricht einzuladen."

[65] Erklärung Eshkol, 15. 2. 1965, in: Ebenda, S. 325, Anm. 13.

[66] Erklärung Erhard, 17. 2. 1965, in: Dokumente zur Deutschlandpolitik, IV. Reihe/Band 11, S. 208.

[67] Interview mit Nasser, 18. 2. 1965, in: Ebenda, S. 211.

[68] „Sie können sich doch nicht ewig erpressen lassen!" Gespräch mit dem ägyptischen Staatspräsidenten Gamal Abdel Nasser, in: Der Spiegel, Nr. 9 vom 24. 2. 1965, S. 34.

Jahrgang 46 (1998), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1998_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte



Letztlich ließ sich von Bonn aus jener Nil-Besuch des „Spitzbarts" vom 24. Februar bis zum 2. März 1965 nicht mehr verhindern, der seit Anfang Februar 1965 vom „Neuen Deutschland" mit den entsprechenden euphorischen Schlagzeilen bereits vorgefeiert wurde: „Kairo zeigt Erpressern die kalte Schulter". „Hallsteins Doktrin in der Sackgasse", „So ließ Präsident Nasser Bonn abblitzen", „Ereignis von Weltbedeutung" und „VAR schon im Zeichen des Staatsbesuchs"[69]. Weil Griechenland – NATO-Partner der Bundesrepublik – eine Überfluggenehmigung verweigerte, mußten Ulbricht und seine Frau Lotte zunächst nach Dubrovnik fliegen, um von dort die Reise an Bord des weißen DDR-Vergnügungsschiffes mit dem programmatischen Namen „Völkerfreundschaft" nach Alexandria fortzusetzen. Sogar Marine- und Luftgeleit wurden dem Staatsratsvorsitzenden am Morgen des 24. Februar 1965 auf hoher See zuteil. Per Bahn ging die Reise von Alexandria nach Kairo weiter, wo Präsident Nasser am Bahnsteig auf die Gäste aus der DDR wartete. Immerhin wurden 21 Schuß Salut (bei Staatsoberhäuptern üblich) zur Begrüßung abgegeben, darüber hinaus aber auf militärische Ehren verzichtet: „Und auch die DDR-Fahnen, die vor dem Bahnhof wehten, waren nicht ganz echt; sie waren nicht von beiden Seiten mit Hammer und Zirkel bedruckt, sondern trugen das Emblem der DDR nur auf einer Seite aufgenäht. Wenn der Wind sie drehte, konnte man sie für Fahnen der Bundesrepublik halten", so die Impressionen eines Reporters vor Ort[70]. Im offenen Cadillac von der Bevölkerung Kairos begeistert gefeiert, fuhren Nasser und Ulbricht dann zum Kubeh-Palast. Dort stellte der Gastgeber dem Gast „in der Wohnung der Familie Nasser" zunächst einmal seine Angehörigen vor. Ulbricht nahm bereits hier die Gelegenheit wahr, „die konsequente Haltung der Vereinigten Arabischen Republik und der anderen arabischen Staaten gegenüber den Bonner Einmischungsversuchen" zu loben: „Obwohl Westdeutschland ökonomisch noch stärker sei als die DDR, sei die DDR politisch stärker", eben weil sie sich „auf die Arbeiter, Bauern und die Intelligenz" stützen könne. Demgegenüber verurteilte der Staatsratsvorsitzende „das Streben Westdeutschlands, nicht nur mit ökonomischen Mitteln Einfluß zu gewinnen, sondern über den imperialistischen Militärstützpunkt Israel, durch Waffenlieferungen und den Einsatz von Militärausbildern in anderen afrikanischen Ländern sich neo-kolonialistische Positionen aufzubauen". Die Bonner Drohung, die Wirtschaftshilfe an die VAR einzustellen, kommentierte er: „Wir müßten gemeinsam überlegen, wie die Zusammenarbeit zwischen der VAR und der DDR und auch den anderen sozialistischen Staaten noch besser entwickelt wird." Nasser erwiderte darauf, daß die VAR „auf alles gefaßt" sei: „Wenn Westdeutschland, das seine hochverzinsten Anleihen fälschlicherweise als Hilfe bezeichnet, die Zusammenarbeit einstellt, werde die VAR ihre Schulden an Westdeutschland nicht bezahlen."[71]

---

[69] Vgl. dazu Troche, Ulbricht, S. 47.

[70] „Du Lotte, ich konnte nachts die Pyramiden sehen." Spiegel-Reporter Dieter Schröder mit Walter Ulbricht in Kairo, in: Der Spiegel, Nr. 11 vom 3. 3. 1965, S. 22.

[71] Vermerk, 24. 3. 1965, über den Besuch am 24. 2. 1965, in: PA/AA Berlin, Bestand MfAA, Signatur C 615/73.

Jahrgang 46 (1998), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1998_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte



Parallel zur familiären Vorstellungsrunde traf Außenminister Bolz am Nachmittag des 24. Februar ein erstes Mal mit dem Stellvertretenden Ministerpräsidenten der VAR für Auswärtige Angelegenheiten, Mahmoud Fawzi, zusammen. Bolz ging es darum, den Beschluß des Politbüros des Zentralkomitees der SED gemäß Vorlage des Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten vom 8. Januar 1965 in die Tat umzusetzen. Danach sollte der Freundschaftsbesuch einen „bedeutenden Beitrag bei der Erhöhung der Autorität und des Ansehens" der DDR in der VAR darstellen und gleichzeitig der „weiteren Durchbrechung der Bonner Hallstein-Doktrin" dienen. Als Zielsetzung wurde wieder einmal die „Herstellung diplomatischer Missionen und der Austausch von Botschaftern" genannt, als „Minimum die Errichtung des Generalkonsulats der VAR in Berlin", der Nasser schon gegenüber Homann im September 1964 zugestimmt hatte. Daneben sei dem ägyptischen Präsidenten die Unterzeichnung und Veröffentlichung jener Gemeinsamen Erklärung nahezulegen, die beim Grotewohl-Besuch im Januar 1959 noch abgelehnt worden war[72]. Einen diesbezüglichen Entwurf in englischer und deutscher Sprache übergab Bolz dann „inoffiziell". Fawzi signalisierte die Bereitschaft Nassers, „alle Fragen in völliger Offenheit zu erläutern. Zwischen Freunden könnten auch die heikelsten und schwierigsten Fragen offen besprochen werden." Seiner Meinung nach befanden sich Gastgeber und Gäste „auf einer Jagd nach guten Dingen": „Die Leiter der Delegation, Genosse Ulbricht und Präsident Nasser, verglich er mit ersten Jägern, die den Löwen oder Tiger erlegen. Er versicherte, daß Präsident Nasser uns über die aufgeworfenen Fragen seine Meinung und Entscheidung zukommen lassen werde. Offensichtlich war Dr. Fawzi nicht bereit, eine erste Meinung oder Stellungnahme zu den von Dr. Bolz vorgetragenen Problemen abzugeben."[73] Auch ein fünfzehnminütiges Gespräch mit Außenminister Riad brachte den DDR-Außenminister nicht weiter. Immerhin räumte der ägyptische Diplomat laut MfAA-Gesprächsvermerk ein, daß der Ulbricht-Besuch „dem Frieden und der Völkerverständigung diene. Dies sei auch in den Rufen der Bevölkerung, die zum Empfang auf dem Bahnhof bzw. in den Straßen Kairos sich versammelt hatte, und in den Losungen zum Ausdruck gekommen. Völlig unverständlich sei deshalb das Geschrei, das in Bonn über den Besuch des Staatsratsvorsitzenden gemacht werde." Außerdem vertrat er die – in Ost-Berliner Ohren sicherlich wohlklingende – Auffassung, „die Spaltung Deutschlands sei durch die Westmächte herbeigeführt worden. Wenn die VAR für die Wiedervereinigung Deutschlands durch friedliche Verhandlungen eintrete, könne man nicht die Existenz Ostdeutschlands leugnen."[74] Umgehend mußte Riad dann zu einer Sitzung der ägyptischen Nationalversammlung.

Beim abendlichen Bankett wurden die höchsten Auszeichnungen ausgetauscht. Nasser erhielt den „Großen Stern der Völkerfreundschaft in Gold", Ulbricht im Gegenzug das „Große Band des Ordens vom Nil". In einer äußerst geschickten Anspra-

[72] Vorlage für Politbüro, 8. 1. 1965, in: Ebenda.
[73] Aktenvermerk, 25. 2. 1965, über Unterredung am 24. 2.1965, in: Ebenda.
[74] Aktenvermerk, 12. 3. 1965, über Unterredung am 24. 2. 1965, in: Ebenda.

Jahrgang 46 (1998), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1998_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte



che Nassers war nicht ein einziges Mal von „zwei deutschen Staaten" oder etwa von der „DDR" die Rede. Vielmehr verneigte sich der Ägypter vor der deutschen Nation: „Es ist die Bewunderung für deutsche Philosophie und Musik, für deutsche Wissenschaft und Technik und vor allem für den Geist der Menschen, die all das mit Geduld und Mühe schufen, und zur Vertiefung und Bereicherung der modernen Zivilisation beitrugen." Weiterhin sprach er Ulbricht persönlich an: „Wir haben die besten Beziehungen zu Ihnen und wir hoffen sehr, daß dieser Besuch die Gelegenheit bringen wird, die Beziehungen weiter zu entwickeln und zu stärken." Doch wolle die VAR auch gute Beziehungen zur Bundesrepublik unterhalten[75].

Ulbricht erwiderte, daß sein „Besuch der Freundschaft" an die Tradition großer humanistischer Deutscher der Vergangenheit anknüpfe, „die als Ägyptologen oder hervorragende Vertreter anderer Wissenschaften in Ihrem Land wirkten und nach Rückkehr in die Heimat für die Freundschaft mit dem großen ägyptischen Volk warben." In gemeinsamer Frontstellung gegen „Imperialismus, Kolonialherrschaft und Neokolonialismus" machte der Staatsratsvorsitzende darauf aufmerksam, daß „leider erst in einem Teil Deutschlands, in der Deutschen Demokratischen Republik, die Ausbeuterherrschaft der Imperialisten, der Monopolkapitalisten und Großgrundbesitzer gestürzt, ihr für alle Zeiten die Grundlage entzogen und die Macht des werktätigen Volkes errichtet" worden sei. Erst die DDR habe einen Sieg „gegen den deutschen Imperialismus" errungen: „Und wir zweifeln nicht daran: Eines Tages wird über ganz Deutschland die Fahne des siegreichen Volkes wehen."[76]

Noch am Rande des Banketts gestand Nasser seinem Gast die innenpolitischen Schwierigkeiten in Ägypten durch die Stationierung von 40 000 Soldaten im Jemen und durch die schlechte Versorgungslage mit Fleisch ein, die durch Fischkäufe in der UdSSR kompensiert würde. Weizenlieferungen müßten aus den USA und sogar aus Frankreich erfolgen. Trotzdem lasse sich die VAR „von den Drohungen Westdeutschlands nicht beeindrucken. Sie sei auf alles vorbereitet, werde nicht nachgeben und lasse es gegebenenfalls auf einen Bruch ankommen." Bei einem Abbruch der Wirtschaftsbeziehungen verliere die Bundesrepublik einen Markt, der für sie „nur schwer wiederzugewinnen sei", weil Großbritannien und Frankreich bereit ständen, um die von der Bundesrepublik aufgegebenen Positionen zu übernehmen. Ulbricht riet Nasser, die gesamte Nahost-Politik der Bundesregierung im Lichte des bevorstehenden Bundestagswahlkampfes im Herbst 1965 zu sehen; in dieser Situation wären „kaum weitergehende und scharfe Maßnahmen gegenüber der VAR, wie z. B. der Abbruch der Beziehungen", zu erwarten. Die Außenpolitik der Bundesrepublik sei „völlig festgefahren". Dies zeige auch die Teilnahme „westdeutscher Firmen an der Leipziger Messe und das Bestreben der westdeutschen Industrie, auch über andere europäische kapitalistische

[75] Zitate nach: Neues Deutschland, Nr. 57 vom 26. 2. 1965, S. 4.

[76] Ulbricht-Rede, 24. 2. 1965, in: Dokumente zur Außenpolitik der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik 1965 (künftig: Außenpolitik der DDR 1965), Band XIII, hrsg. vom Institut für Internationale Beziehungen an der Deutschen Akademie für Staats- und Rechtswissenschaft „Walter Ulbricht", Berlin (Ost) 1969, S. 849–851.

Jahrgang 46 (1998), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1998_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte



Länder den Handel mit der DDR zu erweitern"[77]. Noch am ersten Abend wollte der Staatsratsvorsitzende mit dem Hinweis auf die wirtschaftliche Annäherung der beiden Teile Deutschlands und mittels einer Lageanalyse über die „zunehmenden Schwierigkeiten bei der Durchsetzung der Hallstein-Doktrin" seinem ägyptischen Gesprächspartner Mut machen, volle diplomatische Beziehungen zur DDR aufzunehmen.

Am 25. und 28. Februar fanden die beiden Spitzengespräche zwischen Nasser und Ulbricht statt, die als stenographische Aufzeichnungen im „Bestand MfAA" des Politischen Archivs des Auswärtigen Amts überliefert sind[78] und im folgenden vollständig wiedergegeben werden – ergänzt durch die äußerst aufschlußreiche Unterredung zwischen Bolz und Fawzi am 27. Februar, die die zweite Gipfelbegegnung vorbereitete. War bisher nicht oder kaum bekannt, mit welchen konkreten Absichten und Verhandlungspositionen Ulbricht und seine Begleiter die Verhandlungen in Kairo führten, so verdeutlichen die drei Dokumente, wie intensiv die DDR-Führung um einzelne Formulierungen in der Gemeinsamen Erklärung und um den Botschafteraustausch mit der VAR rang. Dies geschah, obwohl Ulbricht in einem – noch während seiner Anreise nach Ägypten am 23. Februar 1965 publizierten – Interview für „Al Ahram" behauptete: „Ich habe natürlich nicht die Absicht, meine Gesprächspartner in Kairo mit der Auseinandersetzung zwischen den deutschen Staaten zu belasten. Das wäre unfair. [...] Die VAR ist ein blockfreier Staat. Dieser Position entspricht ihr Bemühen, zu beiden deutschen Staaten normale Beziehungen zu pflegen. Wir stellen an die Regierung der VAR nicht das Ansinnen, ihre Beziehungen zur westdeutschen Bundesrepublik abzubrechen oder auch nur zu verschlechtern."[79]

Gleich beim ersten offiziellen Treffen widersprach Ulbricht der ägyptischen These, daß mit der Eröffnung des DDR-Generalkonsulats in Kairo im Herbst 1959 „keine de-jure- und de-facto-Anerkennung der DDR als Staat verbunden" gewesen sei. Der Staatsratsvorsitzende interpretierte die von Grotewohl geschlossene Vereinbarung als de-facto-Anerkennung, „aber es ist keine de-jure-, keine diplomatische Anerkennung im völkerrechtlichen Sinn". Nasser ging darauf nur indirekt mit der Bemerkung ein, selbst im Verhältnis zur DDR „stets die Beziehungen Westdeutschlands mit Israel im Auge gehabt" zu haben, um „Westdeutschland nicht Israel zu überlassen". Was die Frage der Generalkonsulate und sogar die Einladung an den Staatsratsvorsitzenden betraf, bekannte sich Nasser offen zum funktionalen Charakter des „Freundschaftsbesuchs" (die Bezeichnung „Staatsbesuch" wurde von ägyptischer Seite konsequent vermieden): „Wir möchten zwischen Israel und Westdeutschland Mißverständnisse erzeugen, wir möchten Westdeutschland in eine Lage bringen, wo es aufhört, Israel Waffen zu liefern."[80]

---

[77] Vermerk, 24. 3. 1965, über Gespräche anläßlich des Banketts am 24. 2. 1965, in: PA/AA Berlin, Bestand MfAA, Signatur C 615/73.

[78] Der Abdruck ist freundlicherweise durch den Leiter des Politischen Archivs und Historischen Dienstes des Auswärtigen Amts, Dr. Hans Jochen Pretsch, ermöglicht worden.

[79] Interview Ulbricht, veröffentlicht am 23. 2. 1965, in: Außenpolitik der DDR 1965, S. 842.

[80] Vgl. Dokument 1.

Jahrgang 46 (1998), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1998_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte



Diese Bemerkungen Nassers führte Fawzi am 27. Februar 1965 dahingehend aus, „daß es auch der DDR klargeworden sei, daß es nicht die Absicht der VAR sein könne, Westdeutschland weiter in die Arme Israels zu treiben". Hierin müsse der Hauptgrund gesehen werden, weshalb die VAR die DDR bisher nicht völkerrechtlich anerkannt habe. Sollte eine solche Anerkennung erfolgen, würde die Bundesrepublik unmittelbar mit allen „Potenzen, vor allem auf wirtschaftlichem Gebiet, in die Arme Israels" getrieben. Bolz konnte noch so penetrant auf einer Herstellung gleicher Beziehungen zu beiden deutschen Staaten herumreiten, über die Liquidierung der Hallstein-Doktrin dozieren und sich wenigstens „eine möglichst effektvolle Demonstration der Verbesserung der Beziehungen" zwischen der DDR und der VAR wünschen. Fawzi kam ihm nur entgegen bei der Errichtung des VAR-Generalkonsulats in der DDR und bei der Unterzeichnung der bereits ausgehandelten fünf Abkommen über wirtschaftliche, finanzielle, technische, kulturelle und wissenschaftliche Zusammenarbeit. Der ägyptische Diplomat erklärte, daß die VAR „in den Beziehungen mit der DDR faktisch schon neun Zehntel des Weges zu normalen diplomatischen Beziehungen zurückgelegt habe", und bis zur Herstellung voller diplomatischer Beziehungen „sei nur noch ein kleiner Raum geblieben, der Westdeutschland über den wahren Charakter der Beziehungen mit der DDR im Zweifel lasse"[81]. Am 28. Februar bestätigten sich Ulbricht und Nasser auf dem zweiten Treffen gegenseitig, daß ein Generalkonsulat der VAR in Ost-Berlin eröffnet werde. Außerdem wurde Nasser in die DDR eingeladen. Der ägyptische Präsident erklärte sich hinsichtlich der neuen VAR-Vertretung sogar mit einem Briefwechsel der beiden Außenminister einverstanden, „obwohl wir uns über die Errichtung des Generalkonsulats schon 1959 geeinigt hatten"[82]. Nasser ließ dabei unerwähnt, daß er Grotewohl nur das Generalkonsulat in Kairo zugebilligt und sich über ein Pendant in Ost-Berlin damals ausgeschwiegen hatte – und zwar gerade wegen der deutschlandpolitischen Empfindlichkeiten der Bundesrepublik. Daher konnte er nach sechs Jahren der DDR abermals einen Trostpreis für die staatliche Nichtanerkennung bieten. Außerdem stimmte der Präsident der Unterzeichnung einer Gemeinsamen Erklärung über die Ergebnisse des Freundschaftsbesuches zu, die am 1. März 1965 erfolgte. Darin blieb jedoch das VAR-Generalkonsulat in Ost-Berlin unerwähnt, während Nassers dankende Annahme „zu einem Gegenbesuch in die Deutsche Demokratische Republik" ausdrücklich hervorgehoben wurde[83].

Beim Abschlußbankett sicherte Ulbricht den Ägyptern nicht nur „Freundschaft und Unterstützung der Deutschen Demokratischen Republik" zu, sondern des „deutschen Volkes"[84] – wie er überhaupt am 7. März 1965 nach seiner Rückkehr in einem Rundfunk- und Fernsehinterview davon sprach, „als Vertreter des ganzen

[81] Vgl. Dokument 2.

[82] Vgl. Dokument 3. Vgl. auch Anm. 118.

[83] Gemeinsame Erklärung, 1. 3. 1965, in: Außenpolitik der DDR 1965, S. 658: „Der Termin für diesen Besuch wird später festgelegt."

[84] Ansprache Ulbricht, 2. 3. 1965, in: Ebenda, S. 865.

Jahrgang 46 (1998), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1998_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte



friedliebenden Deutschlands in der Vereinigten Arabischen Republik empfangen" worden zu sein. Begleitend zu einer solchen Verkündung eines DDR-Alleinvertretungsanspruchs machte der Staatsratsvorsitzende abfällige Bemerkungen über die Hallstein-Doktrin: „War schon die sogenannte Hallstein-Doktrin in der älteren Hall-Steinzeit nicht sehr wirkungsvoll, so zeigte sich in der jüngeren Hall-Steinzeit, welcher Grad der Verkalkung und Erstarrung die Politik der verantwortlichen Stellen in Bonn bestimmt." Ulbricht interpretierte seinen Aufenthalt bei Nasser als „Ausdruck der Überlegenheit der Politik der Deutschen Demokratischen Republik gegenüber der Politik der westdeutschen Bundesrepublik". Auf einen Botschafteraustausch zwischen Ost-Berlin und Kairo angesprochen, antwortete Ulbricht wahrheitswidrig: „Möge die Regierung in Bonn Befriedigung und Beruhigung zugleich in der Feststellung finden, sie verfüge über mehr Botschafter als die Deutsche Demokratische Republik. In Kairo haben wir diese Frage gar nicht gestellt, weil sie uns unzweckmäßig erschien. Jedenfalls gehen wir zielbewußt unseren Weg. Wir wissen genau, wohin er führen wird." Sogar über jene Botschafter der Bundesrepublik machte er sich lustig, die gezwungen seien, sich „mit dem Zentimetermaß um Länge oder Breite roter Teppiche zu bemühen oder die Anzahl von Salutschüssen zu zählen – oder was dergleichen unwürdiger Tätigkeiten mehr sind –, wenn das Staatsoberhaupt der Deutschen Demokratischen Republik bei dem Oberhaupt eines befreundeten Staates offiziell zu Gast weilt."[85]

## Bruch oder Nicht-Bruch mit Kairo

Botschaftsrat 1. Klasse Kurt Müller mußte Anfang März 1965 nach Bonn berichten, daß die Errichtung eines ägyptischen Generalkonsulats in Ost-Berlin nun offiziell angekündigt worden sei. Außerdem habe Ulbricht „seine Freude über den bevorstehenden Gegenbesuch" des ägyptischen Staatsoberhaupts in der DDR zum Ausdruck gebracht[86]. Aus Bonner Perspektive hatte der Präsident damit die weitere Gestaltung des Verhältnisses zur DDR bewußt offen gehalten: Statt eines Nassers in Bonn mußte nun als deutschlandpolitisches Schreckgespenst mit einem Nasser in Ost-Berlin gerechnet werden. Daher neigte Bundeskanzler Erhard am 2. März 1965 zu harten Maßnahmen gegen den unbotmäßigen Nasser, mit der Einschränkung allerdings, daß bei einem Bruch mit Kairo „die Gefahr einer Kettenreaktion in den arabischen Staaten bestehe", wenn nicht zuvor „in der Frage der Lieferungen von Waffen an Israel eine Lösung" gefunden wäre. Schröder befürwortete lediglich Gegenmaßnahmen im wirtschaftlichen Bereich, der Minister für wirtschaftliche Zusammenarbeit, Walter

[85] Rundfunk- und Fernsehinterview Ulbricht, 7. 3. 1965, in: Ebenda, S. 873, 874 und 877.

[86] Drahtbericht Müller, 3. 3. 1965, in: AAPD 1965, Band I, Dok. 104, S. 433: „Mit Hinblick auf die morgige Entscheidung der Bundesregierung über den Gesamtkomplex Ulbricht-Besuch schlage ich vor, erst danach gegen die ungeheuerlichen Ausfälle Ulbrichts auf ägyptischem Boden – unter besonderem Hinweis auf den Mißbrauch des Gastrechts – zu protestieren."

Jahrgang 46 (1998), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1998_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte



Scheel, nur eine Einschränkung der laufenden Kapital- und Wirtschaftshilfe. Gegenüber Israel hielt Schröder weiterhin die Einstellung der Waffenlieferungen für unabdingbar; daneben befürwortete er eine Fortsetzung der seit 1961 gewährten jährlichen Darlehen im Rahmen der Aktion „Geschäftsfreund" sowie den von Israel seit 1956 abgelehnten Austausch von Generalkonsulaten oder Handelsmissionen als Botschafts-„Ersatz"[87]. Am 4. März untermauerte Schröder auf einer Kabinettssitzung seine Argumentation durch den amerikanischen Standpunkt, in der Ägypten-Politik „über die Einstellung der Wirtschaftshilfe nicht hinauszugehen"; nur so könne verhindert werden, daß „ein kommunistisch gesteuerter Staat in Kairo" eindringe. Am Sitzungsende fand keine Abstimmung statt, obwohl der Bundeskanzler nach Beobachtung des Ministerialdirigenten Osterheld „eine knappe Mehrheit für seine Meinung, d. h. für den Abbruch mit der VAR bekommen" hätte[88].

Am darauffolgenden Freitag, dem 5. März 1965, schaltete sich Alexander Böker frühmorgens mit einer eigenen Aufzeichnung in die Nahost-Debatte ein: „Konditioneller Abbruch der Beziehungen mit der VAR". Böker schlug eine Verschiebung des Abbruchs der Beziehungen vor und empfahl vielmehr, „schon jetzt eindeutig zu erklären, daß wir im Falle der Durchführung von Nassers Besuch in Pankow bzw. der Errichtung eines ägyptischen Generalkonsulats in Pankow die Beziehungen zur VAR abbrechen werden". Damit würde ein Bruch zwischen Bonn und Kairo „eindeutig auf einen Tatbestand zurückgeführt werden, der unser nationales Problem der Teilung betrifft und mit Israel nichts zu tun hat. Nasser könnte daher nicht mit der Solidarität der anderen arabischen Staaten rechnen." Daneben würden diejenigen Nahost-Staaten, die eine solche Entwicklung nicht wünschten, „alles daransetzen, Nasser davon abzuhalten, ein Generalkonsulat in Pankow einzurichten" bzw. nach Ost-Berlin zu reisen: „Nasser hat sicher nicht die Absicht, seinen Besuch in der SBZ bald durchzuführen; wohl aber will er das Damoklesschwert eines solchen Besuches über uns halten, um uns weiter zu erpressen und zu demütigen. Indem wir ihn jetzt schon unzweideutig wissen lassen, wie wir reagieren werden, wenden wir das Damoklesschwert von uns ab und halten es über Nasser." Zu überlegen sei, „ob eine Erklärung dieser Art öffentlich abgegeben werden sollte oder ob wir die Mitteilung Nasser und den anderen arabischen Regierungen auf diplomatischem Wege machen". Zum publikumswirksamen Teil des Vorschlags machte Staatssekretär Carstens die Randbemerkung: „Das sicher nicht. Daher meines Erachtens auch kein Kabinettsbeschluß dieser Art."[89] Noch am selben Vormittag nahm der Staatssekretär zu dem von Böker zur Diskussion gestellten Gedanken ausführlicher schriftlich Stellung: „Ich kann diesem Vorschlag ohne genauere Prüfung nicht beitreten. Meine erste Reaktion geht dahin, daß ein solcher Beschluß den Eindruck des Zurückweichens verstärken würde."[90]

---

[87] Aufzeichnung Carstens, 2. 3. 1965, über Besprechung am 2. 3. 1965 beim Bundeskanzler, in: AAPD 1965, Band I, Dok. 101, S. 422 und 424.

[88] Osterheld, Außenpolitik, S. 164f.

[89] Aufzeichnung Böker, 5. 3. 1965, in: PA/AA Bonn, B 150/1965.

[90] Aufzeichnung Carstens, 5. 3. 1965, in: AAPD 1965, Band I, Dok. 111, S. 456.

Jahrgang 46 (1998), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1998_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte



Die Böker-Initiative lag dem Bundesaußenminister und die Carstens-Analyse dem Bundeskanzler noch vor dem entscheidenden Gespräch am Mittag des 5. März mit den Botschaftern der Drei Mächte vor. George McGhee, François Seydoux und Sir Frank Roberts warnten Erhard davor, durch den Abbruch der diplomatischen Beziehungen zu Ägypten „den Kommunisten in die Hand" zu spielen[91]. Anschließend trat das Bundeskabinett wieder zusammen, um stundenlang die alten Pro- und Contra-Argumente auszutauschen und dann wieder ergebnislos auseinanderzugehen. Ministerialdirigent Osterheld spekulierte: „wohl zwölf zu acht gegen Erhard, also gegen den Abbruch der Beziehungen" mit Ägypten[92].

Bekannterweise kam es weder zum Bruch mit Kairo noch zu der von Böker angeregten Drohung mit einem Abbruch der Beziehungen (quasi als Mittelweg zwischen Bruch und Nicht-Bruch). Statt dessen trat Erhard die Flucht nach vorn an: am Sonntagmittag des 7. März 1965 überraschte er das Bundeskabinett, das Auswärtige Amt und die Öffentlichkeit, indem er die sich gegen ihn formierende innenpolitische Fronde wegen Führungsschwäche durch eine ganz anders geartete öffentliche Ankündigung zerschlug. Er strebe einen Botschafteraustausch mit Israel an, stelle die Wirtschaftshilfe an Ägypten wegen des Ulbricht-Empfanges ein und lasse keine Waffen mehr in Spannungsgebiete liefern; laut Bulletin vom 9. März 1965 sei die Waffen-„Restlieferung im Einvernehmen mit Israel" umzuwandeln[93]. Umgehend warf Nasser der Bundesregierung eine „verräterische Politik" vor, während auf der Konferenz der arabischen Außenminister in Kairo am 15. März 1965 beschlossen wurde, sofort die Botschafter aus Bonn abzuberufen und im Fall der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen Bonn und Tel Aviv die Beziehungen zur Bundesrepublik abzubrechen[94].

## VAR-Generalkonsulat in Ost-Berlin

Während im Frühjahr 1965 in Tel Aviv Erhards Sonderbeauftragter Kurt Birrenbach und Ministerialdirigent Rolf Pauls die schwierigen Verhandlungen über die Ablösung der seit 1962 unter dem Decknamen „Frank/Kol" gelieferten Militärhilfen aus Bundeswehrbeständen und aus deutscher Herstellung durch Geldleistungen führten,

[91] Gespräch Erhard mit Botschaftern, 5. 3. 1965, in: Ebenda, Dok. 112, S. 459: „Deutschland habe einen großen Namen im mittleren Osten. Die Amerikaner hätten wenig Einfluß. Der Westen brauche den deutschen Einfluß." (Äußerung McGhee).

[92] Osterheld, Außenpolitik, S. 166.

[93] „Zur Lage im Nahen Osten", in: Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung, Nr. 41 vom 9. 3. 1965, S. 325.

[94] Aufzeichnung Meyer-Lindenberg, 9. 3. 1965, und Aufzeichnung Redies, 16. 3. 1965, in: AAPD 1965, Band I, Dok. 119 und 129, S. 483 und 522: „Eine kleinere Gruppe arabischer Staaten wird darüber hinaus die SBZ anerkennen. Sicher ist dies bei der VAR und dem Jemen zu erwarten, mit großer Wahrscheinlichkeit beim Irak, Syrien und Algerien, eventuell auch bei Kuweit und dem Sudan. Eine Voraussage ist hier jedoch schwieriger möglich."

Jahrgang 46 (1998), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1998_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte



empfing Nasser den mittlerweile zum Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrats avancierten Gerhard Weiss in Kairo. Weiss überreichte am 19. April 1965 zunächst einmal die schriftliche Bestätigung für Nassers Besuch in der DDR. Danach machte er darauf aufmerksam, daß laut Ost-Berliner Informationen die Bundesregierung wegen ihrer Israel-Politik fest mit einem Abbruch der diplomatischen Beziehungen durch zehn der dreizehn arabischen Staaten rechne. Im Auftrage Ulbrichts wolle er nun erfahren, wie Nasser die Entwicklung der Ereignisse seit dem Freundschaftsbesuch des Staatsratsvorsitzenden, „insbesondere in der Frage der Beziehungen zu beiden deutschen Staaten, einschätze". Nasser führte aus, „daß die natürliche Reaktion auf die Herstellung diplomatischer Beziehungen zwischen Westdeutschland und Israel die Herstellung diplomatischer Beziehungen zu ‚Ostdeutschland'" sein werde: „Ursprünglich hätte die VAR die Beziehungen nicht abbrechen wollen, sondern hätte das lieber der westdeutschen Regierung überlassen. Wie sich die Dinge aber entwickelt haben, hätte die VAR im Rahmen der Außenministerkonferenz die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zur DDR vorgeschlagen. Dem habe sich Saudi-Arabien energisch widersetzt mit dem Hinweis, daß es keine Beziehungen zu einem ‚kommunistischen Land' herstellen wolle. Es sei eine Einmütigkeit der arabischen Staaten nicht zustande gekommen. Er sei aber an dieser Einmütigkeit stark interessiert. Im Ergebnis der Debatten hätten zehn Staaten dem Beschluß zugestimmt, die Beziehungen zur westdeutschen Bundesrepublik nach Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen Westdeutschland und Israel abzubrechen. Sicher wüßten wir, daß sich Marokko, Tunesien und Libyen diesem Beschluß nicht angeschlossen hätten und keine Bereitschaft zeigen, ihre Beziehungen zu Westdeutschland abzubrechen. Die VAR wolle die Herstellung diplomatischer Beziehungen zur DDR. Diesem Vorschlag stimmten aber nur Irak, Algerien und Jemen zu."[95]

Wie vorsichtig die zehn arabischen Staaten trotz verbaler Kraftakte gegen die Bundesrepublik agierten, zeigte sich nicht zuletzt daran, daß zunächst einmal die offizielle Vereinbarung über die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und dem Staat Israel am 12. Mai 1965 abgewartet wurde, um darauf mit dem Abbruch der Beziehungen zu Bonn zu reagieren und – wie bereits zuvor – Ost-Berlin die Anerkennung zu versagen. Die arabischen Staaten wußten nur zu gut, daß die DDR der Entwicklungshilfe der Bundesrepublik langfristig nichts Vergleichbares entgegenzusetzen hatte. Übrigens wagte Nasser erst nach diesem gemeinsamen Schritt der arabischen Staaten, für den bisherigen Abteilungsleiter im Kairoer Außenministerium, Saad el Fatatry, am 10. Juni 1965 das Konsulatspatent auszustellen, das am 22. Juni 1965 in Ost-Berlin übergeben wurde. Darauf erfolgte die – protokollarisch er- und sogar überhöhte – Erteilung des Exequaturs durch den Vorsitzenden des Staatsrats der DDR persönlich (und nicht, wie sonst üblich, durch den Außenminister), und zwar „für das gesamte Territorium der Deutschen Demokratischen Republik"[96].

---

[95] Vermerk, 27. 4. 1965, über Unterredung am 19. 4. 1965, in: PA/AA Berlin, Bestand MfAA, Signatur 612/73.

[96] Exequatur-Dokument, 25. 6. 1965, in: Ebenda, Signatur L 1187. Vgl. auch Anm. 120.

Jahrgang 46 (1998), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1998_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte



Selbst im „Neuen Deutschland" kam über dieses bescheidene, aus dem Desaster der Bonner Nahost-Politik kein weiteres völkerrechtliches Kapital schlagende, aber durch die Kreditzusagen an die VAR durchaus kostspielige Ergebnis des Freundschaftsbesuchs vom Februar 1965 keine Begeisterung mehr auf. Ungewohnt sachlich und kleinformatig wurde berichtet: „Die Errichtung eines Generalkonsulats der VAR in der DDR war während des Besuchs des Vorsitzenden des Staatsrats der DDR, Walter Ulbricht, in der VAR mit dem Präsidenten der VAR, Gamal Abdel Nasser, vereinbart worden."[97] Immerhin durfte der damals ernannte Generalkonsul Saad el Fatatry vier Jahre später, am 9. Juli 1969, die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen der VAR und der DDR bekanntgeben[98].

*Dokument 1*

1. Gespräch des Staatsratsvorsitzenden Ulbricht mit Präsident Nasser am 25. Februar 1965 von 12.30 Uhr bis 14.30 Uhr

Stenographische Aufzeichnung[99]

Vertrauliche Dienstsache

Zu Beginn des Gespräches begrüßte Präsident *Nasser* den Vorsitzenden des Staatsrates der DDR, Walter Ulbricht, und wünschte ihm einen angenehmen Aufenthalt in der VAR. Er betonte, daß die Bevölkerung seines Landes sehr wohl wisse, wer sie in ihrem schweren Kampf unterstütze und stets ein guter Freund gewesen sei.

Der *Vorsitzende des Staatsrates* bedankte sich in herzlichen Worten für die Einladung des VAR-Präsidenten und bezeichnete seinen Besuch in der VAR als ein großes Ereignis für die Bevölkerung der DDR und das gesamte deutsche Volk. Der Besuch diene besonders der Festigung der Freundschaft und der engen Zusammenarbeit zwischen beiden Staaten.

Präsident *Nasser:* Ich möchte nochmals darauf hinweisen, daß diese Einladung ausgesprochen wurde, bevor sich die Krise mit Westdeutschland entwickelte. Die Krise ist ein Ergebnis der Einladung. Sie werden sich erinnern, als Dr. Homann hier war, wurde über

[97] Neues Deutschland, Nr. 163 vom 16. 6. 1965, S. 1.

[98] Presseverlautbarung, 9. 7. 1969, in: PA/AA Berlin, Bestand MfAA, Signatur C 877/77.

[99] Die stenographische Aufzeichnung wurde von Elfriede Gutzschebauch am 16. 3. 1965 gefertigt. Von DDR-Seite nahmen am Gespräch teil: Walter Ulbricht (Vorsitzender des Staatsrates), Lothar Bolz (Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrates und Minister für Auswärtige Angelegenheiten), Botschafter Ernst Scholz (Beauftragter der Regierung der DDR für die VAR), Martin Bierbach (Leiter der Abteilung Arabische Länder im Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten), Paul Markowski (Dolmetscher), Roland Nützel (Ersatzdolmetscher), Elfriede Gutzschebauch (Protokollantin). Von VAR-Seite nahmen teil: Gamal Abdel Nasser (Präsident der VAR), Abdel Hakim Amer (1. Vizepräsident), Ali Sabri (Ministerpräsident), Nur-Eddin Tarraf (Stellvertreter des Ministerpräsidenten), Mahmoud Fawzi (Stellvertreter des Ministerpräsidenten für Auswärtige Angelegenheiten), Dr. Sedky (Stellvertreter des Ministerpräsidenten), Ahmed Shukehr (Minister für Außenhandel und Planung).



Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte



diese Einladung gesprochen, und ich erklärte mein Einverständnis mit dieser Einladung[100]. Gibt es eine Tagesordnung für diese Sitzung?

*Walter Ulbricht:* Es gibt keine Tagesordnung. Wir sind bereit, über alle Fragen zu sprechen, und wir sind bereit, Ihnen zuzuhören.

Präsident *Nasser:* Ich danke Ihnen sehr.

*Walter Ulbricht:* Ich denke, wir beginnen mit den unmittelbaren Problemen. Die Einschätzung der Lage ist in den bereits veröffentlichten Materialien enthalten. Wir schätzen die Einladung als einen bedeutenden Schritt ein, der dazu beiträgt, der Sache des Friedens zu dienen. Es hat sich gezeigt und es ist jetzt noch stärker sichtbar geworden, daß wir in der Frage des gemeinsamen Kampfes für den Frieden und gegen die imperialistischen Aggressionspläne völlig übereinstimmen. Unsere Republik und alle friedliebenden Kräfte in Deutschland sind für die völlige Sicherung der Souveränität der VAR. Von diesem Gesichtspunkt aus würden wir es begrüßen, wenn unsere Zusammenarbeit in internationalen Fragen noch enger würde. Um die Zusammenarbeit in den internationalen Grundfragen noch zu verbessern, würden wir z. B. vorschlagen, daß die Außenminister beider Länder oder ihre Stellvertreter regelmäßig zusammenkommen und sich konsultieren.

Wir sind für die Schaffung atomwaffenfreier Zonen und für internationale Abrüstung. Wir sind bemüht, zunächst als Beobachter bei der UNO zugelassen zu werden, erst später werden wir um Aufnahme ersuchen. Wir würden es sehr begrüßen, wenn Sie, Herr Präsident, unsere Auffassung unterstützen und solche Gespräche durchgeführt würden.

Sie sagten, daß die Einladung die Krise in den Beziehungen zur Bonner Regierung ausgelöst habe. Aber in Bonn gibt es nicht nur diese eine Krise, sondern noch eine ganze Reihe anderer Widersprüche. Das begann mit der Forderung der Bonner Regierung auf Mitverfügungsrecht über Atomwaffen und Schaffung der multilateralen Atomrüstung. Dagegen hat sich eine Protestbewegung in den meisten Ländern entwickelt. Selbst die Verbündeten in der NATO übten Distanz. In diesem Zusammenhang sahen wir uns veranlaßt, den aggressiven Plan der Bonner Regierung, die Deutsche Demokratische Republik militärisch anzugreifen, bekanntzugeben. Als erfahrener Militär wissen Sie, Herr Präsident, recht gut, daß, wenn schon über militärische Pläne diskutiert wird, sie nicht sehr viel taugen. Wir haben uns erlaubt, den Gesamtplan der Bonner Regierung zu popularisieren. Da

[100] Dazu die Direktive vom 28. 8. 1964 für Sonderbotschafter Heinrich Homann, in: PA/AA Berlin, Bestand MfAA, Signatur A 12783: „Der Präsident der VAR ist an die wiederholt ausgesprochene Einladung des Vorsitzenden des Staatsrates der DDR zum Besuch in die DDR zu erinnern und in diesem Zusammenhang zu erklären, daß der Vorsitzende des Staatsrates seine Einladung aufrecht erhält und den Präsidenten der VAR mit großer Freude und Herzlichkeit zu jeder Zeit in der DDR begrüßen würde. In diesem Zusammenhang ist zu klären, ob Präsident und Regierung der VAR bereit wären, den Vorsitzenden des Staatsrates der DDR, Walter Ulbricht, Ende 1964/Anfang 1965 zu einem Freundschaftsbesuch in der VAR zu empfangen und eine entsprechende Einladung auszusprechen." Am 27. 9. 1964 fand die Unterredung in Kairo statt, in: Ebenda: „Unter Hinweis auf die vielen Konferenzen, die im Jahre 1964 in der VAR stattgefunden haben, erklärte Sonderbotschafter Dr. Homann, daß der vereinbarte Besuch des Vorsitzenden des Staatsrates der DDR, Walter Ulbricht, nicht realisiert werden konnte. Nach der Zeitplanung der DDR wäre zur Verwirklichung dieses Planes z. B. der Januar 1965 möglich. Nach kurzem Nachdenken erklärte Präsident Nasser, daß die VAR im Januar noch keine Verpflichtungen habe. ‚Ihr Präsident ist uns willkommen, ich werde ihm über Ihren Vertreter eine Einladung schicken.'"

Jahrgang 46 (1998), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1998_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte



die Bonner Regierung so unvorsichtig war, alles aufzuschreiben, hat das auch in Westdeutschland gegen sie gewirkt.

Eine weitere Frage ist die Erlangung von Atomwaffen. Das haben die Westmächte selbst auf der Pariser NATO-Ratstagung abgelehnt. Jetzt kommt hinzu, daß die Bonner Regierung Israel mit Kriegswaffen unterstützt. Das Doppelspiel der Bonner Regierung wurde offensichtlich. Wenn ich diese Einschätzung der Lage gebe, dann möchte ich das in Beziehung bringen zur inneren Lage in Westdeutschland. Die Bonner Regierung hat im Herbst Wahl. Es ist für einen Ministerpräsidenten nicht angenehm, mit solchen Niederlagen in die Wahl zu gehen. Das ist auch für einen starken Ministerpräsidenten zu viel. Es ist offenkundig, daß auch in Westdeutschland die Kräfte wachsen, die auf eine friedliche Orientierung drängen. Die Entwicklung stößt also überall auf Widerspruch. Deshalb manövriert die westdeutsche Regierung jetzt: Sie beginnen, mit uns über wirtschaftliche Fragen zu verhandeln, sie kommen zur Leipziger Messe. Im Rundfunk schimpfen sie auf uns, aber sie kommen nach Leipzig, um mit uns zu verhandeln. Die westdeutsche Regierung protestiert dagegen, daß Sie, Herr Präsident, uns hier empfangen und daß die arabischen und afrikanischen Staaten Beziehungen mit uns aufnehmen. Aber die Bonner Vertreter der Wirtschaftsmissionen verhandeln mit uns, und nicht nur über ökonomische Fragen, auch über andere Fragen wird verhandelt. Es ist klar, daß die Hallstein-Doktrin dazu in völligem Gegensatz steht.

Wir haben der Bonner Regierung gesagt, daß wir, um zu einer Entspannung zu kommen, für die Abrüstung in Deutschland sind. Wir beginnen am besten damit, daß wir unsere wirtschaftlichen Beziehungen ausbauen und auf politische Gebiete ausdehnen. Ihre Initiative, Herr Präsident, hatte gute Resultate, denn jetzt beginnt man in Bonn nachzudenken. Sie (die VAR) sind in einer schwierigen Lage. Sie haben Beziehungen zu zwei deutschen Staaten, von denen jeder sagt, er spreche für ganz Deutschland. Die Bonner Regierung sagt: „Wir sprechen für das Deutsche Reich bis zu den Grenzen von 1937." Wir sagen: „Wir sprechen für Deutschland im Sinne des Potsdamer Abkommens." Politisch sind wir im Vorteil, weil wir keine nazistischen und andere Belastungen aus der Vergangenheit haben. Wir haben keine Hitlergenerale. Wir haben – wie man so sagt – eine saubere Weste. Unter diesen Umständen verstehen wir, daß es für Sie sehr kompliziert ist, die Beziehungen zu beiden deutschen Staaten zu regeln. Als ein nichtpaktgebundener Staat bemühen Sie sich, normale Beziehungen zu allen Staaten zu pflegen.

Wir stehen auf dem Standpunkt, alle sollten normale Beziehungen mit beiden deutschen Staaten führen. Die Hoffnung der Bonner Regierung, daß es gelingen werde, in einer Situation der Schwäche die Deutsche Demokratische Republik aufzufressen, ist eine Illusion.

Einwurf *Dr. Bolz:* Nicht nur die DDR, sondern das ganze sozialistische Lager.

*Walter Ulbricht:* Jetzt ist man in Westdeutschland bemüht, diese Politik abzubauen, denn diese Politik ist bankrott. Der Versuch, uns mit multilateraler Atomrüstung zu erpressen, ist nicht gelungen. Es ist sinnlos, in Deutschland auch nur einen kleinen Atomkrieg zu beginnen. Ich denke, daß sich diese Erkenntnis mehr und mehr durchsetzt. Man muß von den Realitäten ausgehen. Alle Völker und Staaten können uns helfen auf dem Wege der internationalen Entspannung und Abrüstung.

Was die Wiedervereinigung betrifft – das müssen wir in Deutschland selbst in Ordnung bringen. Die nichtpaktgebundenen Staaten haben das auf der letzten Konferenz in Kairo

Jahrgang 46 (1998), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1998_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte



richtig formuliert[101]. Wiedervereinigung ist innere Sache der gespaltenen Länder. In jedem dieser Länder ist das eine komplizierte und langwierige Angelegenheit. Wir haben volles Verständnis für die Politik, die Sie als nichtpaktgebundener Staat durchführen. Wir sind überzeugt, daß diese Politik der VAR und der Vereinigung der arabischen Länder dient. Sie haben spezielle Bedingungen, und wir haben unsere. Keiner verlangt, daß ich so spreche wie Präsident Nasser oder umgekehrt, aber wir haben gemeinsame Interessen in vielen Fragen und sind bemüht, echte, freundschaftliche Beziehungen zu entwickeln.

Wir schätzen die Einladung auch deshalb besonders hoch ein, weil der Widerstand gegen die Bonner Erpressung auch die arabischen und afrikanischen Länder ermutigen wird, die westdeutsche Politik zu entlarven. Wir sind überzeugt, daß es auch in Westdeutschland gelingen wird, den Hegemonieanspruch des Imperialismus zurückzuweisen, denn wir können doch nicht mit Aufrüstung in der Welt Freunde gewinnen. Das ist Unsinn. Von Deutschland ging zweimal ein Krieg aus. Unsere Zukunft liegt nicht auf dem Schlachtfeld; wir können nur gewinnen durch Abrüstung und hohe wissenschaftliche und technische Leistungen auf anderen Gebieten. Es gibt keinen anderen Weg.

Das ist das nationale Problem in Deutschland. Es ist ein langer Kampf, um diese reaktionäre westdeutsche Ideologie zu beseitigen. Die Extremisten haben auch eine Tradition, und es ist nicht leicht und dauert lange Zeit, bis man diese Tradition zurückdrängt. Ihre Einladung, Herr Präsident, hat mit dazu beigetragen, die Menschen zu ernüchtern, damit sie lernen, die Souveränität anderer Staaten zu respektieren. Das ist unsere Einschätzung der gegenwärtigen Lage.

Was die Zusammenarbeit zwischen unseren beiden Staaten und Regierungen betrifft, haben wir folgende Auffassung: In der letzten Zeit, in den letzten Jahren hat sich die ökonomische Zusammenarbeit weiterentwickelt, es wurde ein Abkommen in bezug auf die

[101] Auf der Zweiten Konferenz blockfreier Staaten in Kairo wurde zur „Achtung der Souveränität der Staaten und ihrer territorialen Integrität; Probleme geteilter Nationen" am 10. 10. 1964 u. a. erklärt: „1) Die Konferenz der Staats- bzw. Regierungschefs proklamiert die völlige Hingabe an das Grundprinzip der internationalen Beziehungen, demzufolge die Souveränität und territoriale Integrität aller Staaten, der großen wie der kleinen, unantastbar sind und geachtet werden müssen. [...] 4) Die Konferenz ist der Ansicht, daß eine der Ursachen der internationalen Spannung im Problem der geteilten Nationen zu suchen ist. Sie bringt ihre volle Sympathie mit den Völkern solcher Länder zum Ausdruck und unterstützt ihren Wunsch nach Erzielung der Einheit. Sie appelliert an die betreffenden Länder, eine gerechte und dauernde Lösung zwecks Vereinigung ihrer Territorien mit friedlichen Methoden, ohne äußere Einmischung oder Druck anzustreben." In: Dokumente zur Deutschlandpolitik, IV. Reihe/Band 10, S. 1042. Das Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten interpretiert insbesondere Punkt 1 dieser Erklärung am 10. 10. 1964 im Sinne der DDR wie folgt: „Die Regierung und die Bevölkerung der DDR haben mit Genugtuung davon Kenntnis genommen, daß die Repräsentanten der nichtpaktgebundenen Staaten bei der Erörterung der Deutschlandfrage von den bestehenden Realitäten, d. h. von der Existenz zweier deutscher Staaten ausgegangen sind. Ihre Forderung nach Verständigung zwischen den beiden deutschen Regierungen als Voraussetzung zur friedlichen Wiedervereinigung Deutschlands stimmt mit der Politik der Regierung der DDR voll überein." In: Ebenda, S. 1043. Demgegenüber legte die Bundesregierung am 12. 10. 1964 den Schwerpunkt auf Punkt 2: „Die deutsche Regierung hat mit großer Befriedigung davon Kenntnis genommen, daß die Konferenz dem schweren Schicksal der geteilten Völker ihre Anteilnahme gezeigt und sich für gerechte und dauerhafte Lösungen auf der Grundlage der Wiedervereinigung ausgesprochen hat. Sie sieht darin eine Bestätigung des Rechts auf Selbstbestimmung auch der deutschen Nation." In: Ebenda, S. 1045.

Jahrgang 46 (1998), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1998_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte



weitere wirtschaftliche Zusammenarbeit vorbereitet, und wir interessieren uns sehr für eine gründliche Information über die Grundideen Ihres zweiten Fünfjahrplanes. Wir werden unseren Plan bis 1970 im Juli dieses Jahres beraten. Uns interessiert Ihre Konzeption des Perspektivplanes bis 1970, weil das die Zusammenarbeit auf diesem Gebiet erleichtern wird. Wir haben unsere Pläne für die einzelnen Produktionszweige bis 1970 ausgearbeitet, und wir stimmen jetzt im Frühjahr dieses Jahres mit allen sozialistischen Ländern die Zusammenarbeit bis 1970 ab. Selbstverständlich unterscheidet sich die Zusammenarbeit zwischen uns und der VAR von der Zusammenarbeit zwischen uns und unseren Nachbarn, z. B. der Sowjetunion oder der ČSSR. Wir arbeiten schon länger zusammen, und die Entwicklungsbedingungen bei Ihnen sind etwas anders als in unseren Nachbarstaaten.

Aber wir bitten Sie, uns Ihre Konzeption mitzuteilen, damit wir uns mit darauf einstellen können. Wir verstehen sehr gut: Sie arbeiten Ihren Weg aus, den Sie gewählt haben. Früher waren wir der Meinung, im gesamten sozialistischen Lager könnte die Entwicklung ziemlich gleichmäßig vor sich gehen, aber das ist nicht der Fall. Jeder muß seinen Plan in Übereinstimmung mit den Besonderheiten in den einzelnen Ländern entwickeln. In Jugoslawien sind z. B. nicht die gleichen Bedingungen wie in der DDR, aber trotzdem arbeiten wir gut zusammen.

Bereits in den Vorbesprechungen[102] wurde von unseren Vertretern darüber gesprochen, daß man einen gemeinsamen Wirtschaftsausschuß bilden sollte. Ich bitte Sie deshalb um Ihre Meinung, Herr Präsident, ob Sie diesen Vorschlag für gut halten und auf welcher Ebene der Wirtschaftsausschuß gebildet werden soll, auf der Ebene von Ministern oder Stellvertretenden Ministerpräsidenten.

Mit dieser Frage hängt die wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit zusammen. Es ist in den vorbereiteten Dokumenten von der Gründung eines wissenschaftlich-technischen Rates die Rede. Wir sind für diesen Vorschlag. Es muß herausgearbeitet werden, wie dieser Rat arbeiten soll, welche Aufgaben er hat, denn der wissenschaftlich-technische Rat kann nur zu guten Ergebnissen führen, wenn die Plankonzeption klar ist. In dieser Beziehung würden wir darum bitten, daß Sie Ihre Konzeption entwickeln, damit auf dieser Grundlage die Zusammenarbeit organisiert werden kann. Das wird zur weiteren engen Zusammenarbeit beitragen.

Über die kulturelle Zusammenarbeit wurden Vorbesprechungen geführt. Wir sind daran interessiert, daß auch über die kulturelle Zusammenarbeit eine Vereinbarung erfolgt. Das wird für beide Seiten von Nutzen sein.

Mir scheint also besonders wichtig, daß gegenseitig ein Studium der Verhältnisse auf verschiedenen Gebieten erfolgt. Ich möchte nicht die Methode vorschlagen, die wir bisher mit den sozialistischen Ländern übten. In diesen Ländern, wo schon seit langen Jahren die Herrschaft der Arbeiterklasse besteht, sind die Bedingungen für die Zusammenarbeit etwas anders. Die Zusammenarbeit zwischen unseren Ländern und der Erfahrungsaustausch müßten wirklich so erfolgen, daß er sich auf die Fragen orientiert, für die Sie besonderes Interesse haben. Es hat keinen Zweck, daß Sie unser ganzes Bildungswesen studieren, aber es hätte Zweck, daß Sie z. B. eine Studiengruppe schicken, um unsere Berufsausbildung zu studieren. So ist es auch auf anderen Gebieten. Entsprechend Ihrem Ent-

[102] Vom 6. 1. bis zum 3. 2. 1965 hielt sich eine Regierungsdelegation der DDR unter Leitung des Stellvertretenden Ministers für Außenhandel und Innerdeutschen Handel, Gerhard Weiß, zu Verhandlungen über die wirtschaftliche und wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit in der VAR auf.

Jahrgang 46 (1998), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1998_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte



wicklungsstand und Ihren Interessen bitten wir, selbst vorzuschlagen, auf welchen Gebieten Sie die Entsendung von Studiengruppen wünschen. Wir sind bereit, Ihnen alles zu zeigen, was Sie wissen möchten, und werden uns darauf vorbereiten.

Wir haben ein bestimmtes ökonomisches System der Planung und Leitung der Volkswirtschaft. Sie könnten prüfen, welche Erfahrungen Sie davon in ähnlicher Weise in der VAR anwenden könnten. Es sind bestimmte Aspekte, die Sie interessieren werden, z. B. der materielle Anreiz und auch Planungsmethoden. Es ist nicht notwendig, daß Sie die bürokratischen Fehler in der Planung, die wir gemacht haben, wiederholen. Wir haben das jetzt ziemlich radikal geändert. Aber wie Sie Ihre Planung ausarbeiten, das ist Ihre Angelegenheit, das ist etwas Spezifisches.

Ich habe mich für eine Reihe wirtschaftlicher Probleme Ihres Landes interessiert. Sie führen jetzt vieles durch, was in ähnlicher Weise von uns durchgeführt worden ist, z. B. Ihr Verhältnis zur kleinen und mittleren Industrie, zum Privathandel, das Problem, wie man unter diesen Bedingungen die Preise bildet. Wir haben nicht, wie andere sozialistische Länder, die kleinen Händler, Handwerker usw. liquidiert. Bei uns sind sie zu Kooperativen übergegangen. Wir halten den Weg, den Sie in der VAR in der Landwirtschaft mit der Bildung von Ein- und Verkaufsgenossenschaften gehen, für außerordentlich wichtig.

Ich möchte ausdrücklich sagen: Sehen Sie von uns nicht zuviel ab, denn Ihre Bedingungen sind anders, und Sie müssen Ihre besonderen ökonomischen Schritte selbst tun. Ich sage das, damit man das nicht mißversteht, wenn ich von Zusammenarbeit spreche. Das darf nicht bedeuten, daß wir Ihnen Anregungen geben, wie Sie dieses oder jenes in Ihrem Lande machen sollen. Das geht nicht, weil Sie das selbst bestimmen müssen.

Wir möchten bei Ihnen studieren, wie unter Ihren Bedingungen, den Bedingungen eines arabischen Landes, der Übergang zum Sozialismus gefunden wird. Das wissen wir nicht. Die VAR ist die Vorhut der arabischen Staaten, und Sie können uns zeigen, wie man dieses Problem lösen kann. Das wollen wir bei Ihnen studieren, und Sie werden wissen und uns Hinweise geben können, wie die Entwicklung in den afrikanischen Ländern vor sich geht. Das ist für uns schwer. Wir wissen, wie man gegen Kolonialismus und Neokolonialismus kämpft, aber die Entwicklungsbedingungen der neuen befreiten Länder sind sehr kompliziert. Wir legen hier Wert auf Ihren Rat. Das ist echte Zusammenarbeit. Wie man gegen den westdeutschen Imperialismus kämpft, da sind wir Spezialisten. Aber hier in den arabischen Ländern sind Sie Spezialisten. Ich denke, auf diesem Gebiet können wir eine gute Zusammenarbeit entwickeln. Wie gesagt, es gibt Probleme, wo Sie selbst wissen müssen, was für Sie am zweckmäßigsten ist, bei uns zu studieren.

In Verbindung mit den Besprechungen über die Vorbereitung des zweiten Fünfjahrplanes steht selbstverständlich auch die Frage, welche Wünsche haben Sie, daß wir mithelfen, daß bestimmte Fachleute ausgebildet werden; welche Ingenieure oder Professoren wünschen Sie, daß sie eine Zeitlang hier arbeiten, oder welche Fachleute beabsichtigen Sie als Aspiranten in die DDR zu schicken, die schon eine Grundausbildung haben. Wir sind bereit, Ihre Wünsche, soweit das in unseren Kräften liegt, zu erfüllen.

Was die andere kulturelle Zusammenarbeit betrifft, wie z. B. auf den Gebieten Fernsehen, Literatur und Gesundheitswesen, sind wir bereit, die Zusammenarbeit mit Ihnen zu entwickeln. Beim Fernsehen hat das schon gut begonnen. Wir sind einverstanden, daß das fortgesetzt wird. Also auf dem Gebiet der Kultur gibt es ein weites Feld für die Zusammenarbeit. Das sind die Hauptprobleme, die wir stellen wollen.

Was die Frage der staatlichen Beziehungen betrifft, so möchten wir Ihre Meinung hören. Unsere Einschätzung ist es, daß beim Besuch von Ministerpräsident Grotewohl

Jahrgang 46 (1998), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1998_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte



durch die Vereinbarung über die Errichtung des Generalkonsulates der DDR in der VAR die de facto-Anerkennung erfolgt ist, aber es ist keine de jure-, keine diplomatische Anerkennung im völkerrechtlichen Sinne[103]. Ich möchte Sie bitten, Ihre Meinung zu sagen über die Möglichkeiten der weiteren Verbesserung des Status der Beziehungen.

Bei der Zusammenarbeit mit anderen arabischen und afrikanischen Staaten legen wir großen Wert auf Ihre Meinung und Ihre Konsultation. Es gibt auch bestimmt ökonomische Interessen, die wir gegenüber den arabischen Staaten haben. Wir sind z. B. daran interessiert, aus arabischen Ländern Erdöl zu bekommen, vielleicht aus dem Irak oder aus anderen Ländern – auf jeden Fall brauchen wir Erdöl aus den Staaten, die eng mit Ihnen verbunden sind. Mit Algerien geht das noch nicht, aber vielleicht findet sich ein Weg, daß wir Erdöl aus einem arabischen Land beziehen können.

Wir befinden uns hier auf einer realistischen Basis und möchten diese Dinge in offener, freundschaftlicher Weise mit Ihnen besprechen. Ich denke, daß dies von gegenseitigem Nutzen ist.

Das ist alles, was ich zur Einleitung sagen könnte.

Präsident *Nasser:* Ich danke Ihnen sehr für diese Einleitung. Ich glaube, daß wir im Kampf um den Frieden und gegen den Kolonialismus die gleiche Politik durchführen, und es gibt große Gebiete, auf denen wir für den Frieden zusammenarbeiten können. Ich glaube, daß das Feld der nichtpaktgebundenen Staaten ein sehr nützliches Gebiet ist, um die Ideen des Friedens in der ganzen Welt zu verbreiten und zu verstärken. Diese

[103] Dazu die Unterredung des Ministers für Außenhandel und Innerdeutschen Handel, Julius Balkow, mit Nasser am 11. 2. 1963 in Kairo, in: PA/AA Berlin, Bestand MfAA, Signatur 12731: „Im Zusammenhang mit dem Prinzip der Gleichheit der Beziehungen zu beiden deutschen Staaten stellte Minister Balkow die Frage, ob es die VAR für möglich hält, die Beschränkung im Exequatur des Generalkonsuls aufzuheben. Präsident Nasser entschuldigte sich, daß er dieses technische Problem nicht kenne. Von mir [Wolfgang Kiesewetter] wurde erläutert, daß es sich um den Vermerk auf dem Exequatur des Generalkonsuls handelt, daß ‚damit keine de-jure- und de-facto-Anerkennung der DDR als Staat verbunden sei'. Von Minister Balkow wurde darauf hingewiesen, daß es bereits Staaten gebe, die das Exequatur ohne diese Einschränkung erteilen (Indonesien und Kambodscha). Präsident Nasser warf sofort ein, daß er aber der erste gewesen sei, der in Unterredungen mit Ministerpräsident Grotewohl der Errichtung eines Generalkonsulats zugestimmt habe. Dies hätte damals einen Sturm ausgelöst. [...] Präsident Nasser sagte zu, die Frage des Exequatur einer Überprüfung unterziehen zu lassen." In einer undatierten Aufzeichnung über „Politische Probleme und offene Fragen in den Besprechungen zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Vereinigten Arabischen Republik" wurde festgestellt: „Am 22. 09. 1959 hatte der Minister für Auswärtige Angelegenheiten der VAR, Fawzi, für Generalkonsul Bierbach das Exequatur erteilt. Die Einschränkung auf dem betreffenden Dokument, daß die Erteilung des Exequaturs ‚weder eine de-jure- noch eine de-facto-Anerkennung der DDR durch die VAR darstelle', wurde durch uns als rechtlich unsinnig und bedeutungslos behandelt. Beide Staaten kamen auf diesen Zusatz nicht wieder zurück. [...] Bei der Festigung des Status des Generalkonsulats gab es in folgenden Fragen Schwierigkeiten: a) Bei der Übergabe des Exequaturs war zum Ausdruck gebracht worden, daß der Generalkonsul nur mit dem Leiter der Konsularabteilung des [ägyptischen] MfAA und dem Gouverneur der Stadt Kairo als höchste politische Ebene für ihn verkehren solle. Diese Beschränkung, die offensichtlich auf Druck Westdeutschlands erfolgt war, war bereits nach kurzer Zeit durchbrochen. Der Generalkonsul verkehrte ungehindert mit den Ministern und ihren Stellvertretern. [...]." In: Ebenda, Signatur A 13308.

Jahrgang 46 (1998), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1998_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte



Idee war erfolgreich nach der Bandungkonferenz[104]. Dort gab es nur 5 nichtpaktgebundene Länder, 1961 in Belgrad[105] waren es 29 und auf der letzten Konferenz in Kairo waren es schon über 50 Länder, die sich zu den Ideen der Nichtpaktgebundenheit bekannten. Auch wenn wir auf Afrika blicken, können wir leicht feststellen, daß sich die Zahl der nichtpaktgebundenen Staaten vergrößert hat. Deshalb glauben wir, daß es eine gute und nützliche Idee ist, für den Frieden durch Nichtpaktgebundenheit zu wirken. Aber diese Länder haben Schwierigkeiten. Jedes Land hat seine eigenen Probleme, die Länder müssen ihre Beziehungen zu den entwickelten Ländern ausbauen. Viele der nichtpaktgebundenen Länder sind unterentwickelt. Viele hatten unter dem Kolonialismus zu leiden. Viele dieser Länder haben noch Stützpunkte der Kapitalisten in ihren Ländern. Die Verantwortung des sozialistischen Lagers zur Erleichterung der Lage dieser Länder ist groß.

Ein anderes Problem ist die Frage des Neokolonialismus. Sie haben über Westdeutschland gesprochen. Ich möchte sagen, daß wir im vergangenen Jahr überrascht waren von der Haltung Westdeutschlands, weil sie immer zu uns kamen mit dem Willen zur Zusammenarbeit. Sie erklärten ständig, daß sie sich nicht in unsere Probleme einmischen werden. Westdeutschland ist ein reiches Land, ein entwickeltes Land, eines der wichtigsten entwickelten Länder in der Welt, und deshalb waren sie in der Lage, sich überall in Afrika einzumischen und – nachdem sie ihre Zusammenarbeit ausgedehnt hatten – diese Länder ökonomisch zu durchdringen.

Das Beispiel mit uns ist dafür typisch.

Es gibt afrikanische Länder, die Waffen brauchen, um ihre Armee aufzubauen. Es ist leicht, relativ leicht, sich Waffen schenken zu lassen. Natürlich würde auch Tansania bereit sein, Militärhilfe anzunehmen. Israel hat diese Politik in Afrika nach Aufforderung durch die imperialistischen Länder angewandt.

Im Jahre 1960 habe ich zum ersten Male den Präsidenten von Mali, Keita, getroffen, und ich fragte ihn nach seiner Absicht, aus Israel Waffen für seine Armee zu beziehen. Er sagte, das wäre der einzige Weg, um seine Armee auszurüsten. Er habe in Frankreich wegen Waffen angefragt, aber dort sei ihm gesagt worden, er solle sich an Israel wenden. Viele Länder wenden sich auch an Westdeutschland als ein Land mit guten Absichten. So sind die Rollen verteilt. Die einen liefern Waffen an dieses Land, die anderen an ein anderes. In der letzten Zeit haben wir ein Anwachsen des amerikanischen Einflusses festgestellt.

Ich habe dies ausgeführt, um Ihre Aufmerksamkeit auf die jungen, die nichtpaktgebundenen Länder zu lenken, und an die Verantwortung des sozialistischen Lagers zu erinnern. Denn wenn das sozialistische Lager diesen Ländern nicht hilft, ihre Probleme zu lösen, müssen sie dem Druck der imperialistischen Staaten nachgeben. Viele dieser jungen Länder waren traditionell mit den imperialistischen Staaten verbunden, und für sie ist es leichter, auf die gleiche Weise fortzufahren.

Es ist auch nicht leicht, die Zusammenarbeit mit einem sozialistischen Land zu beginnen. Zum Beispiel wir. Wir haben das alte Regime geerbt. Es gab keinerlei Kontakte mit

[104] Die Bandung-Konferenz fand vom 18. bis 24. 4. 1955 statt. Für den Wortlaut des Kommuniqués vom 24. 4. 1955 vgl. Europa-Archiv 10 (1955), S. 7653ff.

[105] Die Konferenz der Staats- und Regierungschefs der blockfreien Staaten fand vom 1. bis 6. 9. 1961 statt. Für den Wortlaut der Abschlußerklärung vgl. Dokumente zur Deutschlandpolitik, IV. Reihe/Band 7, hrsg. vom Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen, bearb. von Gisela Biewer, Frankfurt a. M. 1976, S. 358–364.

Jahrgang 46 (1998), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1998_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte



sozialistischen Ländern. Aber die USA und Großbritannien hatten hier starken Einfluß. Nach der Befreiung und der Beschlagnahme der britischen Vermögen in Ägypten begannen wir Verhandlungen mit den USA, Großbritannien und Frankreich über unseren Bedarf an Waffen. Wir haben damals nicht an die Sowjetunion und andere sozialistische Länder gedacht. Zu Beginn unserer Revolution hatten wir uns auch an die Sowjetunion gewandt, aber sie lehnte Waffenlieferungen ab. Wir waren von der westlichen Propaganda beeinflußt. Die Sowjetunion und die sozialistischen Länder kannten wir nur aus den westlichen Zeitungen und Magazinen, die bei uns überall verkauft wurden. Von denen erhielten wir unsere ersten Kenntnisse über diese Länder. Das waren unsere Bedingungen, und das sind auch die Bedingungen für jedes neue afrikanische Land. Man ist kaum auf die Idee gekommen, bei einem sozialistischen Land um Waffen zu bitten.

Ich möchte Ihnen ganz offen sagen, wie z. B. die Waffenlieferungen an uns zustande kamen. Auf einem Empfang des Ministerpräsidenten des Sudan sprach ich mit dem sowjetischen Botschafter, und ich fragte ihn fast zufällig: „Sind Sie bereit, uns Waffen zu liefern?" Es gab keinen Beschluß des Revolutionsrates, und ich war überzeugt, daß ich keine Antwort bekommen würde. Um so größer war meine Überraschung, als ich nach einigen Tagen zur Antwort bekam, daß die Sowjetunion einverstanden ist, an uns Waffen zu liefern. Ich gebe diese Beispiele, um Ihnen verständlich zu machen, in welcher Lage sich neue, unabhängige Staaten befinden, besonders in Afrika. Deshalb müssen die sozialistischen Länder große Anstrengungen unternehmen, den unabhängigen jungen Ländern zu helfen, und auf diese Weise kann die Bewegung der Nichtpaktgebundenheit gestärkt werden.

Ich möchte ein weiteres Beispiel anführen: Kongo/Brazzaville war ein halbunabhängiges Land. Es gab dort eine Revolution, und nationalistische Kräfte waren in der Lage, die Regierungsgewalt zu übernehmen. Aber sie sahen sich großen Problemen gegenüber. Die Franzosen waren noch dort – Techniker und auch die französische Armee. Die kongolesische Armee bestand nur aus 1000 Mann. Nach der Machtübernahme beschloß Frankreich, die Hilfe stark zu reduzieren. Es gab Schwierigkeiten wegen der Bezahlung der Löhne und Gehälter, und es gab keine Möglichkeit, die Armee von 1000 Soldaten auszurüsten. Das Land Kongo/Brazzaville hat 1 Million Einwohner. Aber die Führer der anderen afrikanischen Länder schauen auf Brazzaville, um zu sehen, ob sie Erfolg haben. Haben sie Erfolg, werden andere Länder ebenfalls mit einer unabhängigen Politik beginnen. Sie kamen zu uns und baten um eine Anleihe. Wir haben sie ihnen gegeben. Sie haben uns gebeten, die Bauarbeiten fortzuführen, die die Franzosen abgebrochen hatten. Wir haben uns einverstanden erklärt. Sie baten um kommerzielle Kredite. Wir haben sie ihnen gegeben. Sie haben um Waffen gebeten. Wir haben uns zu Lieferungen bereiterklärt. Im Dezember letzten Jahres haben die Franzosen das Land verlassen und haben alle französischen Techniker, das Flugplatzpersonal und vom Post- und Telegrafendienst mit abgezogen. Man hat uns gebeten, die entsprechenden Fachleute zu geben. Sie waren der Aggression von Kongo/Leopoldville ausgesetzt. Solchen Schwierigkeiten stehen diese Länder gegenüber. Wir haben nicht genügend Möglichkeiten, um ihnen zu helfen. Das ist ein solches Beispiel, wo die Hilfe des sozialistischen Lagers einsetzen muß. Ich glaube, sie haben auch um einige Panzer und Flugzeuge gebeten. Ich sage das, um darauf hinzuweisen, daß wir die Führer der freien Staaten, die unabhängig sein wollen, ermutigen müssen. Tansania ist auch so ein Beispiel. Sie wollen eine unabhängige Politik betreiben und haben die Befreiungsbewegung in Afrika unterstützt. Man muß sie also ermutigen und unterstützen. Natürlich haben sie ihre eigenen Probleme. Sie haben die britische Ver-

Jahrgang 46 (1998), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1998_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte



waltung übernommen. Bei Kenia ist es genauso, auch in Uganda. Uganda will Truppen haben, weil es einer Aggression Tschombés ausgesetzt ist. Sie haben uns um einige Flugzeuge und anderes gebeten, aber es war für uns schwer, diese Bitten zu erfüllen. Wir haben Truppen im Irak und im Jemen. Es genügt ja nicht, nur zwei Flugzeuge zu schicken, man braucht einen ganzen Flugplatz mit seiner Einrichtung, Radaranlagen usw., und das konnten wir nicht alles liefern. Aber sie sehen, daß Tschombe von den Amerikanern unterstützt wird. Nun wollen sie Unterstützung von den anderen Staaten haben. Und wenn nun Westdeutschland kommt und sagt, sie sind bereit, Piloten auszubilden usw., so wird diese Hilfe selbstverständlich angenommen. Deshalb kam auch von unserer Seite der Vorschlag, mit Ihnen in anderen afrikanischen Staaten zusammenzuarbeiten, um Fabriken aufzubauen (Seifenfabriken usw.).

Ich glaube, daß unsere Politik auch übereinstimmt in der Frage der Abrüstung. Wir haben ebenfalls die Idee der atomwaffenfreien Zonen unterstützt.

Was das Problem der Beziehungen zwischen den beiden Deutschland betrifft: Wir verfolgen dieses Problem und unterstützen die Idee der Wiedervereinigung. Das ist klar auf der letzten Konferenz der nichtpaktgebundenen Staaten zum Ausdruck gekommen. Aber wir sind der Meinung, daß alles das auf friedlichem Wege erreicht werden muß. Deshalb unterstützen wir keinen feindlichen Plan Westdeutschlands gegen Ostdeutschland.

Was unsere Beziehungen betrifft, so haben wir stets die Beziehungen Westdeutschlands mit Israel im Auge gehabt. Unser Ziel bestand darin, Westdeutschland nicht Israel zu überlassen. Israel hat von Westdeutschland im letzten Jahr 370 Mill. Dollar[106] erhalten, d. h. jeden Tag mehr als eine Million Dollar. Die USA wollten direkt keine Waffen an Israel liefern und haben Westdeutschland unter Druck gesetzt, das zu tun. Deshalb beobachten wir diese Frage immer mit außerordentlich großer Aufmerksamkeit und auch Besorgnis, und deshalb waren wir während des Besuches von Herrn Grotewohl sehr zögernd, aber wir stimmten der Errichtung von Generalkonsulaten zu. Wir haben auch der Einladung des Staatsratsvorsitzenden der DDR zugestimmt, ohne Gefahr zu laufen, Israel völlig ausgeliefert zu sein. Diese Frage ist sehr wichtig. Wir möchten zwischen Israel und Westdeutschland Mißverständnisse erzeugen, wir möchten Westdeutschland in eine Lage bringen, wo es aufhört, Israel Waffen zu liefern.

Wir sind mit Ihnen einverstanden, daß die Wiedervereinigung eine Frage der Deutschen selbst und außerdem eine komplizierte Frage ist.

Zur Zusammenarbeit zwischen unseren beiden Ländern. Und zu diesem Gebiet möchte ich auch eine Einleitung machen.

Wir haben unseren Plan für die nächsten 5 Jahre, vom Juli 1965 bis zum Jahre 1970. Sie können unseren Plan haben. Unser Ministerpräsident und der Stellvertretende Ministerpräsident für ökonomische Angelegenheiten sind anwesend. Wir haben keine Einwände gegen einen gemeinsamen Wirtschaftsausschuß. Man muß nur noch diskutieren, auf welcher Ebene. Ein solcher Wirtschaftsausschuß besteht schon mit Jugoslawien und mit der ČSSR auf der Basis der Stellvertretenden Ministerpräsidenten. Wir können es Ihnen überlassen, darüber zu entscheiden.

---

[106] Korrigiert aus: „3700 Mill. Dollar". Zum tatsächlichen Umfang der Finanz- und Militärhilfe der Bundesrepublik Deutschland an Israel vgl. Yeshayahu A. Jelinek/Rainer A. Blasius, Ben Gurion und Adenauer im Waldorf Astoria. Gesprächsaufzeichnungen vom israelisch-deutschen Gipfeltreffen in New York am 14. März 1960, in: VfZ 45 (1997), S. 311–317.

Jahrgang 46 (1998), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1998_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte



Einwurf *Walter Ulbricht:* Wir richten uns nach Ihnen; wenn Sie einverstanden sind, kann man die Kommission auf die Ebene von Stellvertretenden Ministerpräsidenten stellen.

Präsident *Nasser:* Wir haben keine Einwände gegen den gemeinsamen wissenschaftlich-technischen Rat; man muß sich über das Ziel dieses Rates klar werden.

Was die kulturelle Zusammenarbeit betrifft: Man kann ein Kulturabkommen abschließen. Wegen der Studiengruppen kann der Ministerpräsident entsprechende Dinge ausarbeiten. Und was die Ausbildung von Spezialisten und die Entsendung von Professoren betrifft, das muß in diesem Rat behandelt werden. Mit der Zusammenarbeit zwischen Fernsehen, Rundfunk usw. sind wir einverstanden. Das waren Fragen der Zusammenarbeit.

Zum Übergang zum Sozialismus. Meiner Meinung nach ist das eine sehr komplizierte Frage. Ich habe versucht, ein Buch über den Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus zu schreiben. Ich muß aber ganz offen gestehen, daß ich dazu nicht in der Lage war. Ich habe all das gelesen, was Lenin und Stalin geschrieben haben, mit dem Ziel, selbst klar zu sehen in bezug auf die Übergangsperiode. Ich habe auch Mao Tsetung gelesen und habe das chinesische Experiment studiert, vom Anfang bis zur Gegenwart. Jeder hat seine Bedingungen.

Einwurf *Walter Ulbricht:* Experiment oder den großen Sprung?

Präsident *Nasser:* Lenin hat in einer bestimmten Situation gesagt, er ist bereit, ausländisches Kapital anzunehmen. Es gab in der Sowjetunion eine Zeitlang noch Kulaken. In anderen Ländern gibt es Privateigentum. Es gibt keine Doktrin über den Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus, und wir sehen uns dieser Aufgabe gegenüber und stehen vor neuen Problemen. Aber unsere Gesellschaft ist noch keine sozialistische Gesellschaft, sie ist aber auch keine kapitalistische Gesellschaft mehr, so daß sich hier viele Probleme vermengen und überschneiden. Und es ist leichter, entweder ein kapitalistisches oder ein sozialistisches Land zu sein. Wir stehen mit einem Bein noch im Kapitalismus und mit dem anderen im Sozialismus.

Einwurf *Walter Ulbricht:* Wir haben das auch ausprobiert.

Präsident *Nasser:* Und wir durchlaufen einen Prozeß, wo es auch Fehler gibt, die man korrigieren muß. Ich halte es z. B. für völlig irrsinnig, wenn wir den Grund und Boden nationalisieren wollten. Wir begrenzten den Landbesitz auf 40 acres (= 100 Feddan; 1 Feddan = 0,45 ha). Wir versuchen jetzt, eine kollektive Bearbeitung des Bodens durchzuführen bei Beibehaltung des Privateigentums, außerdem wollen wir die Mechanisierung einführen. Wo wir das schon getan haben, konnten wir die Produktion bedeutend steigern: bei Baumwolle um 20 Prozent, bei Reis und Weizen um 30 Prozent. Im nächsten Jahr werden wir diese Methode der genossenschaftlichen Arbeit im Niltal ausbauen. Was das neugewonnene Land betrifft, wird die Regierung Staatsfarmen einrichten. Wir haben etwas Angst vor der Idee der Staatsfarm.

Einwurf *Walter Ulbricht:* Wir auch!

Präsident *Nasser:* Bei der genossenschaftlichen Bearbeitung bleibt jeder Eigentümer seines Landes, achtet auf sein Land, und es wird nichts gestohlen. Wenn er keinen Dünger bekommt, kommt er nicht zu mir ins Haus und sagt: „Ich brauche Dünger". Aber wie wird das bei einer Staatsfarm? Wer kümmert sich dann darum? Dann kann jeder an mich ein Telegramm schicken, daß er keinen Dünger bekommt.

Jahrgang 46 (1998), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1998_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte



Das waren einige der vielfältigen Übergangsprobleme. Es ist sehr leicht, einen Betrieb zu nationalisieren. Es ist auch leicht, einen Betriebsleiter zu ernennen.

Einwurf *Walter Ulbricht:* Und auch abzusetzen!

Präsident *Nasser:* Aber wie soll die neue Produktion aussehen? Sie muß exportfähig sein. Deshalb haben wir die Konkurrenz zwischen den Betrieben.

Der Handel ist noch komplizierter, weil wir mit den alten Händlern zusammenarbeiten müssen. Die fortschrittlichen Kräfte sind keine Spezialisten des Handels. Wir haben deshalb in diesem Zusammenhang sehr viele Probleme, besonders was die Streuung betrifft. Wir haben den Außenhandel nationalisiert und haben auch hier Probleme. Unsere Politik ist, eine Erhöhung der Preise nicht zuzulassen, aber es gab einige linke Auffassungen, daß man das Monopol haben und anderen Geschäften nicht die Waren geben müßte. Ich habe das im Parlament kritisiert. Wir haben gesagt, 25 Prozent waren für den genossenschaftlichen, 75 Prozent der Waren für den privaten Sektor. Das hat geholfen, das Problem zu lösen.

Ein anderes Problem des Übergangs ist die Steigerung des Verbrauchs. Weizen, Zucker, Fleisch – alles steigt im Verbrauch. Hinzu kommt, daß wir auf diesem Gebiet einer sehr großen Propaganda ausgesetzt sind. Alles schreibt, daß wir viele Schwierigkeiten haben, weil wir den Sozialismus aufbauen. Wir müssen dem örtlichen Markt das geben, was er braucht, und das beeinträchtigt unseren Export. Es gibt also sehr, sehr viele Probleme beim Übergang. Jeder muß Arbeit bekommen, wir müssen die Arbeitslosigkeit abschaffen. Dann müssen wir ihm das Notwendige zum Leben geben. Viereinhalb Millionen Arbeiter gab es 1952, jetzt gibt es mehr als 7 Millionen, und alle wollen etwas verbrauchen und brauchen Gebrauchsgüter.

Wir haben gehört, wie Sie einige dieser Probleme lösen, wir hatten mit Präsident Tito große Diskussionen. Bei Ihnen gab es die gleichen Probleme wie bei uns.

Die Frage unserer Zusammenarbeit in bezug auf andere arabische Länder und auch in bezug auf Erdöl. – Darüber wollen wir in der nächsten Sitzung sprechen. Wir werden uns darauf entsprechend vorbereiten. Ich weiß nicht, ob wir einen Überschuß an Erdöl haben, vielleicht im nächsten Jahr.

*Walter Ulbricht:* Ich danke Ihnen sehr für Ihre interessanten Ausführungen. Sie haben einen Teil der Probleme beantwortet, die wir selbst durchgemacht haben, und ich bin auch bereit, Ihnen auf einige Fragen zu antworten auf Grund unserer Erfahrungen. Was Sie zum Beispiel sagten in bezug auf die Landwirtschaft, ist absolut richtig. Wir wenden den gleichen Weg an: erst gegenseitige Hilfe, zusammenarbeiten, Produktionsmittel bleiben bei den Bauern; dann gibt man ihnen allmählich Technik, dann lernen die Bauern, und das Prinzip muß sein: die Bauern müssen sich verantwortlich fühlen für ihre eigene Zusammenarbeit. Das darf man nicht von oben fordern. Wenn die Bauern beginnen, genossenschaftlich zu arbeiten, entwickeln sie soviel Talent, daß es vorwärtsgeht. Was die Staatsgüter betrifft: Wir standen vor derselben Frage. Wir haben nur ein Minimum an Staatsgütern. Wir haben solche für die Samenzucht und für die Viehzucht. Nur 7 Prozent des Landes sind Staatsgüter. Manche sozialistischen Länder waren der Meinung, mit Staatsgütern komme man schneller voran, aber bei den Bauern kann man nicht kommandieren. Wir haben das ausprobiert, es geht nicht schneller, man muß beide überzeugen: die Bauern und die Arbeiter in den Staatsgütern. Bei uns haben sogar die Bauern schneller gelernt als die Arbeiter. Aber es gibt dabei komplizierte ökonomische Fragen, Fragen der Preise usw. Es gibt auch solche komplizierten Fragen in der Industrie. Wir können darüber diskutieren,

Jahrgang 46 (1998), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1998_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte



das ist nirgends aufgeschrieben. Wir wissen, was wir nicht tun sollen. Wir haben die Großbauern bis 99 ha in die Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften aufgenommen. Man hat uns gewarnt, die Großbauern würden kommandieren. Heute arbeitet die Mehrzahl dieser Bauern in den Genossenschaften ausgezeichnet mit. Das alte Schema, das es ursprünglich gab und in anderen sozialistischen Ländern befolgt wurde, haben wir nicht angewandt. Wir mußten das anders machen. Warum? Aus ökonomischen Gründen, aber auch deshalb, weil wir ein Beispiel geben müssen für Westdeutschland. Wenn wir die Bauern mit 90 ha enteignet hätten, hätten wir die westdeutschen Bauern vor den Kopf gestoßen. Jetzt machen die alten Großbauern bei uns Propaganda gegenüber den westdeutschen Bauern für die DDR. Wir sind bereit, Ihnen zu sagen, wie wir vorangekommen sind, und was wir verkehrt gemacht haben. Wir sind sehr zufrieden mit Ihrer Darlegung.

Es wird vereinbart, daß die beiden Stellvertreter des Ministerpräsidenten Dr. Lothar Bolz und Dr. Mahmoud Fawzi zur Vorbereitung der nächsten Zusammenkunft des Vorsitzenden des Staatsrates mit dem Präsidenten der VAR am Sonnabend, den 27. 2. 1965 zusammentreffen und den Text der Gemeinsamen Erklärung ausarbeiten.

Am Schluß der im Geiste herzlicher Freundschaft geführten Unterredung überreichte der Vorsitzende des Staatsrates der DDR, Walter Ulbricht, Präsident Gamal Abdel Nasser als Geschenk des Staatsrates und der Regierung der DDR an die Bevölkerung und die Regierung der VAR ein Bezirksdispensaire zur Tuberkulosebekämpfung in der VAR (die Geschenkurkunde wurde an Präsident Nasser übergeben). Präsident Nasser dankte für die Unterstützung der Bemühungen der Regierung der VAR um die Gesunderhaltung ihrer Bevölkerung durch die DDR.

(PA/AA Berlin, Bestand MfAA, Signatur C 615/73)

*Dokument 2*

Gespräch des Ministers Bolz mit dem Stellvertretenden Ministerpräsidenten Fawzi am 27. Februar 1965 von 16.00 Uhr bis 17.30 Uhr

Aktenvermerk[107]

Vertrauliche Dienstsache

Zu Beginn der Unterredung erkundigte sich *Dr. Fawzi* über den Aufenthalt des Vorsitzenden des Staatsrates der DDR in Luxor und Assuan[108].

[107] Diesen Aktenvermerk mit folgender einleitender Bemerkung fertigte Martin Bierbach an: „Auf Grund der zwischen dem Vorsitzenden des Staatsrates der DDR, Genossen Walter Ulbricht, und dem Präsidenten der VAR, Gamal Abdel Nasser, getroffenen Vereinbarung, über den Besuch des Vorsitzenden des Staatsrates der DDR in der VAR ein Gemeinsames Kommuniqué herauszugeben und mit der Vorbereitung dieses Dokumentes Dr. Lothar Bolz und Dr. Mahmoud Fawzi zu beauftragen, kam das o. g. Gespräch zustande." Außerdem nahmen von DDR-Seite teil: Botschafter Scholz, Roland Nützel (Dolmetscher). Gesprächsteilnehmer auf VAR-Seite: Ahmed Hassan El Feki (Unterstaatssekretär im Außenministerium), Abdallah El Erian (Rechtsberater im Außenministerium), Gamal Naguib (Leiter des Büros von Mahmoud Fawzi).

[108] Zu den Besichtigungen von Luxor und Assuan vgl. auch die – zunächst von der DDR-Frauenzeitschrift „für dich" publizierten – Eindrücke und Erlebnisse von Lotte Ulbricht: „Russisch half hier

Jahrgang 46 (1998), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1998_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte



Danach stellte er die Frage nach der Tagesordnung für die Unterredung. Dabei erklärte Dr. Fawzi, daß die VAR-Seite bereit sei, alle Fragen zu besprechen, die von der DDR vorgeschlagen werden. U. a. wäre die VAR bereit, auch die Frage der Gestaltung der zukünftigen Beziehungen zwischen beiden Staaten zu erörtern.

Der Unterredung lag ein DDR-Entwurf[109] über eine Gemeinsame Erklärung über den Besuch des Vorsitzenden des Staatsrates der DDR in der VAR vor. Der Entwurf war in der Zwischenzeit von der VAR-Seite zur Kenntnis genommen und überprüft worden. Deshalb erklärte Dr. Fawzi, daß die VAR-Seite bereit sei, den DDR-Entwurf als Grundlage der Unterredung zu betrachten und ihre Bemerkungen dazu vortragen werde.

In seiner Erwiderung legte *Dr. Bolz* dar, daß man sich über folgende drei Fragen unterhalten sollte:

1) über die Unterzeichnung folgender Abkommen:

a) über die wirtschaftlich-technische Zusammenarbeit (Kreditabkommen),

b) über die wissenschaftlich-technischen Beziehungen,

c) über die Zusammenarbeit auf dem Gebiete der Kultur, der Wissenschaft und des Gesundheitswesens.

2) Ausarbeitung einer Gemeinsamen Erklärung über den Besuch des Vorsitzenden des Staatsrates in der VAR.

3) Gestaltung der zukünftigen Beziehungen zwischen beiden Staaten.

Dr. Bolz wies darauf hin, daß Präsident Nasser bereits in der ersten Unterredung sein Einverständnis für den Abschluß der drei Abkommen gegeben habe. Ebenfalls sei der Präsident der VAR mit der Bildung eines Gemeinsamen Wirtschaftsrates unter Leitung von Stellvertretenden Ministerpräsidenten beider Länder sowie mit der Bildung eines Gemeinsamen Wissenschaftlichen Rates einverstanden gewesen. Gleichfalls sei die Zustimmung von Präsident Nasser vorhanden, noch 1965 ein langfristiges Handels- und Zahlungsabkommen für den Zeitraum 1966–1970 abzuschließen.

Dr. Bolz richtete an Dr. Fawzi die Frage, ob die Vereinbarungen aus der ersten Unterredung zwischen den beiden Staatsoberhäuptern von der DDR-Seite so richtig verstanden worden seien. Er bat Dr. Fawzi um nochmalige Bestätigung, und ob die Fixierung der genannten Fragen in der dargestellten Weise im gemeinsamen Kommuniqué zur Unterzeichnung durch die beiden Staatsoberhäupter erfolgen könne.

*Dr. Fawzi* bestätigte, daß die Festlegungen über die Wirtschaftsabkommen die volle Zustimmung der VAR finden. Auch die Unterzeichnung der anderen Verträge werde die Zustimmung von Präsident Nasser finden. Dr. Fawzi erklärte, daß die VAR-Seite bestrebt sei, während der Anwesenheit des Vorsitzenden des Staatsrates der DDR so viele konkrete Vereinbarungen wie nur irgend möglich mit der DDR zu unterzeichnen. In den Fällen, in denen aus technischen Gründen eine Unterzeichnung in dieser Zeit noch nicht möglich sei, solle in der Gemeinsamen Erklärung darauf verwiesen werden, daß beide Seiten übereinstimmen, noch im Jahre 1965 die betreffenden Fragen vertraglich zu lösen.

---

wenig", in: Der Spiegel, Nr. 49 vom 1. 12. 1965, S. 68: „Die Fotografen der westdeutschen Presse laufen uns dauernd vor die Füße, weil sie hoffen, einen erschöpften Ulbricht auf das Bild zu bekommen. Vergebens!"

[109] Der Entwurf ließ sich im Bestand MfAA des PA/AA Berlin nicht ermitteln. Für die Endfassung vom 1. 3. 1965 vgl. Dokumente zur Deutschlandpolitik, IV. Reihe/Band 11, S. 241–244.

Jahrgang 46 (1998), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1998_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte



*Dr. Bolz* stimmte diesen Ausführungen zu. Er betonte, daß auch von seiten der DDR das Bestreben vorliege, die zu treffenden Vereinbarungen so konkret wie nur irgend möglich zu gestalten. Deshalb sollten die drei o. g. Abkommen in der Zeit des Staatsbesuches abgeschlossen werden. Gleichzeitig wurde das Einverständnis gegeben, noch im Jahre 1965 ein langfristiges Handels- und Zahlungsabkommen mit der VAR abzuschließen.

Nachdem zum ersten Fragenkomplex völlige Übereinstimmung erzielt wurde, behandelten die Verhandlungspartner die Fragen, die mit der Abfassung des Textes der Gemeinsamen Erklärung in Verbindung standen. Zu diesem Problem machte *Dr. Fawzi* folgende Ausführungen: Er könne feststellen, daß der von der DDR der VAR übergebene Entwurf mit Interesse und Sympathie studiert und geprüft worden sei. Er möchte der DDR für diese Hilfe herzlich danken und könne feststellen, daß alle wesentlichen Fragen in der Erklärung enthalten seien und im Prinzip die Zustimmung der VAR-Seite finden. Dennoch gebe es einige Fragen, über die man sich offen unterhalten müsse. Er betonte nochmals, daß es das Bestreben der VAR sei, mit den Freunden aus der DDR über alle Fragen offen und freimütig zu sprechen, wie es dem Charakter der freundschaftlichen Beziehungen zwischen beiden Staaten entspreche.

Zunächst gebe es einige Formulierungsfragen, mit denen sie nicht in der von der DDR vorgelegten Form einverstanden sein könnten, aber wo sie sicher seien, daß man sich darüber einigen könne. Das betreffe

1) das Israel- und Jordanwasserproblem:

Die von der DDR gewählte Formulierung sei zu einseitig, und die VAR halte es deshalb für zweckmäßig, eine Formulierung aufzunehmen, die von allen Rechten des arabischen Volkes von Palästina einschließlich seines unveräußerlichen Rechts auf Selbstbestimmung spreche. In diesem Zusammenhang halte es die VAR-Seite auch für zweckmäßig, die von der DDR vorgelegte Formulierung hinsichtlich der Unterstützung des arabischen Standpunktes zur Jordanwasserfrage ebenfalls zu ändern. Die VAR-Vorschläge wurden von Dr. Bolz akzeptiert.

2) die Arabische und Afrikanische Einheit:

Dr. Fawzi erklärte dazu, daß dies zwei unterschiedliche Probleme seien. Man könne sie deshalb nicht, wie es in dem DDR-Entwurf geschehen sei, in einem Satz verbinden. Er wies darauf hin, daß die Araber faktisch eine Nation seien und deshalb das Problem der Arabischen Einheit in einer anderen Qualität und auf einer anderen Grundlage stehe, als das Problem der Afrikanischen Einheit. Er wies darauf hin, daß sich möglicherweise in den Vorstellungen einzelner Repräsentanten afrikanischer Länder mit dem Begriff Afrikanische Einheit ein anderer Inhalt verbindet. Als Beispiel nannte er die unterschiedlichen Auffassungen der VAR und des ghanesischen Präsidenten Nkrumah. Er schlug eine Neuformulierung vor und beide Probleme in zwei Sätzen zu behandeln. Dem Vorschlag von Dr. Fawzi wurde zugestimmt.

3) Universalität in der UNO und gleichberechtigte Mitarbeit beider deutscher Staaten in der UNO und ihren Unterorganisationen:

Dr. Fawzi erklärte dazu, daß dies eine delikate Frage sei. Er schlage deshalb vor, daß dieses Problem evtl. als ein gesonderter Gesprächspunkt am Ende der Unterredung nochmals in anderem Zusammenhang behandelt werde (offensichtlich meinte er damit die Probleme in Deutschland und die Frage der Existenz von zwei deutschen Staaten). Er wies darauf hin, daß die VAR im Gegensatz zur DDR zu dieser Frage eine etwas andere Meinung habe, weil die VAR z. B. nicht an einem Beitritt Westdeutschlands in die UNO

Jahrgang 46 (1998), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1998_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte



interessiert sei, da das faktisch entsprechend den gegebenen Umständen zu einer Stärkung der Position Israels führen würde[110].

4) die Formulierung, daß die Wiedervereinigung Deutschlands eine Sache der beiden deutschen Staaten sei:

Ähnlich wie zu der unter 3) genannten Frage wies Dr. Fawzi auf die Problematik dieser Frage hin. Er erklärte, daß die VAR als ein nichtpaktgebundenes Land – das gelte übrigens nicht nur für die Fragen der geteilten Länder, sondern auch für die Frage der Mitarbeit der geteilten Staaten in der UNO – an die Formulierung in den Beschlüssen der nichtpaktgebundenen Staaten zu diesen Fragen gebunden sei[111]. Er bitte Dr. Bolz deshalb um Verständnis, wenn die VAR nur solchen Formulierungen zustimmen könne, die auch von anderen nichtpaktgebundenen Staaten akzeptiert worden seien. Dies sei eine wichtige Frage, um sich nicht von den anderen nichtpaktgebundenen Staaten zu isolieren. Deshalb könne die VAR nur der Formulierung zustimmen, daß die Wiedervereinigung Deutschlands auf friedlichem Wege mit friedlichen Methoden und Mitteln erreicht werden solle und Sache des deutschen Volkes sei. Er verstünde, daß dies für uns eine sehr wichtige Frage sei und halte es deshalb ebenfalls für angemessen, am Ende in anderem Zusammenhang über diese Frage ausführlich zu sprechen.

Abschließend machte Dr. Fawzi den Vorschlag, daß die Experten von beiden Seiten noch am gleichen Abend die Verhandlungen über die Endformulierung der Gemeinsamen Erklärung aufnehmen sollten, um beiden Seiten einen gemeinsam vereinbarten Text vorzulegen.

*Dr. Bolz* erklärte sich mit diesem Vorschlag einverstanden und benannte für die DDR folgende Vertreter für die Verhandlungen: Botschafter Dr. Ernst Scholz; Gesandter Gerhard Kegel; Abteilungsleiter Martin Bierbach; Abteilungsleiter Dr. Herbert Süß.

Von seiten der VAR wurden folgende Vertreter für die Verhandlungsdelegation vorgeschlagen: Ahmed Hassan El Feki, Unterstaatssekretär im Außenministerium; Dr. Abdallah El Erian, Rechtsberater im Außenministerium; Gamal Naguib, Leiter des Büros von Dr. Fawzi; Dr. Ashraf Ghorbal, Unterstaatssekretär; Baher Sadek, Sekretär von Dr. Fawzi.

Bezug nehmend auf die Verhandlungen über den Text der Gemeinsamen Erklärung wies *Dr. Fawzi* darauf hin, daß es nach Meinung der VAR-Seite nicht darauf ankomme, stundenlange Diskussionen über einzelne Formulierungen zu führen, sondern daß es dem Zweck und dem Charakter der freundschaftlichen Beziehungen zwischen beiden Ländern entspreche, daß in den politischen Formulierungen eine klare Aussage erreicht werde. Auf

---

[110] Betreffender Wortlaut in der Gemeinsamen Erklärung vom 1. 3. 1965, in: Ebenda, S. 243: „Beide Seiten unterstützten das Universalitätsprinzip der Vereinten Nationen als wesentlich für deren wirksame Rolle bei der Förderung des Weltfriedens und der Zusammenarbeit."

[111] Betreffender Wortlaut in der Gemeinsamen Erklärung vom 1. 3. 1965, in: Ebenda, S. 244: „Der Präsident der Vereinigten Arabischen Republik brachte seine Sympathie für das deutsche Volk zum Ausdruck. Er bestätigte den Standpunkt, daß die Frage der deutschen Einheit Sache des deutschen Volkes ist. Er bekräftigte damit erneut die von der 2. Konferenz der nichtpaktgebundenen Länder angenommene Entschließung zu Problemen geteilter Länder, in der die betreffenden Länder aufgefordert werden, eine gerechte und dauerhafte Lösung anzustreben, um die Vereinigung ihrer Territorien mit friedlichen Mitteln und ohne Einmischung oder Druck von außen zu erreichen."

Jahrgang 46 (1998), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1998_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte



die Frage, ob die Gemeinsame Erklärung von den beiden Staatsoberhäuptern unterzeichnet werden solle, erklärte Dr. Fawzi, daß die bisherige Praxis der VAR darin bestanden habe, politische Erklärungen nicht zu unterzeichnen. Die Erklärungen würden lediglich Präsident Nasser zur Zustimmung vorgelegt und danach zur Veröffentlichung freigegeben. Die VAR-Seite hätte jedoch keine Einwände, falls in der DDR eine andere Praxis gelte, die Gemeinsame Erklärung zu unterzeichnen. Am zweckmäßigsten sei es, beiden Präsidenten diese Frage vorzutragen und von ihnen eine Entscheidung treffen zu lassen.

*Dr. Bolz* erklärte, daß entgegen den Ausführungen von Dr. Fawzi in der DDR eine andere Praxis gelte. Bisher seien in der DDR alle Erklärungen vom Vorsitzenden des Staatsrates der DDR und vom Ministerpräsidenten der DDR unterschrieben worden. Dies sei z. B. in den Beziehungen zu den sozialistischen Ländern, wie der Sowjetunion, der ČSSR und der Volksrepublik Polen sowie der anderen sozialistischen Staaten ständige Praxis. Insofern habe sich in der Bevölkerung der DDR zu dieser Frage eine gewisse Meinung herausgebildet. Aus diesem Grund halte es die DDR-Seite für wünschenswert, wenn sich die VAR-Seite bereiterklären könnte, die Gemeinsame Erklärung zu unterzeichnen. Im übrigen stimmte Dr. Bolz den Ausführungen von Dr. Fawzi zu und erklärte sich mit einer Entscheidung dieser Frage durch die beiden Staatsoberhäupter einverstanden. Danach bat Dr. Bolz, die Formulierung in der Gemeinsamen Erklärung, daß der Außenminister der DDR dem Generalsekretär der Liga der Arabischen Staaten, Botschafter Dr. Abdel Khalek Hassouna, einen Besuch abgestattet habe, zu streichen, da dieser Besuch nicht stattfinden könne, weil sich der Generalsekretär der Liga der Arabischen Staaten in Indien befinde. Auf die Frage von Dr. Bolz, ob Dr. Fawzi bestätigen könne, daß Präsident Nasser die beabsichtigte Einladung des Vorsitzenden des Staatsrates der DDR, Walter Ulbricht, zu einem Gegenbesuch in der DDR annehmen werde, erklärte der *Stellvertretende Ministerpräsident*, daß Präsident Nasser einverstanden sei und sie deshalb der Formulierung in der Erklärung zustimmen würden[112].

Gleichzeitig bat Dr. Fawzi, die DDR-Formulierung dadurch zu ergänzen, indem der VAR Dank für die freundschaftliche Einladung zum Ausdruck gebracht werde[113].

Nach Abschluß dieser Fragen gab *Dr. Bolz* einige Erläuterungen zur Auffassung der DDR über die Mitgliedschaft beider deutscher Staaten in der UNO und ihren Unterorganisationen. Dabei wurde betont, daß die Mitgliedschaft beider Staaten dem Prinzip der Universalität der UNO entspreche und die friedliche Wiedervereinigung Deutschlands fördern würde. Dr. Bolz begrüßte in diesem Zusammenhang den Brief des Vorsitzenden des Außenpolitischen Ausschusses der Nationalversammlung der VAR, Dr. Okasha, in dem er die Vertretung der DDR in der VAR über den Beschluß des Außenpolitischen

[112] Betreffender Wortlaut in der Gemeinsamen Erklärung vom 1. 3. 1965, in: Ebenda: „Der Vorsitzende des Staatsrates der Deutschen Demokratischen Republik, Walter Ulbricht, lud den Präsidenten der Vereinigten Arabischen Republik, Gamal Abdel Nasser, zu einem Gegenbesuch in die Deutsche Demokratische Republik ein. Der Präsident der Vereinigten Arabischen Republik hat diese Einladung dankend angenommen. Der Termin für diesen Besuch wird später festgelegt."

[113] Betreffender Wortlaut in der Gemeinsamen Erklärung vom 1. 3. 1965, in: Ebenda: „Der Vorsitzende des Staatsrates der Deutschen Demokratischen Republik brachte seinen Dank für die herzliche Aufnahme durch den Präsidenten, die Regierung und die Bevölkerung der Vereinigten Arabischen Republik zum Ausdruck."

Jahrgang 46 (1998), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1998_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte



Ausschusses der Nationalversammlung der VAR informiert, daß die Nationalversammlung der VAR die gleichberechtigte Mitarbeit der geteilten Länder in der UNO unterstütze. Des weiteren wurde darauf hingewiesen, daß eine gleichberechtigte Mitarbeit beider deutscher Staaten in der UNO und ihren Unterorganisationen den Interessen der DDR entspricht und die Regierung der DDR die Absicht habe, an die UNO einen Antrag auf Aufnahme beider deutscher Staaten zu stellen.

In seiner Antwort betonte *Dr. Fawzi,* daß er glaube, daß ihm der Standpunkt der DDR zu dieser Frage klargeworden sei. Wie er bereits zu Beginn des Gespräches betont habe, erfordere die Aufnahme beider deutscher Staaten in die UNO und das Deutschlandproblem selbst eine besondere Beratung. Aus diesem Grunde wolle er die VAR-Auffassung nochmals darlegen und in aller Offenheit und mit den freundschaftlichsten Gefühlen die Haltung der VAR grundsätzlich erläutern. Er glaube, daß es auch der DDR klargeworden sei, daß es nicht die Absicht der VAR sein könne, Westdeutschland weiter in die Arme Israels zu treiben. Ein solches Herangehen läge weder im Interesse der VAR noch der DDR. Darin sei auch der Hauptgrund zu sehen, weshalb die VAR die DDR bisher noch nicht anerkannt habe. Wie der DDR sicherlich bekannt sei, habe die VAR gegenüber anderen geteilten Ländern (gemeint war Korea und Vietnam) bereits einen anderen Standpunkt eingenommen und unterhalte normale diplomatische Beziehungen mit ihnen. Auch in den Beziehungen zwischen der DDR und der VAR sei bereits ein langer Weg zurückgelegt worden und man habe bereits gewisse Erfahrungen sammeln können. Er betonte nochmals, daß eine formelle Anerkennung der DDR durch die VAR Westdeutschland direkt mit all seinen Potenzen, vor allem auf wirtschaftlichem Gebiet, in die Arme Israels treiben würde. Dr. Fawzi erklärte, wenn man die zukünftige Entwicklung in Deutschland einschätzen wolle, so könne nach Auffassung der VAR etwa folgendes geschehen: 1) daß über kurz oder lang die Wiedervereinigung in Deutschland verwirklicht werde, oder 2) daß sich die gegenwärtige Lage – Existenz zweier deutscher Staaten – noch stärker herauskristallisiert.

Die VAR sei an dem Bestehen eines einheitlichen Deutschland interessiert und deshalb bestrebt, nur ein einheitliches Deutschland anzuerkennen, oder, falls für die nächste Zeit keine Aussichten auf eine Wiedervereinigung bestehen, müsse schließlich die Anerkennung der beiden deutschen Staaten vorgenommen werden. Dr. Fawzi hob dabei hervor, daß die Entwicklung nicht nur von der VAR abhänge.

In seiner Antwort bat *Dr. Bolz,* einige Ausführungen über die Vorstellungen der DDR hinsichtlich der Wiedervereinigung beider deutscher Staaten machen zu können. Er erklärte, daß man u. a. von folgendem Fakt ausgehen müsse:

Westdeutschland behauptet z. B., daß die Spaltung Deutschlands den Frieden in Europa bedroht. Als Deutscher müsse er jedoch sagen, daß dies nicht stimmt. Er habe in seinem Leben zwei Weltkriege erlebt, die beide von einem einheitlichen Deutschland ausgegangen seien. Demzufolge sei er zu dem Schluß gekommen, daß für die Frage Frieden oder Krieg in Deutschland und Europa nicht das Problem der Spaltung oder der Einheit Deutschlands entscheidend sei, sondern welche Kräfte in Deutschland die Macht ausübten. Deshalb müsse im Falle der Wiedervereinigung das neue Deutschland unbedingt ein friedliebendes und demokratisches Deutschland sein[114].

[114] Betreffender Wortlaut in der Gemeinsamen Erklärung vom 1. 3. 1965, in: Ebenda, S. 243: „Der Vorsitzende des Staatsrates der Deutschen Demokratischen Republik, Walter Ulbricht, legte die

Jahrgang 46 (1998), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1998_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte



Um die Wiedervereinigung zu ermöglichen, sei es notwendig, daß sich Westdeutschland in einen antiimperialistischen, friedliebenden, demokratischen Staat verwandle. Das bedeute, daß die Wiedervereinigung in Deutschland nur auf der Basis der Selbstbestimmung erfolgen kann. Die Frage der Selbstbestimmung habe in Deutschland einen historischen Hintergrund. 1871 habe die deutsche Nation bei der Errichtung des einheitlichen deutschen Staates davon Gebrauch gemacht. Dieser Staat sei jedoch an der imperialistischen Politik der herrschenden Schichten zugrunde gegangen. Deshalb könne es faktisch als eine Lehre der deutschen Geschichte angesehen werden, daß die Verwirklichung des Selbstbestimmungsrechtes in Deutschland nur auf antiimperialistischer, demokratischer Basis erfolgen könne. Infolge dessen bestehe auch das Ziel in Deutschland darin, eine Regelung der nationalen Frage des deutschen Volkes ohne imperialistische Einmischung zu erreichen. In dieser Hinsicht bestehe z. B. auch ein enger Zusammenhang zwischen der nationalen Frage in Deutschland und in den arabischen Staaten. Danach wies Dr. Bolz auf den Zusammenhang zwischen Wiedervereinigung und der Entwicklung gleicher Beziehungen zu beiden deutschen Staaten hin. Er betonte, daß die Herstellung gleicher Beziehungen zu beiden deutschen Staaten Kontakte zwischen beiden deutschen Staaten und ihre schließliche Wiedervereinigung fördern könnte. Er wies darauf hin, daß eine Lösung der deutschen Frage ohne Zurückdrängung des Imperialismus in Westdeutschland nicht möglich sei. Die VAR habe in der letzten Zeit ein sehr gutes Beispiel dafür erbracht, wie man den Einfluß des westdeutschen Imperialismus zurückdrängen kann.

Daraufhin ging Dr. Bolz zur Frage der Gestaltung der Beziehungen zwischen der DDR und der VAR über. Dr. Bolz legte dar, daß diese Frage seiner Meinung nach zwei Aspekte habe. Erstens das Problem der Gleichheit in den Beziehungen und zweitens die Frage der Erhöhung des Status der Beziehungen. Dr. Bolz bat Dr. Fawzi, die Auffassung der VAR zu dieser Frage zu erklären.

*Dr. Fawzi* bedankte sich bei Dr. Bolz für die Erläuterung zur Frage der Wiedervereinigung in Deutschland und erklärte sein völliges Einverständnis.

Wenn es noch irgendwelche Schwierigkeiten in den Beziehungen zwischen der DDR und der VAR gebe, dann müsse man sie vom Standpunkt des Überganges beurteilen. Dies habe nichts mit den tatsächlichen Absichten der VAR zu tun.

In diesem Zusammenhang bat Dr. Fawzi nochmals um Verständnis hinsichtlich der Unterschiedlichkeit der Haltung der VAR in der Deutschland-Frage und den Problemen der geteilten Länder in Asien. Er bat zu verstehen, daß die VAR gemeinsam mit anderen nichtpaktgebundenen Staaten auf den Konferenzen im Jahre 1964 bestimmte Verpflichtungen unterschrieben habe, u. a. auch zur deutschen Frage[115]. Die in den Beschlüssen dieser Konferenzen festgelegten Formulierungen zu diesen Problemen widerspiegeln

Vorstellungen der Deutschen Demokratischen Republik zur friedlichen und demokratischen Lösung der nationalen Frage in Deutschland auf dem Wege der Beseitigung der Reste des Zweiten Weltkrieges und der schrittweisen Annäherung und gleichberechtigter Verhandlungen zwischen den Regierungen der beiden deutschen Staaten dar."

115 Zum Verhalten der DDR-Beobachterdelegation auf der Konferenz der blockfreien Staaten in Kairo vom 5. bis 10. 10. 1964 vgl. die Aufzeichnung Luedde-Neurath vom 6. 10. 1964, und zum Verhalten der Beobachterdelegation der Bundesrepublik Deutschland die Aufzeichnung über das Gespräch Böker mit Fawzi am 9. 10. 1964, in: AAPD 1964, Band II, Dok. 275, S. 1126–1129 bzw. Dok. 280, S. 1142–1146.

Jahrgang 46 (1998), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1998_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte



nicht nur die Interessen der VAR, sondern aller nichtpaktgebundenen Staaten. Das bedeute jedoch, daß die VAR im Interesse der Einheit mit den anderen nichtpaktgebundenen Staaten Rücksichten nehmen mußte. Das beziehe sich vor allem auf die Frage der Universalität der UNO und das Deutschlandproblem selbst. Deshalb schlage er vor, diese Probleme beiden Präsidenten vorzutragen, die sicherlich der Auffassung zustimmen würden, in der Gemeinsamen Erklärung nur allgemein das Problem der Universalität der UNO zu erwähnen. Er selbst sei sicher, obwohl er kein großer Prophet sei, daß die imperialistischen Kräfte, vor allem Westdeutschlands, in der ganzen Welt ein großes Geschrei anstimmen würden, wenn der Inhalt der Gespräche und Verhandlungen sowie der Gemeinsamen Erklärung und der zu unterzeichnenden Verträge der Öffentlichkeit bekannt würden. Er hebe dies hervor, nicht weil er vor dem zu erwartenden Geschrei und den Drohungen Angst habe, sondern weil er auf dem Standpunkt stehe, daß man die Probleme real einschätzen müsse. Er könne nur nochmals betonen, daß man sehen müsse, daß auch die innere Entwicklung der VAR sehr schnell und beharrlich in einer Richtung vorwärtsschreite, die uns allen bekannt sei. Die VAR erwarte für die Bereitschaft, die Beziehungen mit der DDR weiterzuentwickeln, keinen Dank. Man müsse jedoch beachten, daß man für die Festlegung der nächsten Schritte zur Entwicklung der Beziehungen den richtigen Zeitpunkt wählen müsse. Er schlage deshalb vor, das Problem der gleichberechtigten Mitarbeiter beider deutscher Staaten in der UNO und ihren Unterorganisationen nur dadurch anzuschneiden, indem in der Gemeinsamen Erklärung allgemein von dem Prinzip der Universalität der UNO die Rede sei. Da diese Erwähnungen in der Gemeinsamen Erklärung DDR – VAR erfolge, wisse jeder, um welche Probleme es sich dabei handelt.

Hinsichtlich der Darlegung des Deutschlandproblems schlug Dr. Fawzi vor, die Formulierung aus den Beschlüssen der nichtpaktgebundenen Staaten über geteilte Länder mit dem Zusatz zu verwenden, daß die Wiedervereinigung Deutschlands eine Sache des deutschen Volkes sei.

Bezug nehmend auf die Formulierung in dem Entwurf der Gemeinsamen Erklärung über atomwaffenfreie Zonen schlug Dr. Fawzi vor, keine Aufzählung dieser Zonen vorzunehmen, sondern nur allgemein davon zu sprechen, daß beide Seiten die Schaffung von atomwaffenfreien Zonen unterstützen. Eine allgemeine Darstellung sei umfassender, da jede Aufzählung in gewissem Sinne auch eine Beschränkung sei. Er erwähnte, daß er bei seinem kürzlichen Besuch in Warschau dem polnischen Außenminister Rapacki ähnliche Hinweise zu diesem Problem gegeben habe.

Auf die Frage von *Dr. Bolz*, wie die Haltung der VAR zu seinen Darlegungen hinsichtlich der Gestaltung der Form der Beziehungen zwischen beiden Staaten sei, erklärte *Dr. Fawzi* folgendes: „Natürlich, wir sind für die Gleichheit in den Beziehungen." Zur zweiten Frage, dem Problem der Erhöhung des Status der Beziehungen, bat er Dr. Bolz, nähere Erläuterungen zu geben.

Zum Problem der Gleichheit der Beziehungen führte *Dr. Bolz* zunächst aus: Nach Lage der Dinge sei die Sache so, daß die DDR in Kairo gegenwärtig einen Beauftragten mit seinem Büro, ein Generalkonsulat und eine Handelsvertretung unterhalte. Dieser Fakt demonstriere zwar die Bemühungen vergangener Jahre um die Herstellung voller Beziehungen, sei aber in der Form etwas zu schwerfällig. Für das, was in den vergangenen Jahren erreicht worden ist, sei die DDR sehr dankbar. Dr. Bolz hob hervor, daß jedoch die Er-

Jahrgang 46 (1998), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1998_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte



gebnisse der Verhandlungen von 1959[116] während des Besuches des verstorbenen Ministerpräsidenten der DDR, Otto Grotewohl, in der VAR nicht mehr den gegenwärtigen Bedingungen entsprechen. Man müsse davon ausgehen, daß nach dem Besuch des Vorsitzenden des Staatsrates der DDR die ganze Welt mit weiteren Schritten in den Beziehungen zwischen beiden Staaten rechne. Dr. Bolz unterstrich, daß, um eine Frage richtig einzuschätzen, man sich in die Lage der VAR versetzen müsse. Deshalb wisse er sehr gut, daß die VAR Befürchtungen habe, daß gegenwärtig ein Schritt zuviel in den Beziehungen zur DDR Westdeutschland in die Arme Israels treiben würde. Er möchte deshalb offen und klar zum Ausdruck bringen, daß auch die DDR nicht daran interessiert ist, daß die Beziehungen Westdeutschland – Israel noch stärker werden und Westdeutschland völlig auf die israelischen Positionen übergeht. Das Problem bestehe deshalb darin, welche Möglichkeiten es gibt, um eine möglichst effektvolle Demonstration der Verbesserung der Beziehungen zwischen beiden Staaten zu erreichen. Wenn er diese Frage als Außenminister der DDR beantworten müsse, dann würde er erklären, daß die Normalisierung der Beziehungen zwischen der DDR und der VAR die geeignetste Methode sei, um die engen freundschaftlichen Beziehungen zwischen beiden Staaten zu demonstrieren. Das wäre auch gleichzeitig eine Unterstützung jener Kräfte in Westdeutschland, die entgegen der Auffassung der Bonner Regierung gegen eine Unterstützung des imperialistischen Brückenkopfes Israel im Nahen Osten sind. Andererseits, wenn nicht eine volle Normalisierung der Beziehungen erreicht würde, könne das von den reaktionären Kräften als eine Bestätigung ihrer in der Presse wiederholt dargelegten Auffassung angesehen werden, daß die VAR und die anderen arabischen Staaten nicht in der Lage seien, die westdeutsche

[116] Zu den Ergebnissen der damaligen Verhandlungen vgl. das Gespräch am 6. 1. 1959 in Kairo, in: PA/AA Berlin, Bestand MfAA, Signatur A 12574: „In der 2. Verhandlung zwischen Ministerpräsident Grotewohl und Präsident Nasser, die angesetzt worden war, um die Antwort der Regierung der Vereinigten Arabischen Republik zum Vorschlag der Deutschen Demokratischen Republik über den Austausch von Generalkonsulaten entgegenzunehmen, kam es zur Klärung folgender Fragen: 1) Nasser teilte das Einverständnis seiner Regierung mit, daß die Deutsche Demokratische Republik in Kairo ein Generalkonsulat und in Damaskus ein Konsulat errichtet. Nasser erklärte sich einverstanden, daß Ministerpräsident Grotewohl in seiner Erklärung für die Presse dieses Übereinkommen erwähnt. [. . .] 4) Präsident Nasser nimmt die Einladung zum Besuch der Deutschen Demokratischen Republik an und wird diese Einladung voraussichtlich im Sommer 1959 wahrnehmen, im Zusammenhang mit einer Besuchsreise in die Tschechoslowakische Republik. [. . .] 6) Ministerpräsident Grotewohl gibt zum Abschluß seines Aufenthalts in der Vereinigten Arabischen Republik eine Erklärung an die Presse. Die Regierung der Vereinigten Arabischen Republik wird ihrerseits durch einen Sprecher zum Besuch des Ministerpräsidenten Grotewohl Stellung nehmen. Für beide Erklärungen wurden folgende Hauptpunkte bestätigt: a) Die Unterredungen zwischen Ministerpräsident Grotewohl und Präsident Nasser waren eine wertvolle Gelegenheit zur Herstellung persönlichen Kontaktes, zur Erörterung wichtiger Probleme der internationalen Lage und der Entwicklung der gegenseitigen Beziehungen, sie führten zu einem besseren gegenseitigen Verständnis, verliefen in einer herzlichen Atmosphäre. b) Bei den Gesprächen herrschte Einmütigkeit darüber, daß es notwendig ist, mit allen Kräften zur Festigung des Friedens, der Verminderung der internationalen Spannungen, der internationalen Zusammenarbeit auf der Basis der friedlichen Koexistenz beizutragen. c) Beide Länder betrachten die Weiterentwicklung und Vertiefung der zwischen ihnen bestehenden freundschaftlichen Beziehungen, die weitere Festigung ihrer Zusammenarbeit auf allen Gebieten als einen Beitrag in ihrem Streben zur Sicherung des Friedens. [. . .]"

Jahrgang 46 (1998), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1998_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte



Nahostpolitik zu durchkreuzen. Die Liquidierung der Hallstein-Doktrin sei eine ernste Frage, weil die Zerschlagung dieser Doktrin die imperialistischen Kräfte in Westdeutschland nicht nur zwingen wird, ihre Israel-Politik, sondern ihre Politik überhaupt zu überprüfen. Ein Blick in westdeutsche Zeitungen lasse die ganze Ausweglosigkeit und den Zusammenbruch der außenpolitischen Linie Westdeutschlands im Nahen Osten und den westdeutschen Bestrebungen, Waffen in Spannungsgebiete zu liefern, deutlich werden.

*Dr. Fawzi* dankte für die Darlegungen von Dr. Bolz und erklärte, daß die VAR in den Beziehungen mit der DDR faktisch schon neun Zehntel des Weges zu normalen diplomatischen Beziehungen zurückgelegt habe. Die VAR sei bereit, ein Generalkonsulat in Berlin zu errichten und während des Besuches des Vorsitzenden des Staatsrates bzw. in der nächsten Zeit vier bis fünf wichtige Abkommen mit der DDR zu unterzeichnen (gemeint waren offensichtlich folgende Abkommen: über wirtschaftliche und technische Zusammenarbeit, über wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit, Kulturabkommen, noch 1965 ein langfristiges Handels und ein langfristiges Zahlungsabkommen für den Zeitraum 1966–1970 und ein Luftverkehrsabkommen). Diese Fakten zeigen besser als jede äußere Form den tatsächlichen Charakter der Beziehungen zwischen beiden Staaten. Bis zur Herstellung voller diplomatischer Beziehungen sei nur noch ein kleiner Raum geblieben, der Westdeutschland über den wahren Charakter der Beziehungen mit der DDR im Zweifel lasse. Er hob hervor, daß die Zukunft in den Beziehungen zwischen beiden Staaten nicht heute und morgen ende. Er könne erneut versichern, daß der Tag kommen werde, wo die VAR auch den letzten Schritt tun wird. Seiner Meinung nach sei das, was die Staatsoberhäupter der DDR und der VAR am Montag, den 1. März 1965 in Kairo zu tun beabsichtigen, sehr bedeutend und würde nicht nur in der Öffentlichkeit beider Länder, sondern in der ganzen Welt entsprechende Beachtung finden.

*Dr. Bolz* bedankte sich für die Erklärung und betonte, daß es in der Sache keine unterschiedlichen Auffassungen gebe. Auf seiten der DDR sei nicht die Auffassung vorherrschend, unter allen Umständen während des Besuches des Vorsitzenden des Staatsrates diplomatische Beziehungen mit der VAR zu erreichen. Er erklärte, daß die DDR mit großen und angesehenen Staaten in der Welt diplomatische Beziehungen unterhalte. Er betonte, daß nach Auffassung der DDR sich gute Beziehungen nicht nur in der Form ausdrücken. Die Beziehungen zwischen der DDR und der VAR seien gut und freundschaftlich. Dagegen könne man gegenwärtig von den Beziehungen VAR – Westdeutschland nicht das gleiche sagen, obwohl beide Staaten Botschaften ausgetauscht hätten. Die Hauptfrage in den Beziehungen zwischen der DDR und der VAR sei, wie beide Länder den imperialistischen Einfluß bei der Regelung ihrer inneren Fragen ausschalten könnten. Die DDR habe deshalb volles Verständnis dafür, wenn die VAR erkläre, daß bis zur Herstellung normaler diplomatischer Beziehungen zwischen beiden Staaten noch ein Zehntel des Weges zurückzulegen sei.

Beide Gesprächspartner vereinbarten deshalb am Schluß der Unterredung, die Staatsoberhäupter über den jeweiligen Standpunkt der Verhandlungspartner zu informieren und ihnen die letzte Entscheidung über die noch offenen Fragen und Probleme zu überlassen. Von beiden Seiten wurde versichert, daß beide Präsidenten sehr realistisch an die Erörterung solcher Probleme herangehen und eine nützliche Übereinkunft in der nächsten Unterredung der beiden Staatsoberhäupter am 28. 2. 1965 zu erwarten sei.

Jahrgang 46 (1998), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1998_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte



Es wurde weiter festgelegt, daß die beiden Unterkommissionen um 22 Uhr zur ersten Arbeitssitzung im Außenministerium der VAR zusammentreffen.

Das Gespräch trug einen offenen, kameradschaftlichen und freundschaftlichen Charakter. Es muß besonders hervorgehoben werden, daß in allen Fragen beide Seiten um eine unbedingte Verständigung bemüht waren.

(PA/AA Berlin, Bestand MfAA, Signatur C 615/73)

*Dokument 3*

2. Gespräch des Staatsratsvorsitzenden Ulbricht mit Präsident Nasser am 28. Februar 1965 von 18.00 Uhr bis 19.40 Uhr

Stenographische Aufzeichnung[117]

Vertrauliche Dienstsache

*Walter Ulbricht:* Ich möchte Ihnen für die Möglichkeit, so gute und wichtige Industrieanlagen und die große kulturelle Vergangenheit des ägyptischen Volkes kennenzulernen, danken. Wir haben uns bemüht, in diesen Tagen möglichst konkret nicht nur die Vergangenheit, sondern auch den gegenwärtigen Stand der wirtschaftlichen Entwicklung kennenzulernen. Inzwischen haben unsere beiden Außenminister gearbeitet. Wir schätzen ein, daß sie eine gute Arbeit geleistet haben. Wir sind mit dem Entwurf der Erklärung, die zwischen den Außenministern besprochen wurde, einverstanden. Es gibt nur einige kleine Fragen, die wir später besprechen können.

In der Gemeinsamen Erklärung wird davon gesprochen, daß noch in diesem Jahr ein langfristiges Handelsabkommen und ein langfristiges Zahlungsabkommen für die Zeit von 1965 bis 1970 abgeschlossen wird. Die VAR-Seite hat vorgeschlagen, daß dieses Handelsabkommen möglichst noch in diesem Sommer abgeschlossen wird.

Wir sind mit diesem Vorschlag einverstanden.

Wir sind bereit, das ursprünglich vorgesehene Kreditabkommen über 17 Mio. £ Sterling um 8 Mio., also auf 25 Mio. £ Sterling zu erhöhen. Im Abkommen ist vorgesehen, daß die einzelnen Verträge für die Objekte bis 30. Juni 1967 abzuschließen sind. Im Zusammenhang mit der Erhöhung des Kredites wird nun vorgeschlagen, diesen Termin auf den 30. Juni 1968 zu verlegen.

[117] Die stenographische Aufzeichnung wurde von Elfriede Gutzschebauch gefertigt. Von DDR-Seite nahmen teil: Walter Ulbricht, Lothar Bolz, Gerhard Weiss (Stellvertreter des Ministers für Außenhandel und Innerdeutschen Handel), Klaus Siebold (Stellvertreter des Vorsitzenden des Volkswirtschaftsrates), Alfred B. Neumann (Vorsitzender des Staatlichen Komitees für Körperkultur und Sport), Prof. Erich Rübensam (Vizepräsident der Deutschen Akademie der Landwirtschaftswissenschaften zu Berlin), Botschafter Ernst Scholz, Gerhard Kegel (Gesandter), Martin Bierbach, Hans-Jürgen Weitz (Generalkonsul der DDR in der VAR), Paul Markowski, Roland Nützel, Elfriede Gutzschebauch, Erika Greiner (Protokollantin). Von VAR-Seite nahmen teil: Gamal Abdel Nasser, Ali Sabri, Nur-Eddin Tarraf, Mahmoud Fawzi, Abdel Moneim El-Kaissouny (Stellvertreter des Ministerpräsidenten für Wirtschaft und Finanzen), Sultikav Saher (Außenpolitischer Berater des Präsidenten).

Jahrgang 46 (1998), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1998_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte



Bei den bisherigen Verhandlungen waren Objekte vorgeschlagen worden, die etwa 26 bis 27 Mio. £ Sterling ausmachen. Durch die Erhöhung des Kreditvolumens wird diese Summe also vollständig erreicht, d. h. die vorgeschlagenen Objekte werden damit finanziert. Außerdem laufen noch kommerzielle Kredite in Höhe von 11 Mio. £ Sterling. Diese 11 Mio. kommerziellen Kredite können dann frei für andere Lieferungen verwendet werden.

Wir begrüßen die Übereinstimmung in bezug auf die Schaffung der gemeinsamen Wirtschaftskommission unter Leitung eines Stellvertreters des Ministerpräsidenten unserer Länder und des gemeinsamen wissenschaftlichen Rates. Wir haben die Bitte, daß in der Gemeinsamen Erklärung auch die Bildung dieses gemeinsamen Wirtschaftsausschusses und des gemeinsamen wissenschaftlichen Rates genannt wird.

Die Spezialisten haben auch die Beratungen durchgeführt über das Kulturabkommen. Wir sind mit dem Entwurf, der vorbereitet wurde, einverstanden.

Im Entwurf der Gemeinsamen Erklärung wird jetzt gesagt, daß beide Seiten die Absicht zum Ausdruck gebracht haben, in naher Zukunft ein langfristiges Zahlungsabkommen abzuschließen. Wir bitten Sie zu prüfen, ob es nicht zweckmäßig ist, präziser wie folgt zu formulieren: Beide Seiten kamen überein, im Jahre 1965 ein langfristiges Zahlungsabkommen für den Zeitraum von 1966 bis 1970 abzuschließen. Das entspricht der Vereinbarung.

Was die Frage der Gemeinsamen Erklärung anbetrifft, Herr Präsident, so haben wir die Bitte, daß die Gemeinsame Erklärung auch gemeinsam unterzeichnet wird. Aus welchem Grunde wäre das wichtig? Bei uns ist es üblich, daß gemeinsame Erklärungen unterzeichnet werden. Bei dieser Gemeinsamen Erklärung wäre das besonders wichtig, um zum Ausdruck zu bringen, daß im Inhalt unserer Beziehungen eine Weiterentwicklung vorhanden ist. Da auf Wunsch der ägyptischen Seite gegenwärtig von der Herstellung diplomatischer Beziehungen abgesehen wird, scheint es uns notwendig zu sein, daß diese Gemeinsame Erklärung unterzeichnet wird.

Was die Frage des Generalkonsulates der VAR betrifft: Zwischen den Außenministern wurde besprochen, daß die VAR jetzt ein Generalkonsulat in der Hauptstadt der DDR, in Berlin, errichtet. Wir halten es für zweckmäßig, daß darüber ein Briefwechsel erfolgt, wie das üblich ist. Was heißt, der Außenminister der VAR teilt dem Außenminister der DDR schriftlich mit, daß die VAR ein Generalkonsulat in der Hauptstadt der DDR errichtet[118]. Es wäre zweckmäßig, daß dabei ein Hinweis auf die Wiener Konvention von 1963[119]

[118] Mit Datum vom 1. 3. 1965 teilte Fawzi Bolz mit: „Im Ergebnis der während des Freundschaftsbesuchs des Vorsitzenden des Staatsrates der Deutschen Demokratischen Republik, Herrn Walter Ulbricht, in der Vereinigten Arabischen Republik geführten Beratungen wurde Einverständnis darüber erzielt, daß die Vereinigte Arabische Republik entsprechend den getroffenen Vereinbarungen im ersten Halbjahr 1965 ein Generalkonsulat in der Deutschen Demokratischen Republik einrichten wird, und daß die Partnerstaaten den Generalkonsulaten und deren Mitarbeitern gegenseitig alle Erleichterungen, Privilegien und Immunitäten gewähren werden, wie sie in der Wiener Konvention vom 24. April 1963 festgelegt werden, die in der Nationalversammlung der Vereinigten Arabischen Republik zur Ratifikation unterbreitet werden wird. Ich bitte Sie, Exzellenz, den Inhalt des vorliegenden Briefes zu bestätigen." Bolz antwortete am selben Tage: „Ich habe die Ehre, den Empfang Ihres Briefes vom 1. März 1965 zu bestätigen, der folgenden Inhalt hat: [...] Ich darf Eurer Exzellenz bestätigen, daß der Inhalt Ihres Briefes mit der zwischen uns erzielten Übereinkunft übereinstimmt." In: PA/AA Berlin, Bestand MfAA, Signatur C 177/77.

[119] Für den Wortlaut der Wiener Konsularkonvention vom 24. 4. 1963 vgl. United Nations Treaty Series, Band 596, S. 262–323.

Jahrgang 46 (1998), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1998_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte



erfolgt. Dort wird gesagt, was die Aufgaben eines Generalkonsulates sind, d. h., dort sind die internationalen Rechte eines Generalkonsulates festgelegt. Das ist die Konvention, die auch von der VAR miterarbeitet worden ist.

Herr Präsident, dann darf ich die Bitte aussprechen, Sie zum Besuch der Deutschen Demokratischen Republik einzuladen. Ich möchte die Bitte noch dahingehend erweitern, daß Sie Ihre wichtigen Spezialisten mitbringen, damit sie sich in unserem Lande mit den Problemen vertraut machen können, an denen die VAR besonders interessiert ist. Das wird für beide Seiten sehr gut sein.

Das ist alles.

Präsident *Nasser:* Ich danke Ihnen für Ihre Ausführung. Was die erste Frage des Handelsabkommens, der kommerziellen Übereinkunft betrifft: Wir danken Ihnen für die Erhöhung des Kredites um 8 Mio. £ Sterling. Mein Stellvertretender Ministerpräsident schlägt vor, den Abschluß der Verträge nicht von 1967 auf 1968 zu verlegen.

*Walter Ulbricht:* Wir sind ebenfalls am baldigen Abschluß interessiert und erklären uns mit 1967 einverstanden.

Präsident *Nasser:* Es ist alles klar, was die kommerziellen Kredite betrifft.

Die Schaffung des gemeinsamen Wirtschaftsausschusses und des wissenschaftlichen Rates kann in die Erklärung aufgenommen werden, auch das Kulturabkommen.

Mit der Unterzeichnung der Erklärung bin ich einverstanden.

Zum Generalkonsulat: Wir sind mit der Errichtung des Generalkonsulates in Berlin einverstanden[120] und haben das beschlossen. Wir haben auch keine Einwände gegen einen Briefaustausch, obwohl wir uns über die Errichtung des Generalkonsulates schon 1959 geeinigt hatten.

Was den Besuch in Deutschland betrifft, so danken wir Ihnen sehr für die Einladung und sind auch damit einverstanden.

*Walter Ulbricht:* Ihr Besuch wird für die ganze Bevölkerung eine große Freude sein.

Wenn die sachlichen Probleme beendet sind, bin ich bereit, auf einige Fragen zu sprechen zu kommen, die in der letzten Besprechung von dem Herrn Präsidenten angeschnitten worden sind.

---

[120] Am 25. 6. 1965 teilte der amtierende Minister für Auswärtige Angelegenheiten, Otto Winzer, Ulbricht mit: „Am 22. Juni 1965 übergab der neuernannte Generalkonsul der VAR in der DDR sein vom Präsidenten der VAR, Gamal Abdel Nasser, ausgefertigtes Konsularpatent. [. . .] Normalerweise wird das zur Ausübung einer konsularischen Tätigkeit erforderliche Exequatur durch den Minister für Auswärtige Angelegenheiten erteilt. Da das vorliegende Konsularpatent durch den Präsidenten der VAR ausgefertigt wurde sowie zur Erhöhung der politischen und völkerrechtlichen Wirkung empfehle ich Ihnen, das Exequatur für Generalkonsul Fatatry selbst zu erteilen. Dies würde auch unserem Bestreben entgegenkommen, das Generalkonsulat der VAR als einzige Vertretung dieses Staates in der DDR gegenüber den anderen in unserer Republik vorhandenen konsularischen Vertretungen herauszuheben." Das zur Unterzeichnung durch den Staatsratsvorsitzenden beigelegte, von Winzer gegengezeichnete und auf den 25. 6. 1965 datierte Exequatur-Dokument lautete: „Auf der Grundlage des vom Präsidenten der Vereinigten Arabischen Republik mit Datum vom 10. Juni 1965 ausgestellten Konsularpatents wird hiermit Herrn Saad Bad Awi El Fatatry das Exequatur erteilt. Sein Amtsbezirk umfaßt das gesamte Territorium der Deutschen Demokratischen Republik. [gez.] W. Ulbricht", in: PA/AA Berlin, Bestand MfAA, Signatur L 1187.

Jahrgang 46 (1998), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1998_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte



Sie hatten einige Probleme der Landwirtschaft angeschnitten. Wir haben in der Deutschen Demokratischen Republik keine Verstaatlichung durchgeführt, ich vermute, daß wir das in den nächsten 5 bis 10 Jahren auch nicht tun werden. Warum nicht? Wir sind daran interessiert, daß die Bauern selbst den Weg zur genossenschaftlichen Entwicklung gehen. Bei uns ist der Boden Eigentum der Bauern. Sie bringen den Boden mit ein in die Genossenschaft. Wir haben die Erfahrung gemacht, daß die Entwicklung der genossenschaftlichen Zusammenarbeit der beste Weg für unser Land ist, für die schrittweise Vorwärtsentwicklung zum Sozialismus. Wir haben ganz andere Bedingungen als Sie hier in der VAR. Bei uns gab es einen echten Klassenkampf im Dorf. Es gab Großbauern bis zu 99 ha, die nach der Bodenreform noch im Besitz ihrer Wirtschaften waren. Wir sind nicht administrativ gegen die Bauern vorgegangen, sondern haben ökonomisch eine neue Kraft geschaffen. Wir haben Maschinenausleihstationen und die Zusammenarbeit der Bauern organisiert.

Bei Ihnen ist die Lage eine andere. Sie haben Ein- und Verkaufsgenossenschaften der Bauern, und auf diesem Wege kann man gut vorwärtskommen. Das ist, soweit wir das hier sehen konnten, der natürliche Weg in Ihrem Lande. Die Technik wird auch von Ihren Genossenschaften ausgeliehen. Das ist sozusagen nicht die Schwierigkeit. Sie haben dasselbe Problem, das wir auch hatten. Beim Übergang zur genossenschaftlichen Zusammenarbeit stand die Aufgabe, daß die Bauern die moderne Agro-Biologie beherrschen müssen. Die alte kapitalistische Wirtschaftslehre paßt nicht mehr. Sie paßt nicht auf die genossenschaftliche Zusammenarbeit der Bauern. Bis 1955 wurde bei uns noch die kapitalistische Betriebswirtschaftslehre gelehrt. Wir haben jetzt eine neue Lehre für die Leitung landwirtschaftlicher Produktionsgenossenschaften ausgearbeitet. Das ist eine sehr interessante Frage. Wir haben das mit den Bauern zusammen erarbeitet. Die besten Vorsitzenden der Genossenschaften waren daran beteiligt. Worin besteht das Geheimnis unserer Fortschritte? Das ist die Zusammenarbeit von Wissenschaft und Initiative der Bauern. Wir haben alles von den Bauern billigen lassen. Wir haben jedes Jahr einen Bauernkongreß, wo die Bauern ihre Delegierten hinschicken, und dort werden alle Fragen behandelt und beschlossen. Auch die Minister müssen dort berichten. Dem Minister für Landmaschinenbau ist das letztens nicht sehr gut bekommen, denn unsere Bauern stellen ganz konkrete Fragen. Die Beschlüsse werden der Regierung vorgelegt, und diese bestätigt sie bzw. sie korrigiert das, was nicht geht.

Wir sind einen etwas anderen Weg gegangen als andere sozialistische Staaten. Das hat verschiedene Gründe. Die Gründe liegen in unserer besonderen Lage, aber auch in der besonderen Lage des Kampfes gegenüber Westdeutschland. Wir müssen beweisen, daß unser Entwicklungsweg der Landwirtschaft besser ist als in Westdeutschland. Diesen Beweis haben wir erbracht, sozusagen 1 : 0 für unsere Entwicklung.

Sie haben die Frage der theoretischen Begründung des Sozialismus gestellt. Vor derselben Frage haben wir auch gestanden. Ich kann mich also genau in Ihre Lage versetzen. Welchen Weg sind wir gegangen? Zunächst haben wir große Propaganda für den Sozialismus gemacht. Aber es hat sich erwiesen, daß wir damit nicht so gut vorwärtskommen. Mit der Propaganda ist das einfach, aber man muß die materiellen Bedingungen schaffen. Deshalb sind wir folgenden Weg gegangen: Wir haben den Fünfjahrplan zum Programm gemacht, d. h. unser Programm ist der Fünfjahrplan. Dort ist alles drin, die ganze Entwicklung. Es steht dort, um wieviel Prozent die Arbeitsproduktivität gesteigert werden muß, und es wird festgelegt, welche kulturellen und sozialen Verbes-

Jahrgang 46 (1998), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1998_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte



serungen eingeführt werden, wenn das Ziel erreicht wird. Der Plan muß absolut bilanzieren.

Was den ideologischen Inhalt betrifft, er erfolgt mit der Begründung des Planes. Ich war Generalsekretär der Partei und habe den Plan begründet. Welchen Vorteil hat diese Methode? Die Bevölkerung weiß genau, welche Leistungen notwendig sind, um bestimmte Erleichterungen zu erreichen. Ich hatte eine Diskussion mit dem Direktor des Stickstoffwerkes von Assuan. Ich fragte ihn: „Was tun Ihre Gewerkschaften?" Er sagte: „Sie vertreten die sozialen Interessen der Werktätigen. Zum Jahresende wird der Gewinn festgelegt." So ähnlich haben wir auch angefangen. Aber das genügt nicht. Wir müssen den Arbeitern sagen: In diesem Jahr ist es notwendig, die Arbeitsproduktivität um soundsoviel Prozent zu erhöhen und die Qualität zu verbessern. Das wird am Jahresbeginn festgelegt. Die Gewerkschaft erfährt das und unterschreibt, um wieviel Prozent die Produktion gesteigert und welche Materialien eingespart werden sollen und welche sozialen Verbesserungen erfolgen, wenn diese Ziele erreicht werden, im Kollektivvertrag. Was passiert, wenn wir nicht so vorgehen? Sonst stellen die Gewerkschaften nur Forderungen an die Regierung.

Wir haben eine breite Arbeit unter den Werktätigen durchgeführt. Das war am Anfang schwer, aber jetzt ist es klar. Ich bitte Sie zu berücksichtigen, daß wir in einer schweren Lage waren. Wir hatten eine offene Grenze. Durch die offene Grenze wurden uns 30 Milliarden Mark gestohlen. Die Frage stand, wie soll es weitergehen? Da haben wir offen den Arbeitern gesagt: mehr arbeiten ohne Lohnerhöhung. Seid Ihr damit einverstanden? Sollen wir mit den westdeutschen Kapitalisten fertig werden, oder wie soll es weitergehen? Die Arbeiter haben zugestimmt. Sie haben zwei Jahre die Arbeitsproduktivität gesteigert ohne Lohnerhöhung. Jeder hat verstanden: es ging um die materiellen Bedingungen für die Sicherung des Friedens.

Das Problem besteht darin, daß in Verbindung mit der Ausarbeitung des Planes bis 1970 die Grundprobleme geklärt werden. Wir haben uns immer vorgenommen, vorauszusehen, was der nächste Schritt ist, nicht mehr, nur den Schritt gehen, von dem wir die Bevölkerung überzeugen können.

Bei uns gab es auch Leute, Akademiker, die verkündet haben, die Zukunft liegt in den landwirtschaftlichen Großbetrieben. Wir wissen auch, daß man den landwirtschaftlichen Großbetrieb organisieren muß, daß man dazu aber fünf Jahre Vorbereitung braucht, das haben sie vergessen. Ich muß doch genau im Plan festlegen, wieviel Maschinen kann ich produzieren oder einkaufen.

Wir haben früher auch manchmal die materielle Interessiertheit der Werktätigen unterschätzt. Jetzt haben wir ganz exakt ausgearbeitet, für die und die Qualität der Leistungen, für die und die Erfindungen wird soundsoviel bezahlt. Für wichtige Forschungsergebnisse zahlen wir große Summen. Und dem, der nichts tut, wird das vom Gehalt abgezogen. Es kann sogar Ministern passieren, daß man ihnen für schlechte Arbeit etwas vom Gehalt abzieht. Also, wir haben verstanden, daß die Frage der materiellen Interessiertheit eine große Rolle spielt. Wer gute Arbeit leistet, wird gut bezahlt, wer schlecht arbeitet, bekommt weniger. Wir haben einen Minimallohn festgelegt. Wir haben auch nicht die alte Tradition weitergeführt mit den Tarifen, jedes Jahr das Gehalt um ein paar Prozent zu erhöhen, sondern wir haben gesagt: die Arbeiter der Stahlindustrie und der chemischen Industrie bekommen höhere Löhne, und individuell wird nach Leistung bezahlt. Das wird im Betrieb vereinbart. Von Berlin aus gibt man nur allgemeine Richtlinien.

Jahrgang 46 (1998), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1998_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte



Ich möchte sagen, die Kunst des Aufbauens der sozialistischen Gesellschaft besteht darin, schrittweise vorzugehen, schrittweise die Planung und Leitung der Wirtschaft zu verbessern.

Gegenwärtig beschäftige ich mich hauptsächlich mit der Leitung der Partei und des Staatsapparates. Mich interessiert nur, ob die leitenden Organe das wissenschaftliche Weltniveau kennen, und ob sie darum kämpfen, es zu erreichen. Bei Prof. Rübensam machen wir es genau so. Uns interessiert nicht die Propaganda der Agrarwissenschaftler. Ich will genau wissen, um wieviel die Erträge pro Hektar erhöht wurden, welche neuen Weizensorten wurden gezüchtet, die höhere Erträge bringen, und wieviel Liter Milch die Kuh gibt. Innerhalb von zwei Jahren darf es keine Kuh mehr geben, die weniger als 3000 kg Milch pro Jahr gibt. Das ist ein Ziel, das schwer zu erreichen ist, denn die Futtermittel reichen nicht immer aus, aber es muß gelingen. So konkret bauen wir unsere sozialistische Wirtschaft auf.

Erst im Jahre 1963 haben wir unser Programm des Sozialismus beschlossen, d. h. erst nachdem alle grundlegenden Erfahrungen vorlagen. Haben wir vorher einige Fehler gemacht? Jawohl! Wir haben schon vom Kampf um den Sieg des Sozialismus gesprochen, als das noch zu früh war. Jetzt sprechen wir vom umfassenden Aufbau des Sozialismus, weil wir wissen, wie groß die Aufgabe ist, die wir noch zu lösen haben. Also wir gehören zu den wenigen, die nicht gesagt haben, daß bei uns der Sozialismus gesiegt hat. Im Gegenteil, so einfach ist das mit dem Sieg gar nicht. Man darf nicht in der Propaganda vorauseilen, denn die Arbeiter sagen dann, wenn der Sozialismus gesiegt hat, muß der Lohn viel höher sein, und es muß die und die Waren geben. Aber diese Waren sind noch nicht da, denn die Fabriken, die gebaut werden, werden erst in fünf Jahren ihre Produktion aufnehmen.

Auf ideologischem Gebiet ist es genauso. Wir haben die Schulreform durchgeführt. Dann haben wir noch eine zweite Reform in der Schule durchgeführt. Und Mitte vorigen Jahres haben wir der ganzen Bevölkerung ein Schulgesetz vorgelegt. Erst jetzt waren wir wissenschaftlich so weit, daß wir einen Perspektivplan für das ganze Schulsystem ausarbeiten konnten. Wir haben Wissenschaftler, Pädagogen usw. organisiert, und dann wurden Vorschläge gemacht. Vor drei Tagen wurde in der Volkskammer ein Gesetz über das einheitliche Bildungssystem beschlossen. Dazu gehörten jahrelange Vorbereitungen. Jetzt haben wir den Termin für das Gesetz und den Maßnahmeplan bis 1980 festgelegt. Die Lehrbücher müssen auf wissenschaftlichem Höchststand neu geschrieben werden, und zwar vom Kindergarten bis zur Universität. Das ist eine ganze Umwälzung. Alle haben daran mitgearbeitet. Das ist eine große Entwicklung, aber man muß schrittweise vorangehen. Wir haben keine Sprünge gemacht. Sobald man anfängt, Sprünge zu machen, wird es gefährlich. Man kann nicht vom ideologischen Standpunkt ausgehen. Das Entscheidende ist die genaue wissenschaftliche Berechnung.

Ich will in diesem Zusammenhang eine Geschichte erzählen. Wir sind ein Land mit großen Chemiefabriken. Wir haben einen Plan für die Entwicklung der chemischen Industrie beschlossen im Jahre 1958. Was hat sich gezeigt? Unsere Fachleute hatten eine ganze Reihe Berechnungen nicht exakt durchgeführt. Die Kosten des Planes erwiesen sich als doppelt so hoch wie die Ziffern. Man hat den Plan zweimal geändert, und erst Ende des vorigen Jahres haben wir einen realen Perspektivplan für die Chemie ausgearbeitet. Die Planer, die Direktoren der Betriebe, die Werkleitungen und die Arbeiter, alle müssen lernen. Warum sage ich das jetzt? Ich gehe immer davon aus, daß das Entscheidende die Einheit zwischen Wissenschaft und Produktion ist. Das haben wir gut

Jahrgang 46 (1998), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1998_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte



organisiert, und dadurch haben wir die Fortschritte erzielt. Die ganze Wissenschaft arbeitet für die Vorbereitung der Produktion. Der Plan der Industrie, Landwirtschaft usw. muß übereinstimmen mit dem Plan der Akademien, aber das ist ein langer Weg, denn die Wissenschaftler haben ihre eigenen Köpfe, und manchmal paßt das, was sie persönlich wollen, nicht zu dem, was für die ganze wissenschaftlich-technische Entwicklung der Wirtschaft notwendig ist.

Wenn ich Ihre Frage beantworten soll über Ihr Buch vom Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus. Am besten wird die Theorie formuliert im Fünfjahrplan. Bei der wissenschaftlichen Begründung des Planes wird die Entwicklung dargelegt, welchen Weg, welche Schritte sie schon gegangen sind. Dann ist das real, und die ideologischen Probleme sind mit der Praxis verbunden. Ich sage nur meine Erfahrungen. Wir haben ja auch einige Fehler hinter uns, und wir sind etwas vorsichtig geworden in bezug auf Formulierungen. Das ist diese Frage.

Vielleicht noch eine andere Frage: Die Ausbildung der Fachleute, also die Berufsausbildung und die Ausbildung der Wissenschaftler. Nach 1945 haben wir sofort begonnen mit der Berufsausbildung der Werktätigen. Überall in der Stadt waren noch Trümmer, aber wir haben mit der Jugend gearbeitet. Später hat das großen Nutzen gebracht.

Was die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Fachausbildung und Vorbereitung von Wissenschaftlern zwischen unseren beiden Staaten betrifft, so möchte ich Ihnen folgenden Vorschlag unterbreiten: Wir halten es für nützlicher für die VAR, wenn die Ausbildung in der VAR vorgenommen wird und wir Fachleute in die VAR schicken. Das ist für Sie nützlicher, und uns ist es gleichgültig. Vom nationalen Standpunkt Ihrer Politik wäre es zweckmäßiger, wenn die Ausbildung der Diplomingenieure und Wissenschaftler hier erfolgt. Selbstverständlich brauchen Sie Spezialwissenschaftler, aber die Grundausbildung muß in der VAR erfolgen. Wenn diese Ausbildung erfolgt ist, bitte schicken Sie die Aspiranten zu uns. Das wird Ihnen größeren Nutzen bringen, wir werden sie an eine Spezialhochschule oder Universität delegieren bzw. in einem Betrieb als Praktikanten einsetzen. Selbstverständlich brauchen Sie auch Wissenschaftler, die die Probleme der Ökonomie beherrschen.

Als hochindustrialisiertes Land haben wir ein kompliziertes System der Leitung der Industrie, das paßt nicht in die VAR. Aber wir kennen die Gesetze des Überganges vom Kapitalismus zum Sozialismus und wissen, welche Probleme für Sie von Interesse sind. Und wir müssen daran unseren Lehrern klarmachen, wie sie die Grundprobleme lehren, ohne Ihnen das komplizierte System zu vermitteln. Zum Beispiel die Genossenschaften. Wir haben selbst erfahren, wie man mit solchen einfachen Genossenschaften arbeiten muß, wie Sie sie haben. Wir wissen auch, was die nächsten Schritte sind. Das können Ihnen unsere Genossenschaftsvorsitzenden genau erzählen, meinetwegen Ihrem Landwirtschaftsminister. Er hat gefragt, ob er zur Landwirtschaftsausstellung nach Leipzig kommen kann mit einer Delegation. Diese Ausstellung ist eine Hochschule. Da wird das höchste Niveau der sozialistischen Produktion gezeigt. Das ist gut, damit man weiß, wohin die Fahrt geht. Aber Ihre Vertreter sollen mit den Genossenschaftsbauern selbst sprechen, die das erlebt haben. Ich war kürzlich in einer Genossenschaft. Da haben die Bauern ihre eigene Geschichte erzählt, wie sie der Genossenschaft die Futtermittel gestohlen haben. Aber was haben wir jetzt für eine Gesellschaft! Alle Fehler und Dummheiten, die sie gemacht haben, sind ihnen bewußt. Sie sprechen offen darüber, und es ist lustig, wie primitiv sie das gemacht haben und wie sie jetzt darüber denken. Ich sage das deshalb: Wenn Sie solche Delegation schicken, müssen wir sie mit Bauern in Verbindung bringen,

Jahrgang 46 (1998), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1998_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte



die diese Entwicklung selbst mitgemacht haben. Es kommt nicht darauf an, daß Ihre Delegation lange Diskussionen im Landwirtschaftsministerium führt, besser ist, direkt mit den Bauern zu sprechen. Einige von ihnen sind Mitglieder der Akademie, sie sitzen neben Prof. Rübensam und haben sich große Autorität erworben. Das ist eine gewaltige Entwicklung.

Ich wollte Ihnen Ihre Fragen beantworten und zeigen, wie wir diese Probleme meistern.

Mit der Planung ist es eine sehr komplizierte Sache. Warum? Weil die Planer nach einiger Zeit dazu neigen, den Bürokratismus zu entwickeln. Vielleicht bringen Sie es fertig, diesen Weg etwas abzukürzen und nicht den langen bürokratischen Weg zu gehen. Wir haben jetzt ein neues System der Planung ausgearbeitet. Dort sind bestimmte Methoden enthalten, die gegen den Bürokratismus gerichtet sind, und einige von diesen Methoden können Ihnen heute schon nützlich sein.

Eigentlich ist das alles, was ich Ihnen auf die Frage nach dem Weg zum Sozialismus antworten kann.

Zum Schluß möchte ich Ihnen sagen: In der Vereinigten Arabischen Republik wurden schon solche Fortschritte erzielt, daß Sie sehr wohl in der Lage sind, den Weg selbst auszuarbeiten, der Ihren spezifischen nationalen Bedingungen entspricht. Ich will Ihnen sagen, es gibt kein sozialistisches Land, von dem Sie einfach kopieren können. Sie sind gezwungen, den Weg selbst auszuarbeiten, den Sie gehen müssen. Ich kenne das sowjetische System der Planung, aber wir haben vieles anders gemacht. Unsere Leitung der Industrie ist eine andere als die der Sowjetunion, sie ist auch anders als in Polen usw. Welcher Weg der bessere war, wird sich am Ende zeigen. Es ist klar, in der Sowjetunion müssen sie ihre Probleme selbst lösen entsprechend ihren Bedingungen, und wir müssen uns den eigenen Kopf selbst anstrengen. Es gibt keinen anderen Weg. Es gibt einige grundlegende Erfahrungen, die man übernehmen kann, aber die Methoden sind verschieden. Ich kann Ihnen nur gute Erfolge wünschen auf dem Weg, den Sie gehen, und viel Erfolg bei der Ausarbeitung des Planes.

Präsident *Nasser:* Ich danke Ihnen sehr. Wir stimmen dem, was Sie über die sozialistischen Umwälzungen sagten, zu. Man muß aus seinen Irrtümern, seinen Fehlern lernen. Wir stimmen mit Ihnen überein, daß jedes Land vom anderen durch Unterschiede gekennzeichnet ist. Deshalb haben wir auch beschlossen, Experimente und Erfahrungen anderer Länder nicht zu kopieren.

Wie ich das letzte Mal bereits sagte, gibt es für den Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus keine ausgearbeitete Theorie. Es gibt nur die Praxis. Ich stimme zu, daß wir von Ihren landwirtschaftlichen Genossenschaften lernen können. Wir können auch eine Delegation unserer Plankommission schicken, um die neuen Methoden der Planung zu studieren. Wir stimmen auch zu in bezug auf die Ausbildung von Spezialisten. Es entspricht unserer Praxis, daß wir nur Menschen für die Ausbildung entsenden, die bereits ein Hochschulstudium abgeschlossen haben. Wir haben ungefähr 25 Ausbildungszentren hier, aber wir brauchen mehr. Das kann im Rahmen des Abkommens über die wissenschaftliche Zusammenarbeit verwirklicht werden.

Am Ende der Unterredung wurde vereinbart, daß die Unterzeichnung des Kommuniqués am Montag, den 1. 3. 1965, vor dem Bankett erfolgt, das vom Vorsitzenden des Staatsrates der DDR, Walter Ulbricht, zu Ehren von Präsident Nasser im Abdin-Palast gegeben

Jahrgang 46 (1998), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1998_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte



wird[121]. Außerdem wurde vereinbart, daß der Entwurf für den Briefwechsel über die Einrichtung eines VAR-Generalkonsulates in der DDR Dr. Fawzi umgehend zugestellt wird.

Der Zeitpunkt für die Unterzeichnung der Abkommen wird noch endgültig festgelegt[122].

(PA/AA Berlin, Bestand MfAA, Signatur C 615/73)[123]

[121] Auf dem Bankett zum Abschluß des Besuches in Kairo erklärte Walter Ulbricht am 2. 3. 1965 u. a.: „Wir haben kurz zuvor eine Gemeinsame Erklärung unterzeichnet. Sie legt Zeugnis ab von der Übereinstimmung unserer Interessen und Ansichten und weist den Weg der erweiterten Entwicklung und Vertiefung unserer Freundschaft und Zusammenarbeit. Als Vertreter der Deutschen Demokratischen Republik und des friedliebenden deutschen Volkes haben wir zum Ausdruck gebracht, daß die Achtung der nationalen Souveränität der Vereinigten Arabischen Republik und der Einigungsbestrebungen der arabischen Nation ein Grundprinzip unserer Politik ist. [...] Wir sind hier in der Vereinigten Arabischen Republik überall als Freunde mit Herzlichkeit und Sympathie empfangen worden, mit großem Verständnis auch für die Mission, die wir als Repräsentanten der friedliebenden, nach Wiederherstellung ihrer Einheit strebenden Nation zu erfüllen haben, eine Einheit, die nur auf antiimperialistischer Grundlage möglich ist." In: Außenpolitik der DDR 1965, Bd. XIII, S. 863f.

[122] Während des Besuchs in Kairo wurden Abkommen über die wirtschaftliche und technische Zusammenarbeit, über die wissenschaftlich-technischen Beziehungen und über die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Kultur, der Wissenschaft und des Gesundheitswesens abgeschlossen. Vgl. dazu ebenda, S. 857. Für den Wortlaut des Abkommens vom 1. 3. 1965 über kulturelle und wissenschaftliche Zusammenarbeit vgl. ebenda, S. 858–863.

[123] An dieser Stelle ist noch dem überaus sachkundigen und stets hilfsbereiten Archivar und Historiker in der Außenstelle Berlin des PA/AA, Herrn Ulrich Geyer, besonders zu danken.

Jahrgang 46 (1998), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1998_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte